



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

01 | 2011

STATISTISCHE MONATSFESTE




Aus dem Inhalt:

Erwerbstätigkeit 2009

Verfügbares Einkommen 2008

Pflege 2009



Fotonachweis

T i t e l f o t o : BASF SE

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus waren im Jahr 2009 rund 1,9 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern erwerbstätig. Während von den Frauen mehr als 50 Prozent einer Teilzeitbeschäftigung nachgingen, waren es bei den Männern lediglich neun Prozent.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

B e i l a g e n : Faltblatt Oberrhein – Zahlen und Fakten 2010

01 | 2011

STATISTISCHE MONATSFESTE

64. Jahrgang

kurz + aktuell	3
Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Außenhandel ■ Erwerbstätigkeit ■ Investitionen ■ Insolvenzen ■ Betriebsgründungen Gastgewerbe ■ Tourismus ■ Handwerk ■ Landwirtschaft Bevölkerung ■ Soziales ■ Bildung ■ Gesundheit ■ Umwelt	
Verbraucherpreise	22
Rheinland-Pfalz in Karten: Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2010/11	23
Erwerbstätigkeit 2009	24
Verfügbares Einkommen in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2008	35
Pflege 2009	45
Daten zur Konjunktur	50
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	79
Neuerscheinungen	95

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Erneut deutlicher Zuwachs gegenüber Vorjahresmonat

Im Oktober 2010 erhielt die rheinland-pfälzische Industrie preisbereinigt 15 Prozent mehr Aufträge als ein Jahr zuvor (Deutschland: +14,2 Prozent). Die Nachfrage aus dem Ausland stieg um 19,3 Prozent (Deutschland: +17,9 Prozent), aus dem Inland kamen 10,2 Prozent mehr Bestellungen als im Vorjahresmonat (Deutschland: +10,4 Prozent). Im Oktober 2009 wiesen die Auftragseingänge infolge der Wirtschaftskrise allerdings noch ein vergleichsweise niedriges Niveau auf.

Fünf der sieben umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Branchen meldeten gegenüber Oktober 2009 zum Teil auffallend hohe Auftragszuwächse, allen voran die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+42,6 Prozent) und der Maschinenbau (+35,9 Prozent). Bei diesen beiden Wirtschaftszweigen gingen die ausschlaggebenden Impulse vor allem von der Auslandsnachfrage aus: Der

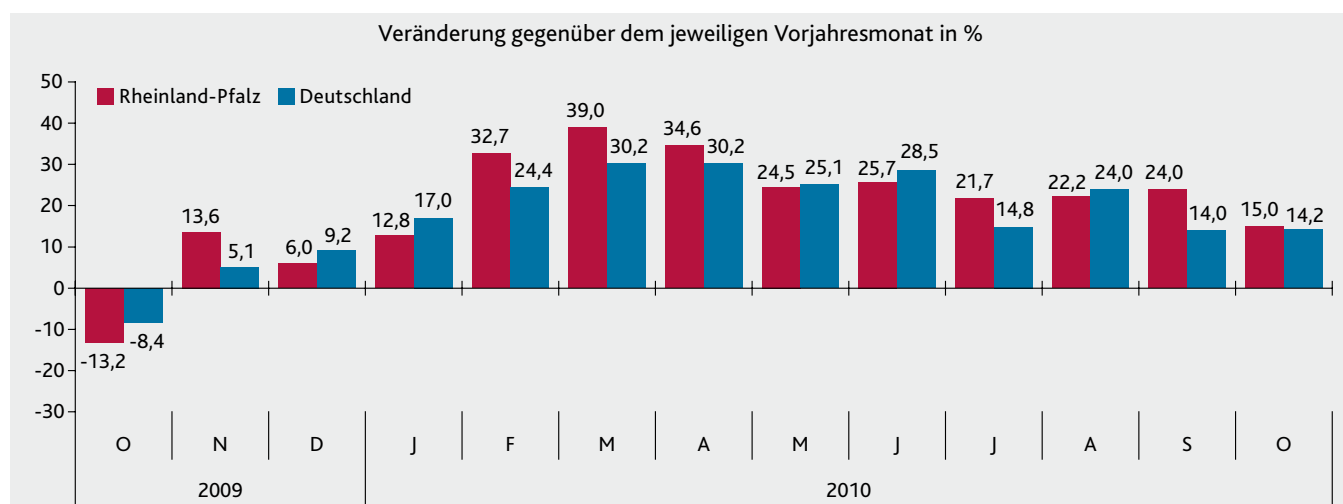
Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Indikator	Monatswerte		Veränderung Oktober 2010		
	Oktober 2010	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat		
	2005=100				
Auftragseingänge (real)					
Industrie	94,0	15,0%	↑	-6,8%	↓
Inland	98,0	10,2%	↑	-2,4%	↓
Ausland	91,0	19,3%	↑	-10,2%	↓
Chemie	70,1	1,5%	↔	-21,6%	↓
Fahrzeugbau	96,3	42,6%	↑	7,7%	↑
Maschinenbau	113,5	35,9%	↑	4,1%	↑
Metallerzeugnisse	101,0	10,9%	↑	-4,4%	↓
Bauhauptgewerbe	127,2	11,0%	↑	-11,4%	↓
Umsätze (real)					
Großhandel	110,8	0,0%	↔	-2,8%	↓
Einzelhandel (ohne Kfz)	113,0	-0,7%	↓	5,2%	↑
Kfz-Handel	97,3	-2,8%	↓	9,1%	↑
Gastgewerbe	105,0	0,8%	↔	-0,8%	↓

Kraftwagenbau verbuchte ein Auftragsplus von 56 Prozent und der Maschinenbau meldete eine Steigerung um 49,7 Prozent. Mehr Bestellungen gegenüber Oktober 2009 erhielten auch die Hersteller von Metallerzeugnissen (+10,9 Prozent), von pharmazeutischen Erzeugnissen

(+8,6 Prozent) und von chemischen Erzeugnissen (+1,5 Prozent). Demgegenüber nahmen die Order der Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus im Vergleich zum Vorjahresstand um 6,6 Prozent und die der Metallerzeugung und -bearbeitung sogar um 11,3 Prozent ab.

Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2009–2010 nach Monaten



Auftragseingänge im Vormonatsvergleich rückläufig

Das Bestellvolumen der rheinland-pfälzischen Industrie ging im Oktober 2010 preisbereinigt um 6,8 Prozent (Deutschland: -2,8 Prozent) zurück; im Vormonat war die Nachfrage im Land noch um 13,9 Prozent gestiegen. Das Minus wurde vornehmlich durch den Einbruch bei den Auslandsaufträgen um 10,2 Prozent verursacht (Deutschland: -4,3 Prozent). Zeitgleich nahmen auch die Inlandsbestellungen um 2,4 Prozent ab (Deutschland: -0,9 Prozent). Die sinkende Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Gütern resultierte insbesondere aus der rückläufigen Auftragslage in der chemischen Industrie (-21,6 Prozent), der Metallerzeugung und -bearbeitung (-16,5 Prozent) sowie der Herstellung von Metallerzeugnissen (-4,4 Prozent). Dagegen erzielten die übrigen umsatzstarken Branchen Auftragszuwächse in einer Bandbreite von 7,7 Prozent (Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen) bis 0,3 Prozent (Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus), wobei der kräftige Zuwachs beim Kraftwagenbau in erster Linie durch die Inlandsnachfrage beeinflusst wurde (+15,9 Prozent).

Hinweis

Weitere Informationen zur konjunkturellen Entwicklung in Rheinland-Pfalz erhalten Sie in diesem Heft ab Seite 50 sowie im Internet unter www.statistik.rlp.de

Umsätze von Januar bis Oktober 2010 und Beschäftigte im Oktober 2010 im verarbeitenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen



Industrie bis Oktober erneut mit deutlichem Umsatzzuwachs

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erzielten in den ersten zehn Monaten des letzten Jahres Umsätze in Höhe von 61,2 Milliarden Euro. Das waren 19 Prozent mehr als in dem von der Wirtschaftskrise betroffenen Vorjahreszeitraum (Deutschland: +13,3 Prozent). Die Auslandsumsätze stiegen in Rheinland-Pfalz um 28,2 Prozent (Deutschland +18,6 Prozent). Die Exportquote – der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz –

lag bei 51,9 Prozent (Deutschland: 45,9 Prozent). Auch die Inlands Erlöse zogen mit +10,5 Prozent erheblich an (Deutschland: +9,2 Prozent).

Im Oktober 2010 zählten die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe 241307 Beschäftigte. Das waren 480 bzw. 0,2 Prozent weniger als im gleichen Vorjahresmonat (Deutschland: -0,7 Prozent). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden lag von Januar bis Oktober 2010 um 2,7 Prozent höher als in den ersten zehn Monaten des Jahres 2009 (Deutschland: +2,2 Prozent).

Die chemische Industrie, die umsatzstärkste rheinland-pfälzische Branche, meldete gegenüber den ersten zehn Monaten 2009 einen deutlichen Umsatzzuwachs (+39,2 Prozent). Ebenfalls erhebliche Zuwächse registrierten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+23,1 Prozent), die Metallerzeugung und -bearbeitung (+18 Prozent) sowie die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (+16,9 Prozent). Ausschlaggebend für diese positive Entwicklung war im Kraftwagenbau vor allem das Auslandsgeschäft (+39,4 Prozent), in der Gummi- und Kunststoffbranche hielten sich die Zuwächse der Inlands- und Auslandserlöse mit einem Plus von 17,9 bzw. 15,6 Prozent in etwa die Waage. Demgegenüber sorgten bei der Metallerzeugung und -bearbeitung vor allem die Inlandsverkäufe (+27,9 Prozent) für Wachstum. Auch die übrigen größeren Branchen verbuchten ausnahmslos Umsatzzuwächse. Die Spannweite lag hier zwischen 0,1 Prozent (Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen) und 12,1 Prozent (Herstellung von Glas, Glaswaren, Keramik sowie Verarbeitung von Steinen und Erden).

Vier der zehn umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweige stockten ihren Personalstand gegenüber Oktober 2009 auf. Am stärksten war der Zuwachs bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren (+4,4 Prozent), die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (+2,3 Prozent), der Maschinenbau (+1,7 Prozent) sowie die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (+0,3 Pro-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe			
Indikator	Monatswerte	Veränderung Oktober 2010	
	Oktober 2010	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
	2005=100		
Auftragseingang	127,2	11,0 % ↑	-11,4 % ↓
Hochbau insgesamt	133,6	47,1 % ↑	3,7 % ↑
Wohnungsbau	83,2	5,1 % ↑	-19,9 % ↓
gewerblicher Hochbau	113,1	34,3 % ↑	22,0 % ↑
öffentlicher Hochbau	212,9	89,9 % ↑	1,7 % ↗
Tiefbau insgesamt	121,2	-11,1 % ↓	-22,7 % ↓
gewerblicher Tiefbau	189,7	28,8 % ↑	20,0 % ↑
öffentlicher Tiefbau	91,8	-20,9 % ↓	-29,3 % ↓
Straßenbau	118,3	-18,5 % ↓	-31,5 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	138,0	-4,5 % ↓	-4,5 % ↓
Hochbau insgesamt	121,8	-6,2 % ↓	-8,4 % ↓
Wohnungsbau	108,6	-17,8 % ↓	0,8 % ↗
gewerblicher Hochbau	127,0	-10,4 % ↓	2,8 % ↑
öffentlicher Hochbau	126,0	14,3 % ↑	-25,6 % ↓
Tiefbau insgesamt	153,9	-3,1 % ↓	-1,3 % ↘
gewerblicher Tiefbau	168,5	6,6 % ↑	-2,0 % ↓
öffentlicher Tiefbau	113,3	-14,1 % ↓	-1,4 % ↘
Straßenbau	174,7	-0,9 % ↘	-1,1 % ↘

zent). Die chemische Industrie hatte in etwa so viel Personal wie ein Jahr zuvor.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gegenüber Vormonat stark gesunken

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe gingen im Oktober 2010 gegenüber dem Vormonat um 11,4 Prozent zurück. Damit kam es nach dem kräftigen Anstieg im September (+10,6 Prozent) wieder zu einer deutlichen Verschlechterung der Auftragslage. Die Nachfrage im Hochbau nahm um 3,7 Prozent zu;

im Tiefbau war dagegen ein Rückgang um 22,7 Prozent zu verzeichnen. Differenziert nach Bauart und Auftraggeber gab es die stärksten Nachfragezuwächse im gewerblichen Hochbau (+22 Prozent) sowie im gewerblichen Tiefbau (+20 Prozent). Dagegen verringerten sich vor allem im Straßenbau (-31,5 Prozent), im öffentlichen Tiefbau (-29,3 Prozent) sowie im Wohnungsbau (-19,9 Prozent) die Auftragseingänge sehr stark. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Entwicklung im Bauhauptgewerbe häufig durch den Einfluss von Großaufträgen geprägt wird.

Im Vorjahresvergleich zog die Nachfrage nach Bauleistung dagegen kräftig an. Gegenüber Oktober 2009 erhöhten sich die Auftragseingänge um elf Prozent. Im Hochbau kam es zu einem Auftragsplus von 47,1 Prozent, während im Tiefbau ein Minus von 11,1 Prozent registriert wurde. Unter den betrachteten Teilbereichen verzeichnete der öffentliche Hochbau mit +89,9 Prozent einen außergewöhnlich hohen Anstieg. Dieser ist – neben dem Einfluss von Großaufträgen – zusätzlich auf den Vergleich mit der besonders niedrigen Nachfrage des Vorjahresmonats zurückzuführen. Im öffentlichen Tiefbau (–20,9 Prozent) sowie im Straßenbau (–18,5 Prozent) waren die höchsten Auftragseinbußen zu verzeichnen.

Umsätze im Vormonatsvergleich ebenfalls rückläufig

Der baugewerbliche Umsatz ging im Oktober 2010 gegenüber dem Vormonat um 4,5 Prozent auf gut 261 Millionen Euro zurück. Im Hochbau verschlechterten sich die Umsätze auf gut 114 Millionen Euro (–8,4 Prozent), im Tiefbau kam es zu einem leichten Rückgang auf knapp 147 Millionen Euro (–1,3 Prozent). In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber gab es lediglich im gewerblichen Hochbau (+2,8 Prozent) sowie im Wohnungsbau (+0,8 Prozent) leichte Zuwächse. Dagegen waren vor allem im öffentlichen Hochbau (–25,6 Prozent) kräftige Umsatzeinbußen zu beobachten.

Gegenüber dem Vorjahresmonat kam es im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe ebenfalls zu einem Umsatzrückgang um 4,5 Prozent. Obwohl im öffentlichen Hochbau im Vergleich zum Oktober 2009 ein Umsatzplus von 14,3 Prozent festgestellt wurde, führten die Umsatzeinbußen im Wohnungsbau (–17,8 Prozent) sowie im gewerblichen Hochbau (–10,4 Prozent) zu einem Minus von 6,2 Prozent im Hochbau. Im Tiefbau (–3,1 Prozent) verringerten sich die baugewerblichen Umsätze ebenfalls. Dieser Rückgang wurde in erster Linie durch die Entwicklung im öffentlichen Tiefbau verursacht (–14,1 Prozent).

Außenhandel erholt sich von Wirtschaftskrise

Der rheinland-pfälzische Außenhandel erholt sich zunehmend von den Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise. Nach vorläufigen Zahlen wurden von Januar bis September 2010 Güter im Wert von 30,1 Milliarden Euro exportiert, das waren 16,7 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +19 Prozent). Dieses positive Ergebnis beruht allerdings zum Teil auf einem Basiseffekt, da im Sommer 2009 bei den Exporten der Tiefpunkt der Krise erreicht war. Der Exportwert erreichte annähernd das Niveau von 2007, die Höchstmarke des Jahres 2008 wurde um 13,9 Prozent unterschritten.

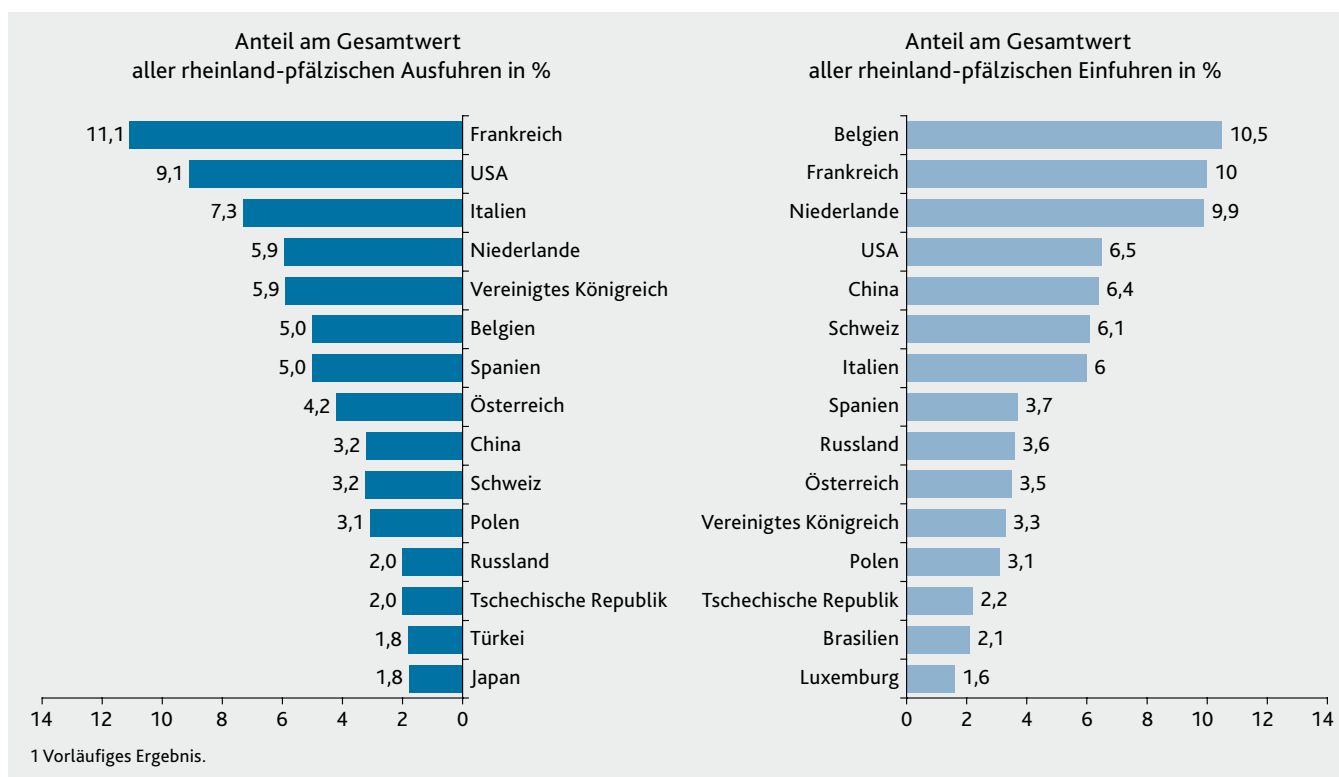
Die für den rheinland-pfälzischen Export bedeutenden Branchen profitierten in unterschiedlichem Maße von der gestiegenen Nachfrage aus

dem Ausland. Positiv entwickelten sich insbesondere die Ausfuhren der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+37,1 Prozent). Auch die Produzenten chemischer Erzeugnisse verbuchten starke Zuwächse (+28,9 Prozent). Verhaltener fiel der Anstieg der Exporte im Maschinenbau aus (+8,3 Prozent). Die Hersteller pharmazeutischer und ähnlicher Erzeugnisse lieferten in den ersten drei Quartalen 2010 insgesamt 8,7 Prozent weniger Waren ins Ausland als im Vorjahreszeitraum, was auf den Wegfall von Sondereffekten im Jahr 2009 zurückzuführen ist.

Noch rascher als die Exporte erholten sich die Importe von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Der Rekordwert des Jahres 2008 wurde nur knapp verfehlt. Von Januar bis September 2010 wurden Waren im Wert von 20,3 Milliarden Euro eingeführt, 25,2 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +19,4 Prozent).

Ausfuhren nach Zielregionen

Die Mitgliedsländer der Europäischen Union waren mit einem Anteil von 60 Prozent am Ausfuhrwert wichtigstes Absatzgebiet der rheinland-pfälzischen Exporteure. Von Januar bis September 2010 lieferte die rheinland-pfälzische Wirtschaft Produkte im Wert von 18 Milliarden Euro in EU-Länder. Waren im Wert von 2,7 Milliarden Euro (8,9 Prozent der rheinland-pfälzischen Ausfuhren) wurden in die übrigen europäischen Staaten exportiert.

Die 15 wichtigsten Außenhandelspartner von Januar bis September 2010¹

Die Ausfuhr von Waren nach Amerika erreichte den Wert von gut 4,2 Milliarden Euro, das waren 14 Prozent der rheinland-pfälzischen Exporte. Knapp 4,1 Milliarden Euro bzw. 13,7 Prozent des rheinland-pfälzischen Exportvolumens entfielen auf den asiatischen Markt. Es folgten Afrika mit 2,5 Prozent sowie Australien und Ozeanien mit einem Anteil von 0,9 Prozent. Die wichtigsten Handelspartner im Export waren Frankreich, die USA und Italien.

Einfuhren nach Herkunftsregionen

In den ersten drei Quartalen 2010 wurden Waren im Wert von 12,6 Milliarden Euro aus EU-Ländern importiert, das waren 62 Prozent der rheinland-pfälzischen Einfuhren. Waren im

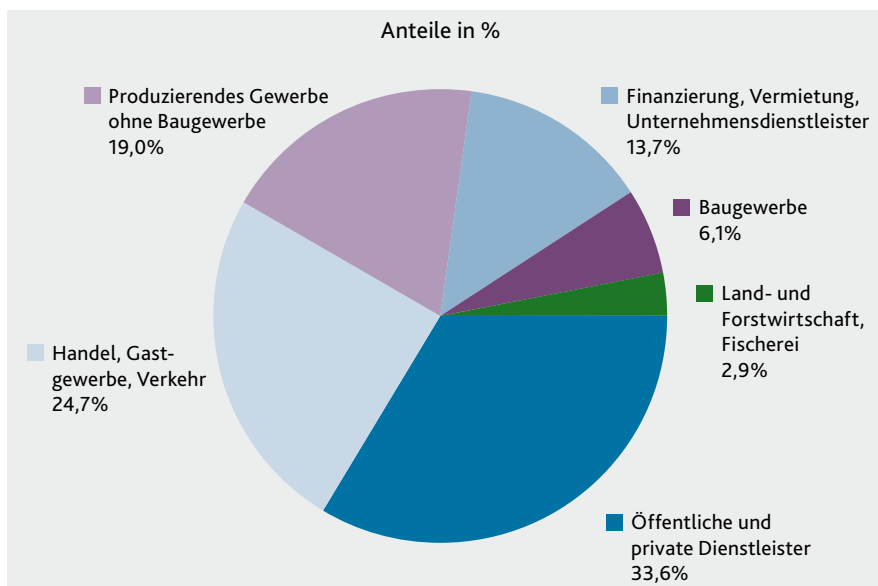
Wert von 2,4 Milliarden Euro kamen aus dem übrigen Europa (11,6 Prozent der Importe). Aus Asien stammten Waren im Wert von 2,8 Milliarden Euro (14 Prozent). Importe aus Amerika machten mit einem Warenwert von 2,1 Milliarden Euro 10,5 Prozent der rheinland-pfälzischen Einfuhren aus. Aus Afrika kamen 1,7 Prozent der eingeführten Waren, aus Australien und Ozeanien 0,2 Prozent. Die wichtigsten Handelspartner waren Belgien, Frankreich und die Niederlande.

Erwerbstätigkeit im dritten Quartal 2010 weiter gestiegen

Nachdem im zweiten Quartal dieses Jahres bereits ein leichter Zuwachs

festzustellen war, hat sich der Beschäftigungsaufbau in Rheinland-Pfalz im dritten Quartal 2010 verstärkt fortgesetzt. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ hatten in den Monaten Juli bis September durchschnittlich 1,873 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Das waren 15 000 Personen mehr als im dritten Quartal 2009 (+0,8 Prozent). Damit lag die Zahl der Erwerbstätigen geringfügig über dem bisherigen Höchststand im letzten Vierteljahr 2008. Im Bundesdurchschnitt nahm die Zahl der Erwerbstätigen im dritten Quartal ebenfalls um 0,8 Prozent zu, in den alten Bundesländern (ohne Berlin) lag der Zuwachs bei 0,7 Prozent.

Erwerbstätige am Arbeitsort im 3. Quartal 2010 nach Wirtschaftsbereichen



In den einzelnen Wirtschaftsbereichen entwickelte sich die Erwerbstätigkeit unterschiedlich. Im produzierenden Gewerbe, das im Jahr 2009 von der Wirtschaftskrise stark betroffen war, sank die Erwerbstätigkeit weiter. Die Zahl der Erwerbstätigen verringerte sich im dritten Quartal 2010 im Vorjahresvergleich um 1900 Personen bzw. 0,4 Prozent (Deutschland: -0,7 Prozent). Im ersten Quartal lag der Rückgang noch bei 2,7 Prozent, im zweiten bei 1,4 Prozent. Ohne das Baugewerbe wäre der Rückgang im dritten Quartal mit einem Minus von 3 500 Erwerbstätigen bzw. einem Prozent kräftiger ausgefallen. In der Bauwirtschaft stieg die Zahl der Arbeitsplätze um knapp 1 600 bzw. 1,4 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent).

Im Dienstleistungssektor, der auch im Krisenjahr 2009 einen leichten Zuwachs zu verzeichnen hatte,

beschleunigte sich der Beschäftigungsaufbau weiter. Nach +0,9 und +1,2 Prozent in den ersten beiden Quartalen, lag der Zuwachs im dritten Vierteljahr 2010 bei 1,3 Prozent (Deutschland: +1,3 Prozent). In Rheinland-Pfalz waren knapp 17 000 Personen mehr beschäftigt als im dritten Quartal 2009.

Wesentlichen Anteil am Beschäftigungsaufbau hatte der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“, der im Zuge der Finanzkrise 2009 die kräftigsten Einbußen hinnehmen musste (-2,9 Prozent). Mit +3,8 Prozent im dritten Quartal war der Zuwachs stärker als im Bundesdurchschnitt (+3,2 Prozent). Dazu beigetragen hat der deutliche Anstieg der Zahl der sogenannten Leiharbeiter, die diesem Bereich statistisch zugeordnet sind, aber wohl überwiegend im produzierenden Gewerbe eingesetzt werden.

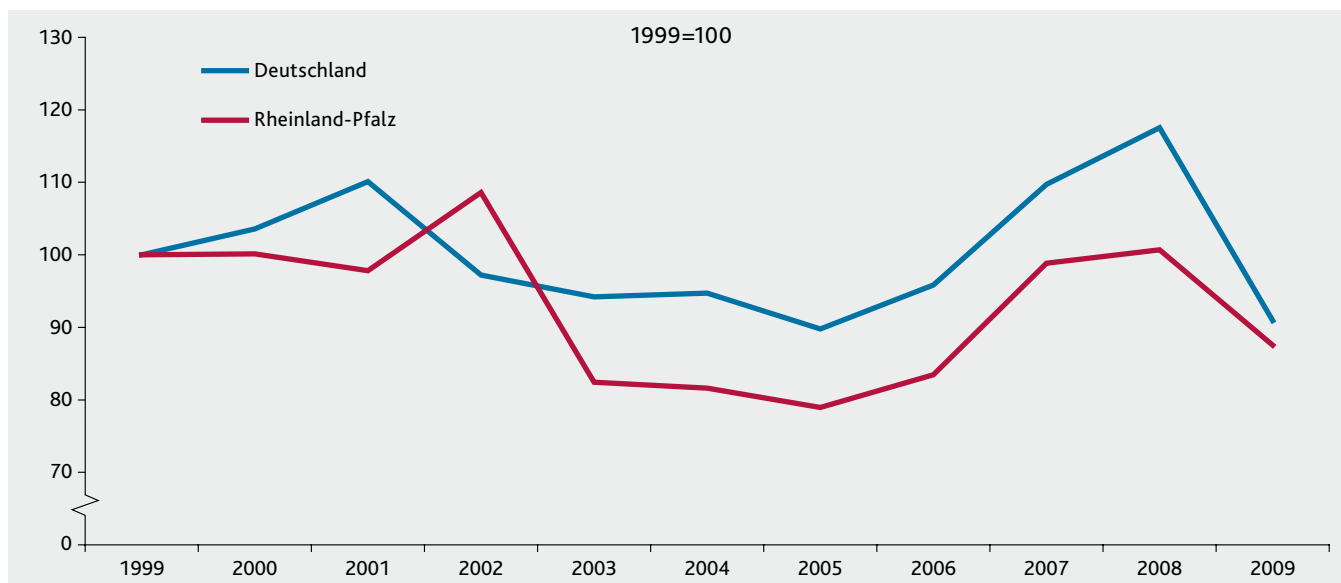
Nach vorläufigen Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Wirtschaftszweig Arbeitnehmerüberlassung im September 2010 in Rheinland-Pfalz um 7 800 bzw. 36 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Im Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“, dem größten Teilbereich innerhalb des Dienstleistungssektors, arbeiteten ebenfalls mehr Personen (Rheinland-Pfalz: +1,4 Prozent, Deutschland: +1,3 Prozent).

Allerdings war nicht in allen Bereichen des Dienstleistungssektors ein Beschäftigungszuwachs zu verzeichnen. Einen Rückgang der Erwerbstätigenzahl von 0,3 Prozent verzeichnete, wie bereits in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres, der Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ (Deutschland: -0,2 Prozent).

Industrie investierte im Krisenjahr 2009 deutlich weniger

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe investierten im Jahr 2009 rund 2,3 Milliarden Euro. Damit lag das Investitionsvolumen aufgrund der Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise um 339 Millionen Euro unter der Summe des Jahres 2008 (-13,1 Prozent; Deutschland: -22,6 Prozent). Der Hauptanteil der Investitionen entfiel mit gut zwei Milliarden Euro auf Maschinen und Anlagen (-13,6 Prozent), die übrigen 236 Millionen Euro wurden in Grundstücke und Gebäude (-7,6 Prozent) angelegt.

Bruttoanlageinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in Rheinland-Pfalz und Deutschland 1999–2009



Die Hersteller von chemischen Erzeugnissen wandten im Jahr 2009 nahezu 483 Millionen Euro auf; das waren 21,4 Prozent der gesamten Investitionsausgaben der rheinland-pfälzischen Industrie. Gegenüber 2008 reduzierte die chemische Industrie ihre Investitionsausgaben damit deutlich um 15,7 Prozent. Im Wirtschaftszweig Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen flossen mit 325 Millionen Euro dagegen 22,9 Prozent mehr Mittel in Maschinen, Anlagen und Gebäude als ein Jahr zuvor. Der Maschinenbau verzeichnete mit gut 276 Millionen Euro die dritthöchste Investitionssumme, allerdings sanken seine investiven Ausgaben gegenüber dem Jahr 2008 um 31,1 Prozent. Mit einem Investitionsvolumen von gut 132 Millionen Euro folgten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (-26,2 Prozent). Eine deutliche Abnahme verzeichnete auch der Bereich Her-

stellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (Investitionsvolumen rund 132 Millionen Euro; -25,3 Prozent). Besonders stark war der Rückgang bei der Metallerzeugung und -bearbeitung mit einem Minus von 47,6 Prozent.

Dagegen legten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (+18,8 Prozent), von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (+60 Prozent) sowie von Möbeln (+29,5 Prozent) bei den Investitionen kräftig zu. Diese drei Wirtschaftszweige stellten allerdings nur 8,8 Prozent der Investitionssumme der rheinland-pfälzischen Industrie insgesamt.

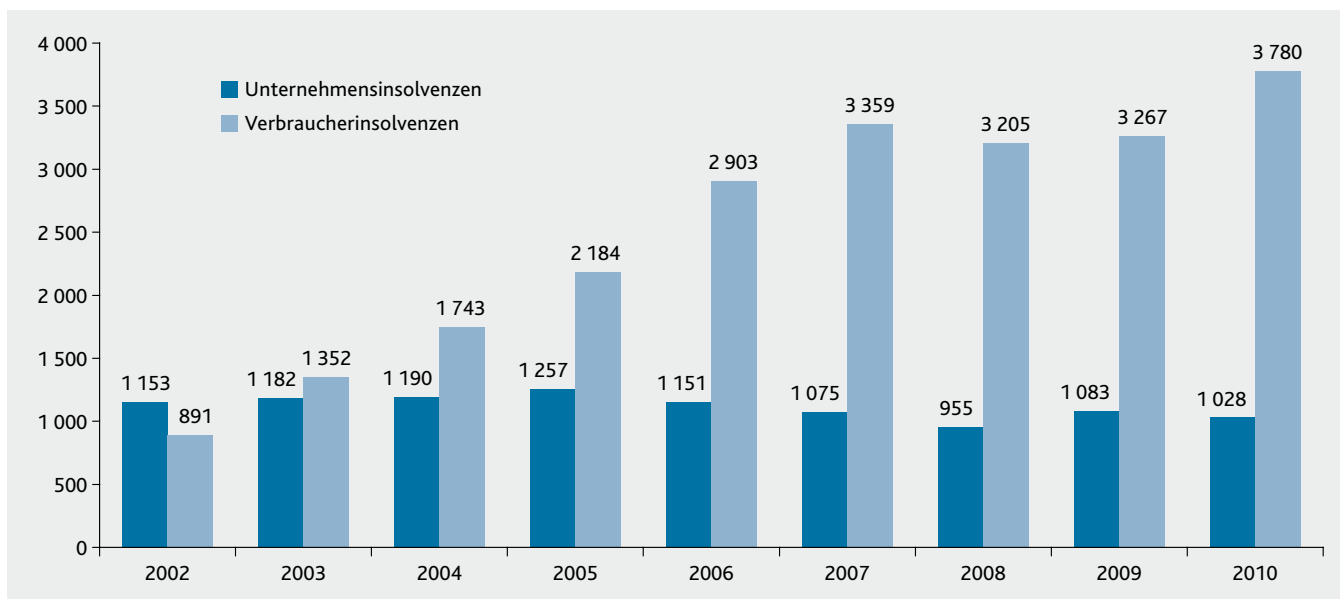
Weniger Unternehmens-, mehr Verbraucherinsolvenzen

In den ersten neun Monaten des Jahres 2010 mussten 1028 rheinland-pfälzische Unternehmen einen

Insolvenzantrag stellen. Das waren 5,1 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Zahl der von Unternehmensinsolvenzen betroffenen Beschäftigten fiel mit 4517 um 48,9 Prozent niedriger aus als im Vorjahreszeitraum. Allerdings lag die Summe der geltend gemachten Gläubigerforderungen mit knapp 1,1 Milliarden Euro um 26,3 Prozent über dem Vorjahreswert. Damit war jedes insolvente Unternehmen durchschnittlich mit 1,03 Millionen Euro verschuldet (Januar bis September 2009: 773 800 Euro).

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (207), gefolgt vom Baugewerbe (187) und dem verarbeitenden Gewerbe (107). Die günstige Gesamtentwicklung lässt sich auf die rückläufigen Zahlen im produzierenden Gewerbe und

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen vom 1.–3. Quartal 2002–2010



bei unternehmensnahen Dienstleistern zurückführen. Während die Zahl der Unternehmensinsolvenzen etwa im Baugewerbe um 29, im verarbeitenden Gewerbe um 17 und im Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ um 19 zurückging, lag die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ um 13 über dem Vorjahreswert.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen war in den ersten neun Monaten des Jahres 2010 deutlich höher als im Vorjahreszeitraum. Es mussten 3 780 Personen Insolvenz beantragen (+15,7 Prozent). Die Summe der voraussichtlichen Forderungen belief sich auf 236,6 Millionen Euro (+15,5 Prozent). Die durchschnittliche Verschuldung insolventer Verbraucher betrug damit rund 62 600 Euro (2009: 62 700 Euro).

Weniger Betriebsgründungen als im Vorjahreszeitraum

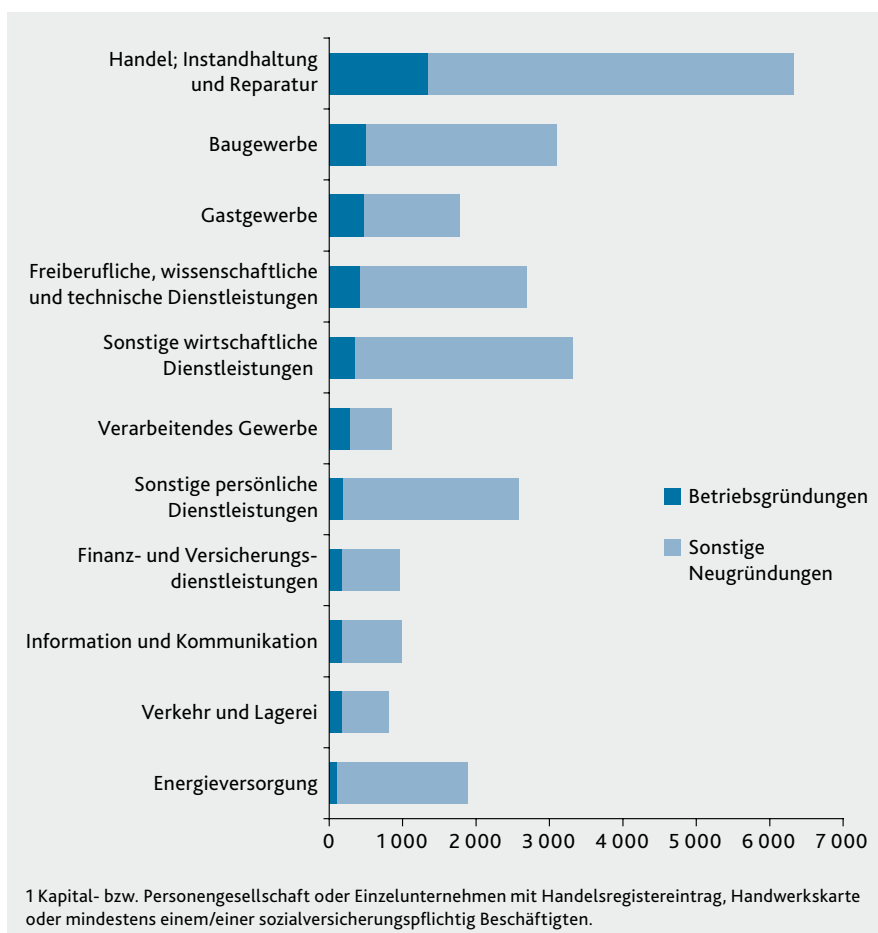
In Rheinland-Pfalz wurden von Januar bis September 2010 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum weniger Betriebe gegründet, bei denen aufgrund ihrer Rechtsform oder voraussichtlichen Beschäftigtenzahl eine größere wirtschaftliche Relevanz vermutet werden kann. Die Zahl dieser sogenannten Betriebsgründungen ging im Vergleich zu den ersten drei Quartalen des Vorjahres um 2,5 Prozent auf 4 615 zurück. Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag bzw. eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte der Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit 29,2 Prozent. Es folgte das Baugewerbe mit einem Anteil von 10,9 Prozent; im Gastgewerbe fanden 10,3 Prozent der Betriebsgründungen statt.

Werden die Betriebsgründungen in Bezug zur Einwohnerzahl gesetzt, so erreichte unter den kreisfreien Städten Kaiserslautern mit 20,1 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohner die höchste Quote. Unter den Landkreisen nahm Ahrweiler mit einer Quote von 15,4 die Spitzenposition ein. Am niedrigsten waren die Gründungsaktivitäten in der kreisfreien Stadt Frankenthal (10,2) bzw. im Landkreis Kusel (4,4).

Die sonstigen Neugründungen verzeichneten gegenüber dem Vorjahreszeitraum einen deutlichen Anstieg um

Betriebsgründungen¹ und sonstige Neugründungen vom 1.–3. Quartal 2010 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



4,1 Prozent auf 22 942. Als sonstige Neugründungen gelten Einzelunternehmen ohne Handelsregistereintrag oder Handwerkskarte, die nicht über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verfügen. Einen großen Anteil an dieser Zunahme hatte der Wirtschaftsabschnitt Energieversorgung. Dort lag die Zahl der sonstigen Neugründungen um 45 Prozent über dem Vorjahreswert. Ursache dieses rapiden Anstiegs ist offensichtlich die starke Nachfrage nach Fotovoltaikanlagen im Vorfeld der Reduzierung der Einspeisevergütung für neu errichtete Anlagen.

Insgesamt wurden in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres 32 247 Gewerbe angemeldet, das waren 0,4 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Durch Neugründungen wurden 85,5 Prozent der Gewerbeanmeldungen veranlasst, 8,4 Prozent entfielen auf Zuzüge aus anderen Gewerbebezirken. Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt waren Grund für 5,9 Prozent der Anmeldungen.

In den ersten drei Quartalen wurden 4 133 Betriebe aufgegeben, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl

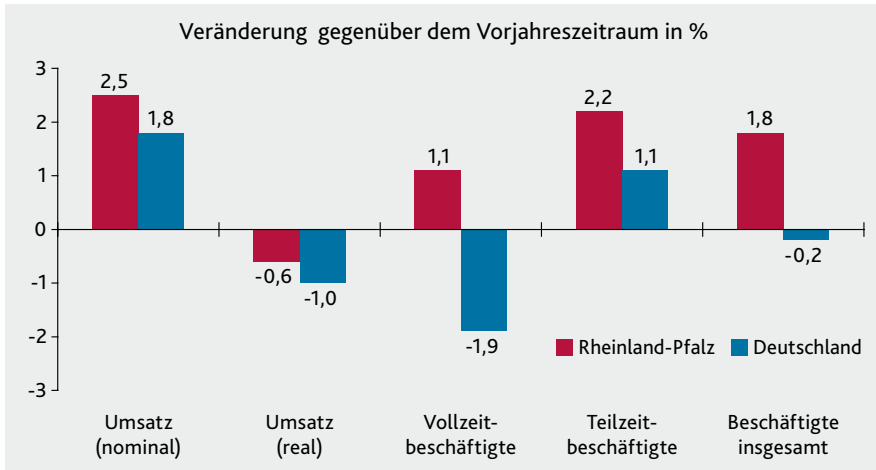
auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen. Damit lag die Zahl der Betriebsaufgaben um 5,9 Prozent unter dem Vorjahreswert. Darüber hinaus gab es 17 061 sonstige Stilllegungen, was einen Rückgang um 0,8 Prozent gegenüber den ersten drei Quartalen des Vorjahres bedeutete. Insgesamt wurden 25 701 Gewerbeabmeldungen registriert, 3,7 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

Mehr Beschäftigte im Gastgewerbe

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe musste in den ersten drei Quartalen einen realen Umsatzrückgang hinnehmen. Zwar stiegen die Umsätze nominal um 2,5 Prozent; um Preisveränderungen bereinigt, ergibt sich real ein Minus von 0,6 Prozent (Deutschland: nominal +1,8 Prozent, real –1 Prozent).

In der Gastronomie, in der etwa 60 Prozent der Gastgewerbeumsätze erwirtschaftet werden, stiegen die Umsätze nominal um 2,1 Prozent nominal und real um 0,8 Prozent. Die speisengeprägte Gastronomie (Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben) verbuchte ein nominales Umsatzplus von 2,4 Prozent. Real lagen die Umsätze um ein Prozent über denen von Januar bis September 2009. In der getränkegeprägten Gastronomie (Schankwirtschaften, Diskotheken und Bars) gingen die Umsätze sowohl nominal (–2,3 Prozent) als auch real (–3,2 Prozent) zurück. Eine positive Bilanz zogen hingegen Caterer und Erbrin-

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland von Januar bis September 2010



ger sonstiger Verpflegungsdienstleistungen (nominal: +7,8 Prozent; real: +6,7 Prozent).

Im rheinland-pfälzischen Beherbergungsgewerbe lagen die Umsätze in den ersten neun Monaten 2010 nominal um drei Prozent über, real allerdings um 2,6 Prozent unter dem Wert für den vergleichbaren Vorjahreszeitraum 2009.

Die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe nahm in den ersten drei Quartalen 2010 um 1,8 Prozent zu. Dabei stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 2,2 Prozent und die der Vollzeitkräfte um 1,1 Prozent.

Tourismus mit Gäste- und Übernachtungsplus

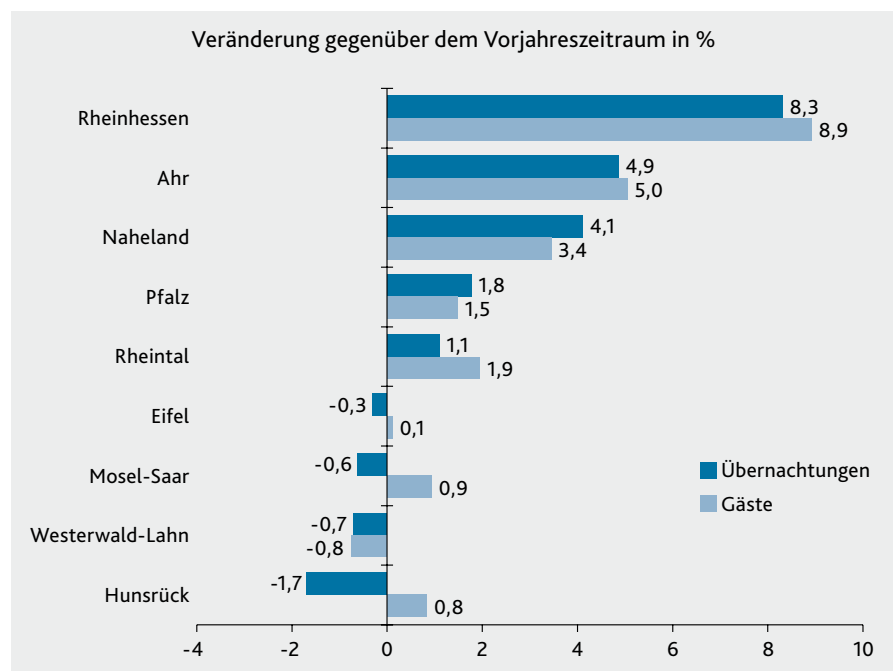
Der rheinland-pfälzische Tourismus beendete die Hauptsaison mit einer positiven Zwischenbilanz. Nach vorläufigen Berechnungen besuchten von Januar bis Oktober 2010 knapp sieben Millionen Gäste das Land, das waren zwei Prozent mehr als im

Vorjahreszeitraum. Das ist das beste Ergebnis der Tourismusbranche für den Zeitraum Januar bis Oktober in den vergangenen zehn Jahren. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 1,1 Prozent auf 19,2 Millionen und stellt somit das drittbeste Resultat dieses Jahrzehnts dar.

In den neun rheinland-pfälzischen Tourismusregionen verlief die Entwicklung uneinheitlich. Im Gebiet Westerwald-Lahn gingen sowohl die Gäste- als auch die Übernachtungszahlen zurück. Die Regionen Eifel, Hunsrück und Mosel-Saar verbuchten zwar weniger Übernachtungen, die Gästezahlen stiegen jedoch. Die übrigen fünf Reisegebiete verzeichneten von Januar bis Oktober ein Gäste- und Übernachtungsplus, wobei die Zuwächse in Rheinhessen am größten waren. Dort gab es im Vorjahr jedoch infolge der Wirtschaftskrise auch die stärksten Rückgänge, da der Tourismus in dieser Region stark von Geschäftsreisenden und vom Rhein-Main-Flughafen geprägt ist.

Bei den touristischen Anbietern war ebenfalls eine uneinheitliche Entwicklung zu beobachten. Während Ferien-

Gäste und Übernachtungen von Januar bis Oktober 2010



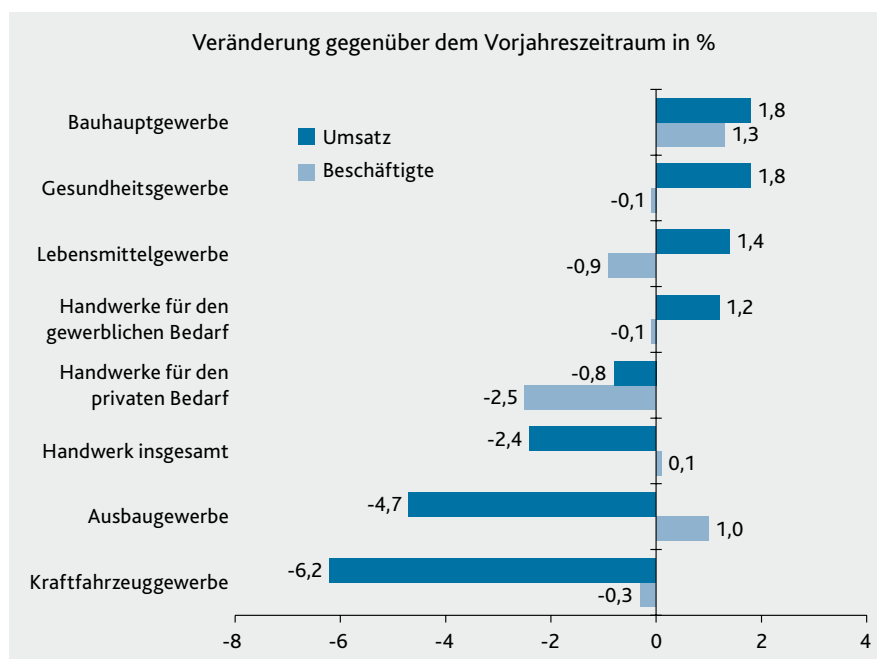
wohnungen und Ferienhäuser sowie die Hotels überdurchschnittliche Steigerungen der Gäste- und Übernachtungszahlen registrierten, mussten die großen rheinland-pfälzischen Ferienzentren sowie die Privatquartiere und gewerblichen Kleinbetriebe rückläufige Zahlen hinnehmen.

Rheinland-Pfalz wird bei Gästen aus dem Ausland immer beliebter. Hier stieg die Besucherzahl überdurchschnittlich um vier Prozent auf knapp 1,6 Millionen. Die Zahl der Übernachtungen von ausländischen Gästen lag bei fast 4,5 Millionen (+1,5 Prozent). Die Niederlande sind mit 1,96 Millionen Übernachtungen mit großem Abstand das wichtigste Herkunftsland (+1,2 Prozent). Gäste aus Belgien buchten in den ersten zehn Monaten 777 000 Übernachtungen (-1,8 Prozent). Den dritten Platz belegten die US-Amerikaner mit 360 000 Übernachtungen (+3,6 Prozent).

Rückläufiger Umsatz der Handwerksunternehmen bei stabiler Beschäftigungslage

Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze der zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen im dritten Quartal 2010 um 2,4 Prozent niedriger als im gleichen Zeitraum des Jahres 2009. Wie bereits in den Vorquartalen, verzeichnete das Kraftfahrzeuggewerbe mit einem Minus von 6,2 Prozent den stärksten Umsatzrückgang. Die Auswirkungen aufgrund der Umweltprämie, die 2009 für die Verschrottung eines alten und gleichzeitiger Zulassung

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk im 3. Quartal 2010 nach Gewerbebranchen



eines umweltfreundlicheren Neuo- oder Jahreswagens gewährt wurde, flachen damit gegenüber den Vorquartalen spürbar ab.

Weniger Umsatz als im dritten Quartal 2009 wurde auch im Ausbaugewerbe mit einem Minus von 4,7 Prozent und bei den Handwerken für den privaten Bedarf (-0,8 Prozent) erzielt. Alle anderen Gewerbegruppen konnten ihre Umsätze gegenüber dem Vorjahresquartal steigern. An der Spitze lagen das Bauhauptgewerbe und das Gesundheitsgewerbe jeweils mit einem Plus von 1,8 Prozent, gefolgt vom Lebensmittelgewerbe und den Handwerken für den gewerblichen Bedarf mit +1,4 bzw. +1,2 Prozent.

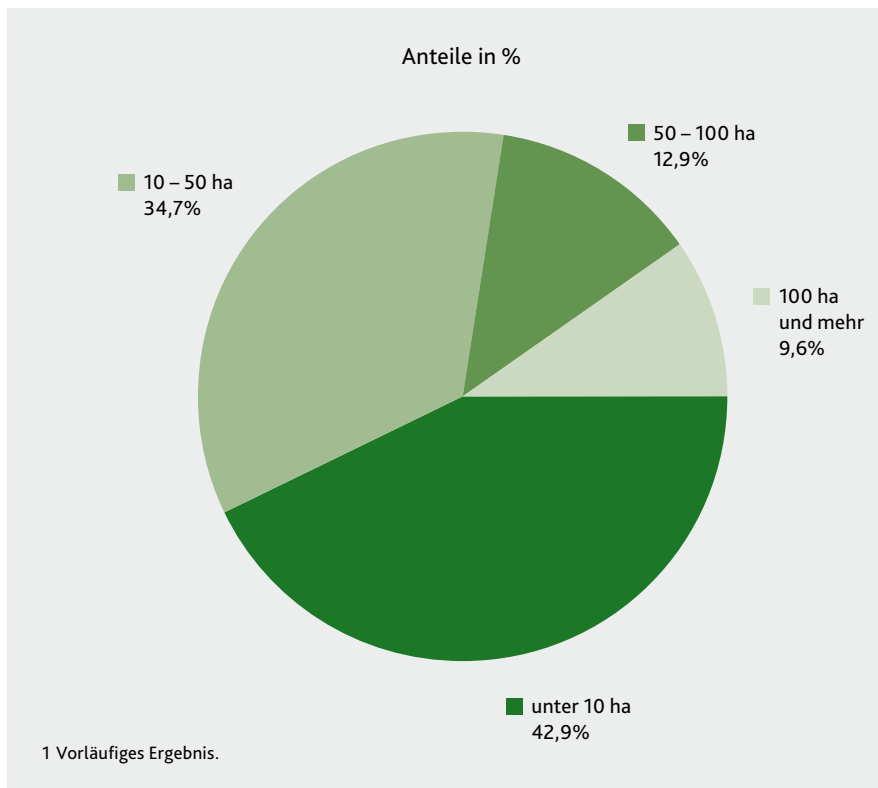
Die Zahl der Beschäftigten hat sich gegenüber dem Vorjahresquartal insgesamt leicht erhöht (+0,1 Prozent). Auch hier lag das Bauhauptgewerbe

mit +1,3 Prozent vorn, gefolgt vom Ausbaugewerbe mit einem Plus von einem Prozent. Rückgänge gab es hingegen bei den Handwerken für den privaten Bedarf (-2,5 Prozent), dem Lebensmittelgewerbe (-0,9 Prozent), dem Kraftfahrzeuggewerbe (-0,3 Prozent), den Handwerken für den gewerblichen Bedarf und dem Gesundheitsgewerbe mit einem Minus von jeweils 0,1 Prozent.

Größe der landwirtschaftlichen Betriebe nimmt weiter zu

Der seit Jahrzehnten zu beobachtende Strukturwandel in der Landwirtschaft – immer weniger, dafür immer größere Betriebe – setzt sich weiter fort. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Landwirtschaftszählung vom März 2010 wurden in Rheinland-Pfalz noch 20 600 landwirtschaft-

Landwirtschaftliche Betriebe 2010¹ nach Größenklassen der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche



liche Betriebe gezählt. Das waren 42 Prozent weniger als im Jahr 1999. Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg im selben Zeitraum von 20 auf 34 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche.

Die zunehmende Flächenausstattung der Betriebe zeigt sich auch in der Betriebsgrößenstruktur. Mittlerweile verfügen in Rheinland-Pfalz knapp 2 000 Betriebe (9,6 Prozent) über mindestens 100 Hektar. Sie bewirtschaften fast 45 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Im Jahr 1999 hatten nur 1 200 Betriebe (3,5 Prozent) eine entsprechende Flächenausstattung; ihr Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche betrug 24 Prozent.

Während die Zahl der Betriebe insgesamt zurückging, stellten gleichzeitig immer mehr Betriebe ihre Bewirtschaftungsweise um. So stieg der Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe auf über 800, das sind vier Prozent aller Betriebe. Im Jahr 1999 waren es erst 370 Betriebe. Die Öko-Betriebe bewirtschafteten 2010 insgesamt eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 37 900 Hektar. Weit über 90 Prozent dieser Fläche ist dabei auf eine ökologische Bewirtschaftung umgestellt oder befindet sich auf dem Weg dorthin. Auf die Öko-Betriebe entfällt ein Anteil von 5,4 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche von rund 707 000 Hektar.

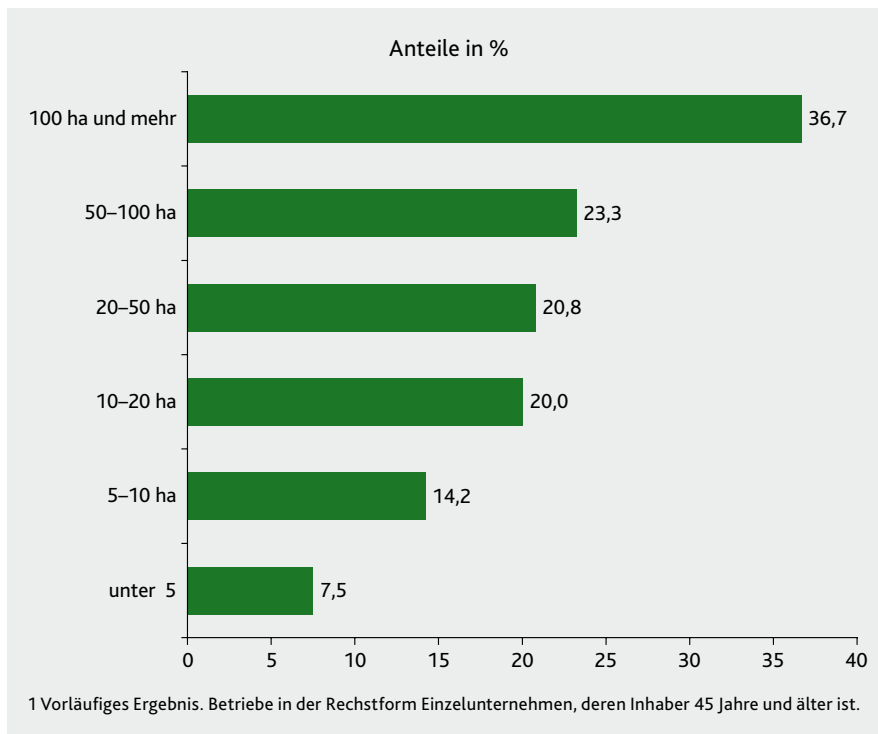
Nur jeder sechste landwirtschaftliche Familienbetrieb hat einen Hofnachfolger

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Landwirtschaftszählung 2010 gaben nur noch 17 Prozent der Familienbetriebe an, über eine Hofnachfolge zu verfügen. Die Befragung beschränkte sich bezüglich der Hofnachfolge auf Betriebsinhaber, die zum Erhebungszeitpunkt 45 Jahre und älter waren und die ihren Betrieb als Einzelunternehmen führten. Diese Kriterien erfüllten immerhin zwei Drittel der 20 600 landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz. Gegenüber den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung von 1999 nahm der Anteil um einen Prozentpunkt ab.

Die Führung eines landwirtschaftlichen Betriebes wird auch zukünftig überwiegend eine männliche Domäne bleiben, denn nur 14 Prozent der knapp 2 400 Hofnachfolger sind Frauen.

Die Hofnachfolge steht im engen Zusammenhang mit der Betriebsgröße. Während die Betriebe mit einem Hofnachfolger im Durchschnitt 51 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) bewirtschaften, kommen die Betriebe ohne Hofnachfolger nur auf 27 Hektar. Rund 37 Prozent der Betriebe mit einer Flächenausstattung von 100 Hektar LF und mehr weisen einen Hofnachfolger auf. Die Betriebe unter fünf Hektar LF kommen dagegen nur auf 7,5 Prozent. In den mittleren Größenklassen ist etwa in jedem fünften Betrieb die Nachfolge gesichert.

Landwirtschaftliche Betriebe mit Hofnachfolge 2010¹ nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche



Über die fachlichen Voraussetzungen zur Übernahme eines landwirtschaftlichen Betriebes verfügen rund 58 Prozent der Hofnachfolger (1 400 Personen). Sie haben bereits eine landwirtschaftliche Ausbildung abgeschlossen bzw. werden eine entsprechende Ausbildung absolvieren.

Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen leicht gestiegen

Rund 464 000 Hektar der landwirtschaftlich genutzten Fläche waren im März 2010 gepachtet. Das waren knapp 66 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche von 707 000 Hektar. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Landwirtschaftszählung 2010 wurde ein durchschnittliches Pachtpachtentgelt von 199 Euro je

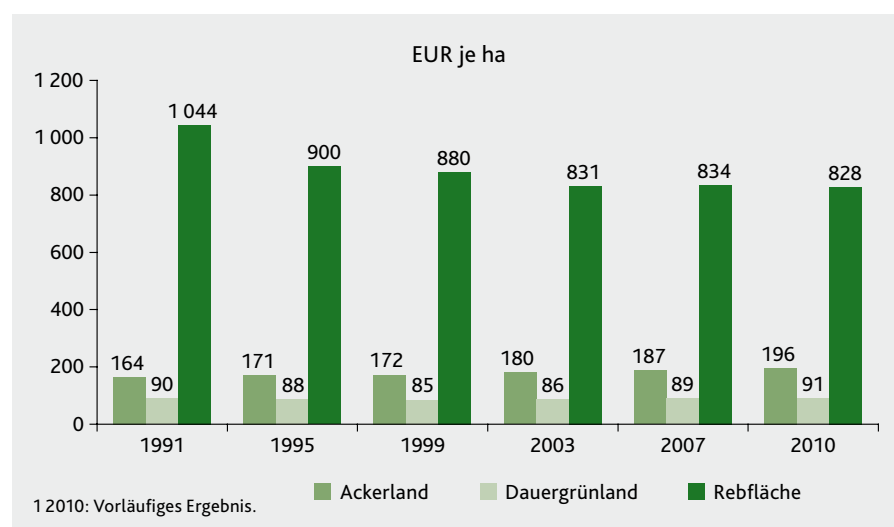
Hektar bezahlt. Das war der höchste Wert seit Beginn der Erhebung über die Pachtpachtentgelte. Gegenüber 2007 beträgt der durchschnittliche Anstieg sieben Euro bzw. 3,6 Prozent.

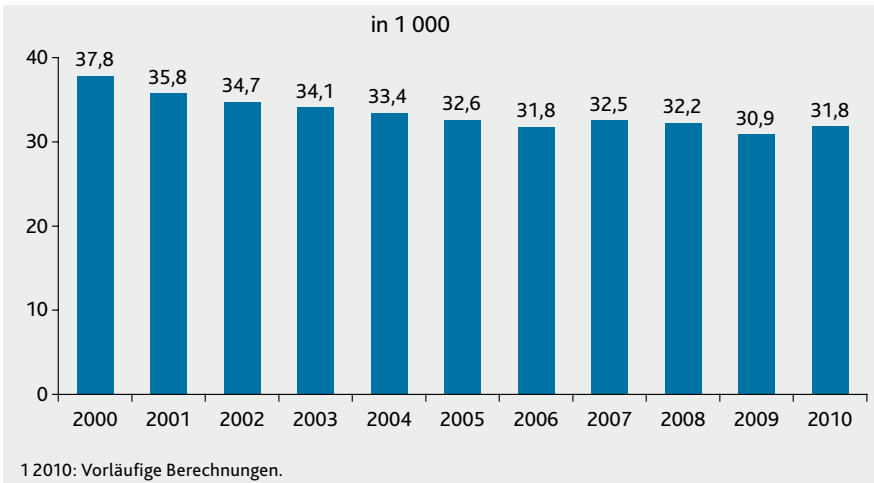
Der Pachtpreis wird im Wesentlichen bestimmt von der Nutzungsmöglichkeit der Fläche. Die höchsten Pachtpreise wurden für Rebflächen mit 828 Euro je Hektar gezahlt. Gegenüber 2007, als 834 Euro gezahlt wurden, ist dieser Pachtpreis damit wieder etwas zurückgegangen. Ackerland, das mit 57 Prozent den größten Teil der landwirtschaftlich genutzten Flächen umfasst, kostete durchschnittlich 196 Euro je Hektar. Hier gab es gegenüber dem Jahr 2007 einen Zuwachs um neun Euro (+4,8 Prozent). Die Pachtpreise für Dauergrünland erhöhten sich um zwei Euro auf 91 Euro je Hektar.

Werden wieder mehr Babys geboren?

Nach vorläufigen Berechnungen liegt die Zahl der Neugeborenen im Jahr 2010 bei rund 31 800 und damit fast drei Prozent höher als 2009. Besonders hohe Zuwachsraten gab es von August bis November; in diesen vier Monaten lag die Zahl der Geburten um sieben Prozent höher als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Pachtpreise 1991–2010¹ nach Kulturarten



Geborene 2000–2010¹

Dieser Zuwachs kann jedoch nicht als Trendwende angesehen werden. Denn die Entwicklung in den vergangenen Jahren zeigt eindeutig nach unten. Der letzte Höchstwert wurde mit 41 677 neugeborenen Kindern 1997 verzeichnet. Danach gab es Jahr für Jahr immer weniger Geburten, bis 2006 der vorläufige Tiefststand (31 755) erreicht wurde. Mit der Einführung des Elterngeldes war im Jahr 2007 ein vorübergehender leichter Anstieg der Zahl der Geborenen auf 32 536 zu verzeichnen, in den Folgejahren erblickten aber schon wieder weniger Kinder das Licht der Welt.

Dieser Trend dürfte sich fortsetzen. Ein Grund hierfür sind die immer kleiner werdenden Elternjahrgänge als Folge des demografischen Wandels. So wird die Bevölkerung nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes in Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2020 um etwa drei Prozent zurückgehen. Die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter wird sich um 16 Prozent reduzieren.

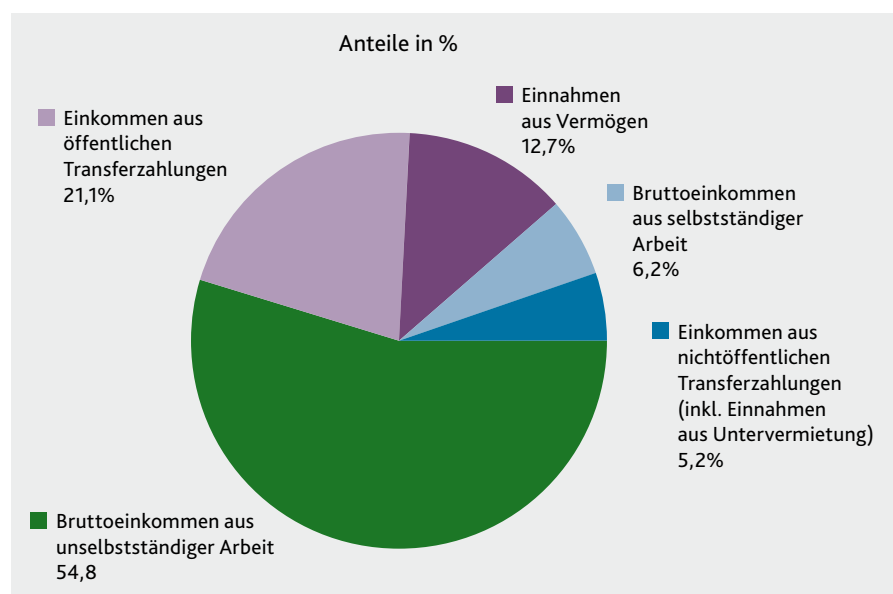
Privathaushalte verfügen durchschnittlich über 3 150 Euro im Monat

Das durchschnittliche Bruttoeinkommen rheinland-pfälzischer Privathaushalte betrug 2008 monatlich 3 978 Euro (Deutschland: 3 707 Euro). Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben verblieb im Durchschnitt ein Nettoeinkommen von

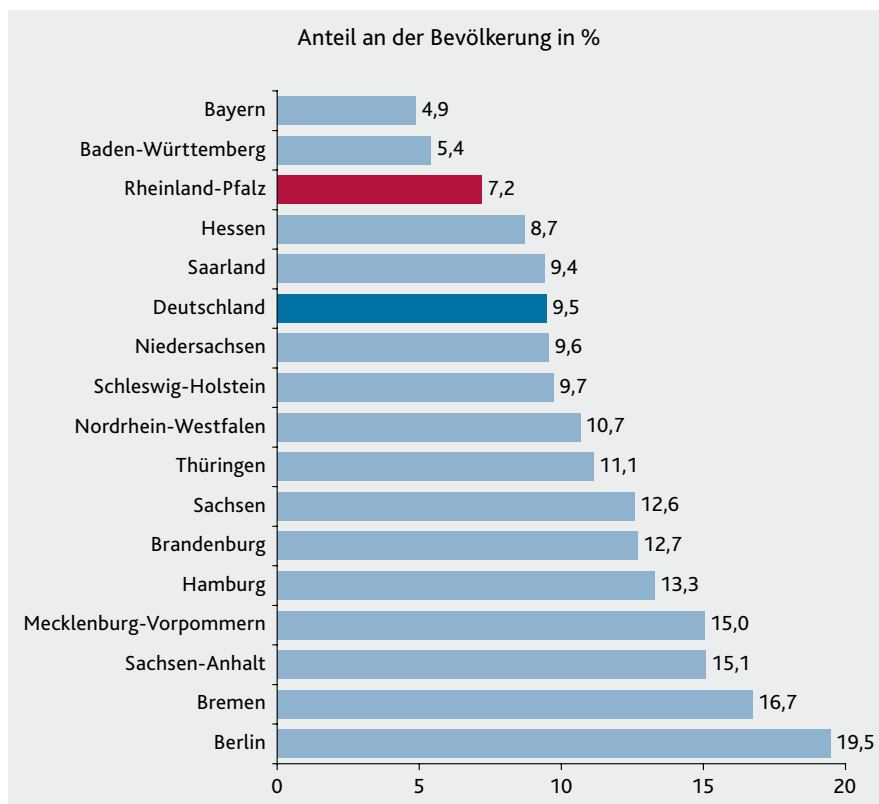
3 150 Euro monatlich (Deutschland: 2 914 Euro).

Der größte Teil der Bruttoeinnahmen rheinland-pfälzischer Privathaushalte stammte aus der Erwerbstätigkeit der Haushaltsmitglieder. Im Jahr 2008 kamen 2 180 Euro bzw. 54,8 Prozent des monatlichen Haushaltsbruttoeinkommens aus unselbstständiger Arbeit, während die Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit im Schnitt 246 Euro (6,2 Prozent) betragen. Transferzahlungen des Staates wie Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, staatliche Pensionen, Kindergeld, Arbeitslosengeld I und II bzw. Sozialgeld trugen 839 Euro bzw. 21,1 Prozent zum Bruttoeinkommen bei. Einnahmen aus Vermögen steuererten 506 Euro bzw. 12,7 Prozent bei. Nicht öffentliche Transferzahlungen und Einnahmen aus Untervermietung machten mit 5,2 Prozent lediglich einen geringen Anteil aus.

Bruttoeinkommen privater Haushalte 2008



Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung 2009 nach Ländern



Mehr als sieben Prozent der Bevölkerung auf Mindestsicherung angewiesen

In Rheinland-Pfalz waren Ende 2009 rund 289 000 Menschen auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu sichern. Damit erhielten 7,2 Prozent der gut vier Millionen Einwohner Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Im Vergleich der Bundesländer wies Rheinland-Pfalz die drittniedrigste Quote auf. Lediglich in Bayern (4,9 Prozent) und Baden-Württemberg (5,4 Prozent) lagen die Anteile darunter. Deutschlandweit waren 9,5 Prozent der Bevölkerung auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen.

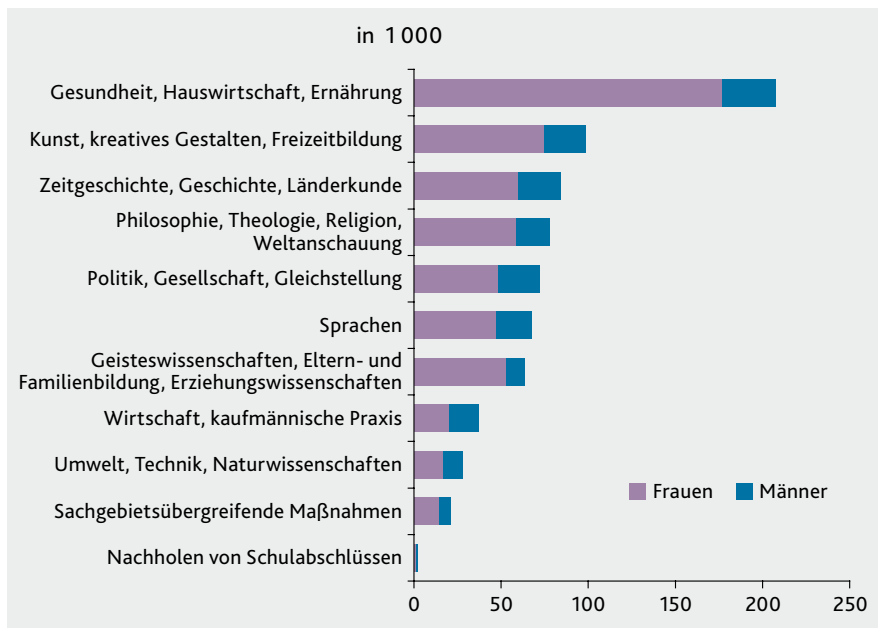
Der weitaus größte Teil der Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, erhielt den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zufolge sogenannte Hartz-IV-Leistungen. In Rheinland-Pfalz gab es Ende 2009 rund 245 000 Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung für Arbeitsuchende, das waren 7,7 Prozent der Bevölkerung unter 65 Jahren (Deutschland: 10,4 Prozent). Davon erhielten 173 000 als Erwerbsfähige Arbeitslosengeld II. Bei den restlichen fast 72 000 handelte es sich um nicht erwerbsfähige Familienangehörige und hier insbesondere um Kinder, denen das sogenannte Sozialgeld gezahlt wurde.

Rund 34 000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erhielten Ende 2009 Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Von ihnen waren mehr als 16 000 zwischen 18 und 65 Jahre alt und bezogen die Leistungen wegen dauerhaft voller Erwerbsminderung. Knapp 18 000 Empfängerinnen und Empfänger waren 65 Jahre und älter.

Die „originäre Sozialhilfe“, also die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, hat seit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe („Hartz IV“) an Bedeutung verloren. Sie wird seit dem 1. Januar 2005 nur noch an nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige gezahlt, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören z. B. vorübergehend Erwerbsunfähige, längerfristig Erkrankte oder Vorruhestandsrentner mit niedriger Rente. In Rheinland-Pfalz kamen im Jahr 2009 auf 10 000 Einwohner etwa acht Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt.

Der Zeitvergleich zeigt gegenüber dem Vorjahr einen leichten Anstieg der Mindestsicherungsleistungen. Die Zahl der Leistungsbezieher in Rheinland-Pfalz lag 2008 bei rund 281 000. Dagegen erhielten in den Jahren zuvor noch 293 000 (2007) bzw. mehr als 304 000 (2006) Menschen Mindestsicherungsleistungen. Diese Entwicklung wird im Wesentlichen durch die Änderungen bei den Hartz IV-Leistungen bestimmt.

Teilnehmende an Weiterbildungsmaßnahmen 2009 nach Themenbereichen und Geschlecht



Knapp 760 000 Interessierte nutzten Weiterbildungsangebote

Im Jahr 2009 nutzten 759 021 Personen die Angebote der Volkshochschulen und der sechs anderen staatlich anerkannten Weiterbildungsträger. Damit wurde fast die Teilnehmerzahl des Jahres 2008 erreicht (760 690). Auch 2009 nahmen Frauen die Bildungsangebote wieder sehr stark an. Sie stellten etwa drei Viertel der Teilnehmenden (75,2 Prozent).

Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer gab es in den Veranstaltungen der Bereiche „Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung“ (207 210), „Kunst, kreatives Gestalten und Freizeitbildung“ (98 403) sowie „Zeitgeschichte, Geschichte und Länderkunde“ (84 110). Am häufigsten wurden Weiterbildungsstunden in

der Sprachausbildung erteilt. Von den insgesamt 750 331 erteilten Stunden entfielen 29,2 Prozent auf diesen Bereich (29,2 Prozent). Es folgte das Themengebiet „Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung“ mit 22,8 Prozent aller Weiterbildungsstunden. Der mit Abstand größte Anbieter waren die Volkshochschulen. Sie organisierten rund die Hälfte aller Veranstaltungen (50,5 Prozent) und 72 Prozent der anerkannten Weiterbildungsstunden.

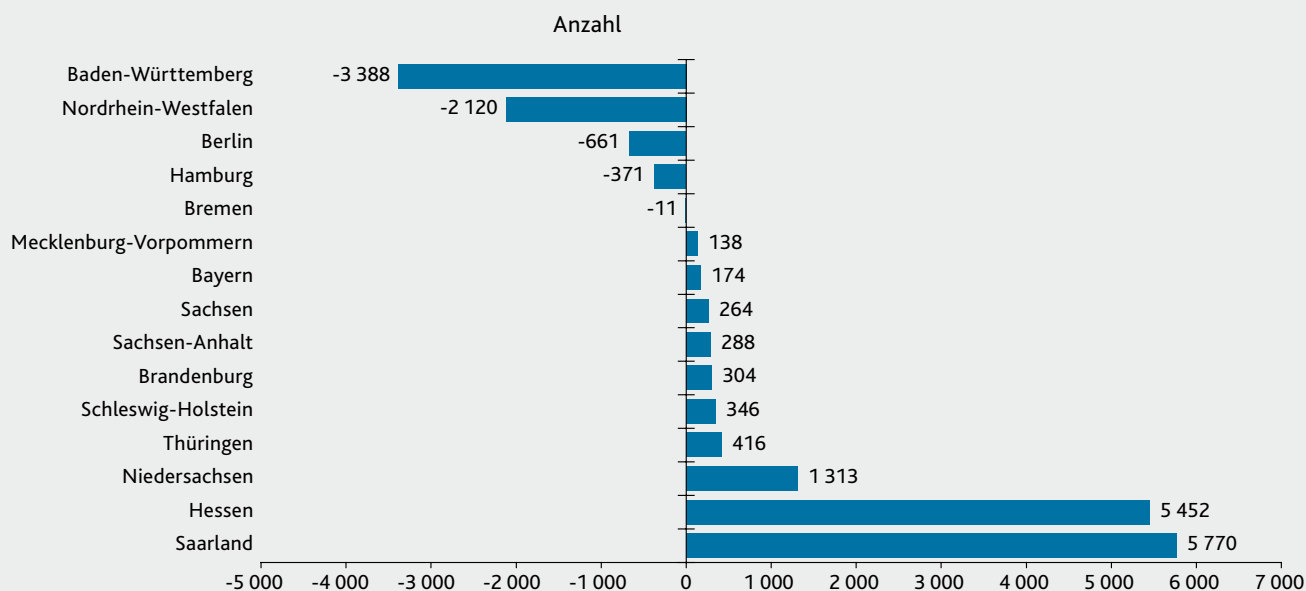
Das Land Rheinland-Pfalz stellte im Haushaltsjahr 2009 mehr als 8,2 Millionen Euro für die Förderung der Weiterbildung zur Verfügung. Hier von entfielen 8,1 Millionen Euro auf Fördermittel und Zuschüsse für Weiterbildungsmaßnahmen nach dem Weiterbildungsgesetz und 100 000 Euro auf Ausgleichszahlungen nach dem Bildungsfreistellungsgesetz.

Mehr als die Hälfte der Studienberechtigten bleibt zum Studium in Rheinland-Pfalz

Die Mehrzahl der Studienberechtigten aus Rheinland-Pfalz bleibt zum Studium im eigenen Land. Im Wintersemester 2009/10 studierten deutschlandweit 93 063 Personen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Rheinland-Pfalz erworben hatten. Von diesen waren 49 588 an einer rheinland-pfälzischen Hochschule eingeschrieben (53,3 Prozent). Von den „Abgewanderten“ studierten die meisten in den Nachbarländern Baden-Württemberg (12 477) und Nordrhein-Westfalen (11 571).

An den rheinland-pfälzischen Hochschulen stellten die „Landeskinder“ einen Anteil von 45,3 Prozent der insgesamt 109 478 Studierenden. Demgegenüber hatten 59 890 Studierende ihre Studienberechtigung in einem anderen Bundesland oder im Ausland erlangt. Die größten Gruppen stammten aus Hessen (14 228), Nordrhein-Westfalen (9 451) und Baden-Württemberg (9 089). Aus dem Ausland kamen rund 8 500 Studierende.

Die größten innerdeutschen Wanderungsüberschüsse erzielte Rheinland-Pfalz gegenüber dem Saarland (+5 770) und Hessen (+5 452). Die größten Wanderungsdefizite wurden gegenüber Baden-Württemberg (-3 388) und Nordrhein-Westfalen (-2 120) verzeichnet. Insgesamt ergibt sich für Rheinland-Pfalz hinsichtlich der „Studierendenwanderung“ zwischen den Bundesländern ein Über-

Studierenden-Wanderungssaldo¹ im WS 2009/10 nach Ländern

¹ Differenz zwischen Studienberechtigten aus anderen Bundesländern, die in Rheinland-Pfalz studieren und rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die in anderen Bundesländern studieren.

schuss von 7 914 Studierenden. Dieser liegt 732 Personen unter dem Vorjahreswert (-8,5 Prozent).

Krankenhauskosten um sechs Prozent gestiegen

In den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern fielen 2009 Gesamtkosten in Höhe von rund 3,5 Milliarden Euro an. Das waren nahezu 200 Millionen Euro bzw. sechs Prozent mehr als 2008.

Mit rund 2,2 Milliarden Euro entfielen fast zwei Drittel der Gesamtausgaben auf die Personalkosten; sie erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Prozent. Größter Ausgabenposten war dabei das Pflegepersonal mit 735 Millionen Euro (+4,1 Prozent), gefolgt vom ärztlichen Personal mit 610 Millionen Euro (+7,1 Prozent). Die Kostensteigerungen sind zumin-

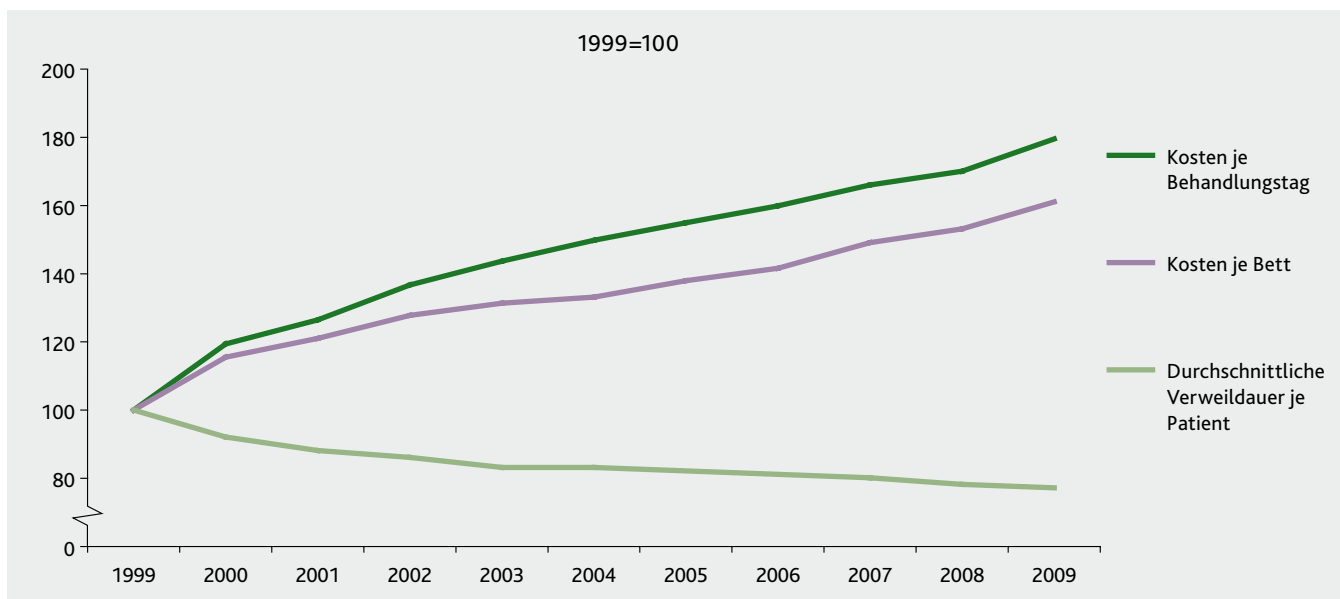
dest teilweise auf die Ausweitung des Personalbestands im ärztlichen Dienst bzw. im Pflegedienst zurückzuführen.

Die Sachkosten erhöhten sich gegenüber 2008 um 5,4 Prozent auf nunmehr 1,2 Milliarden Euro. Hauptursachen für diese Entwicklung waren der Anstieg der Patientenzahlen (13 000 vollstationär behandelte Patienten mehr als im Jahr zuvor) und damit verbundene Mehraufwendungen beim medizinischen Bedarf wie z. B. Arzneimittel, Instrumente oder ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial (+6 Prozent). Deutlich gestiegen sind auch die pflegesatzfähigen Instandhaltungskosten (+5,9 Prozent), zu denen unter anderem die Gebäudeinstandhaltung sowie die Wartung und Instandhaltung von technischen Anlagen zählen.

Die Kosten für den Ausbildungsfonds lagen im Jahr 2009 bei rund 62 Millionen Euro. Der Fonds regelt die Finanzierung der Ausbildung seitens der Krankenhäuser. Gezahlt werden hieraus sowohl die Kosten der Ausbildungsstätten, als auch der Aufwand der Vergütung für die Schüler und Auszubildenden.

Je Behandlungstag wurden 2009 durchschnittlich 456 Euro aufgewendet, das waren 24 Euro bzw. 5,6 Prozent mehr als im Jahr 2008. Bei einer durchschnittlichen Verweildauer der stationär behandelten Patientinnen und Patienten von knapp 7,8 Tagen ergaben sich daraus rechnerisch pro Behandlungsfall Kosten von 3 536 Euro (+3,5 Prozent). Die Kosten je aufgestelltem Bett beliefen sich 2009 im Schnitt auf rund 121 000 Euro (+5,2 Prozent).

Kosten und durchschnittliche Verweildauer im Krankenhaus 1999–2009



Zur Ermittlung dieser Werte werden die Gesamtkosten um Aufwendungen bereinigt, die nicht unmittelbar im Zusammenhang mit stationären Leistungen stehen (z. B. Kosten der Ambulanz, Aufwand für Forschung und wissenschaftliche Lehre). Daraus ergeben sich die sogenannten pflegesatzfähigen Kosten. Im Jahr 2009 lagen diese ohne die Aufwendungen für den Ausbildungsfonds bei rund 3,1 Milliarden Euro.

Einsatz klimawirksamer Stoffe deutlich gesunken

Der Einsatz klimawirksamer Stoffe ist in den vergangenen zehn Jahren um über zwei Drittel auf 461 Tonnen zurückgegangen. Maßgeblich hierfür ist der stark verringerte Einsatz dieser Stoffe als Treibmittel bei der Herstellung von Aerosolen (z. B. für medizinische Sprays) sowie als Vor-

produkt zur Herstellung von Kunststoff- und Schaumstoffen.

Im Zuge dieser Entwicklung reduzierte die chemische und pharmazeutische Industrie ihren Ausstoß um 74 Prozent auf 326 Tonnen. Ihr Anteil an der Gesamtverwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe sank von knapp 90 Prozent im Jahr 1999 auf rund 70 Prozent im Jahr 2009. Die Unternehmen des Maschinenbaus reduzierten ihren Verbrauch im gleichen Zeitraum um knapp 20 Prozent auf 75 Tonnen. Nahezu unverändert blieb dagegen die Nutzung im Baugewerbe mit rund 35 Tonnen. Lediglich im Kfz-Gewerbe (Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen) war in den vergangenen zehn Jahren ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen, und zwar um fast zwei Drittel auf 18 Tonnen. Maßgeblich hierfür war der vermehrte Einbau von Klimaanlage in Autos. Da die Verwendung als Käl-

temittel in geschlossenen Systemen erfolgt, tritt eine Gefährdung der Umwelt erst bei einer Freisetzung auf, z. B. durch Unfälle oder nicht fachgerechte Wartung und Entsorgung.

Ergebnisse für ganz Deutschland zeigen einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsstruktur und der Verwendung von klimawirksamen Stoffen. Während von rheinland-pfälzischen Unternehmen 2009 rund 68 Prozent dieser Stoffe als Treibmittel eingesetzt wurden, dominierte bundesweit mit mehr als 76 Prozent die Verwendung als Kältemittel; allein 31 Prozent entfielen hier auf die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Darin spiegelt sich zum einen die relativ geringe Bedeutung der Pkw-Produktion in Rheinland-Pfalz wider, zum anderen die starke Stellung der chemischen und pharmazeutischen Industrie im Land.

Aus der amtlichen Statistik

Statistisches Jahrbuch 2010 erschienen

Mit Inhalten zu Bevölkerung, Bildung, Gesundheitswesen, Sozialem, Verkehr und Umwelt sowie vielen anderen Gebieten gibt das Statistische Jahrbuch einen guten Einblick in die gesellschaftlichen und infrastrukturellen Gegebenheiten von Rheinland-Pfalz. Darüber hinaus enthält es ein Angebot an wirtschaftsstatistischen Daten und Informationen über die öffentlichen Finanzen.

Das Statistische Jahrbuch wird kontinuierlich dem sich wandelnden Informationsangebot sowie der veränderten Datennachfrage angepasst. Es zeichnet in 23 Kapiteln ein umfassendes Bild des Landes und enthält darüber hinaus zu ausgewählten Themen auch Regionaldaten. Die 56 Grafiken mit kurzen Kommentierungen rücken wesentliche Strukturen, Entwicklungen und Zusammenhänge ins Blickfeld. Über 400 Tabellen enthalten lange Zeitreihen und strukturelle Informationen.

Das Statistische Jahrbuch kann zum Preis von 18 Euro einschließlich Versandkosten bestellt werden. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Vertrieb, 56128 Bad Ems, Telefon: 02603 71-2450, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Sowohl die aktuelle Ausgabe als auch ältere Publikationen stehen als PDF zum kostenlosen Download unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistisches-jahrbuch zur Verfügung.



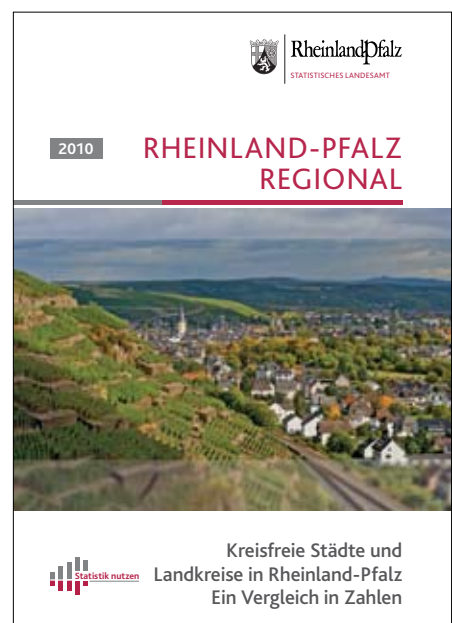
Rheinland-Pfalz regional: Aktuelle Ausgabe von „Kreisfreie Städte und Landkreise“ erschienen

In der neuen Ausgabe der Veröffentlichung „Kreisfreie Städte und Landkreise Rheinland-Pfalz – Ein Vergleich in Zahlen“ werden in 66 Regionaltabellen – unterstützt durch grafische und kartografische Aufbereitungen – für alle kreisfreien Städte und Landkreise Daten zu unterschiedlichen Themenbereichen dargestellt. Die Publikation ist als Querschnittsveröffentlichung für die zwölf kreisfreien Städte und 24 Landkreise in Rheinland-Pfalz ein wesentlicher Baustein der Informationsvermittlung für Regionaldaten und -indikatoren.

Die Veröffentlichung „Kreisfreie Städte und Landkreise Rheinland-Pfalz 2010“ kann zum Preis von 11,50 Euro bestellt werden.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Vertrieb, 56128 Bad Ems, Telefon: 02603 71-2450, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Sowohl die aktuelle Ausgabe als auch ältere Publikationen stehen als PDF zum kostenlosen Download zur Verfügung unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/regionale-querschnitts-veroeffentlichungen.



Verbraucherpreise im Dezember 2010

Im Dezember lag der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz 1,7% über dem Niveau des Vorjahresmonats. Damit stieg die Jahresteuersatzrate auf den höchsten Wert des Jahres 2010.

Hierzu beigetragen hat der überdurchschnittliche Preisanstieg in der Hauptgruppe Verkehr (+4,1%), wobei sich vor allem die gegenüber dem Vorjahresmonat erheblich gestiegenen Kraftstoffpreise (+12,7%) auswirkten. Die Preise für Haushaltsenergie entwickelten sich hingegen uneinheitlich. So fielen die Preise für Gas um 4,1%, während Strom (+3,8%) und insbesondere Heizöl (+29,7%) deutlich teurer wurden. Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung für Heizöl und Kraftstoffe hätte die Jahresteuersatzrate mit +0,9% deutlich niedriger gelegen.

Bei den Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken verteuerten sich insbesondere saisonabhängige Nahrungsmittel (+16,3%) wie frisches Obst und Gemüse. Starke Preissteigerungen waren beispielsweise bei Tomaten (+60,6%), Kopf- oder Eisbergsalat (+39%) oder Blumenkohl (+22,8%) festzustellen. Verbilligt haben sich hingegen Schweinebraten (-3,1%) und Dauerwurst (-7,2%).

Im Vergleich zum Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex um 1%. Dabei zogen vor allem die Preise in den Hauptgruppen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+5%) sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+5,9%) merklich an. Für die Verbraucherinnen und Verbraucher günstig verlief die Entwicklung der Preise für Bekleidung und Schuhe (-0,7%).

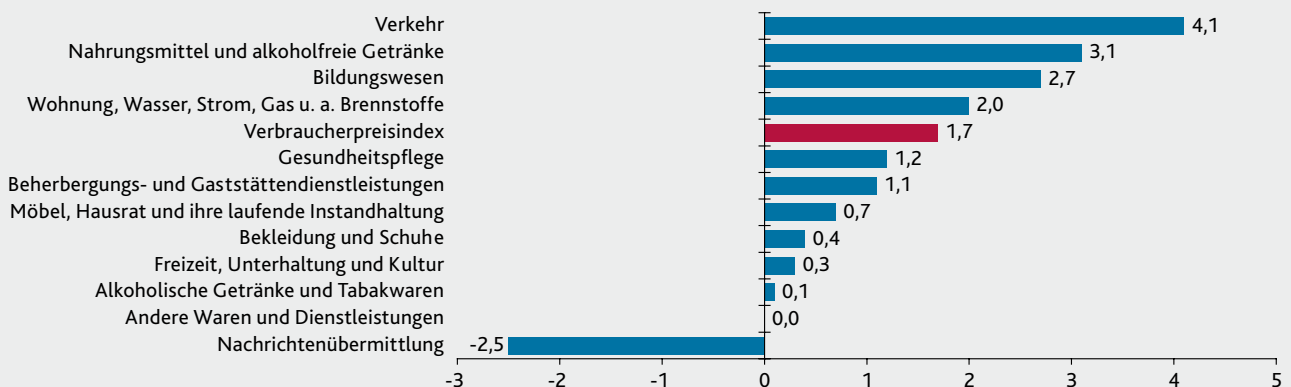
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

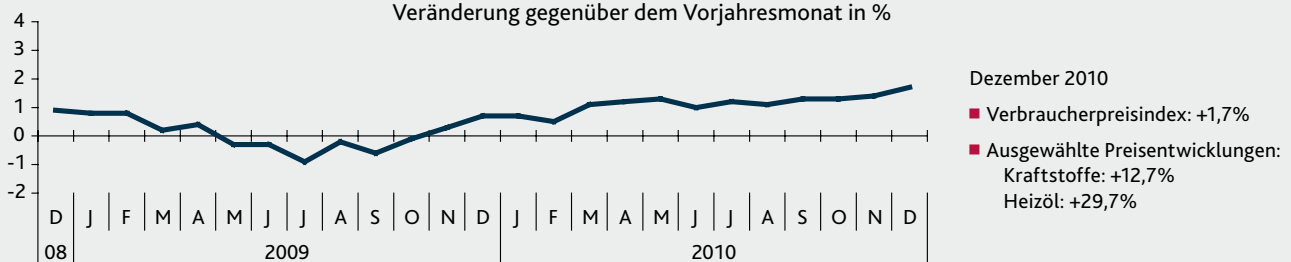
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 17000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Dezember 2010

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Dezember 2009 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

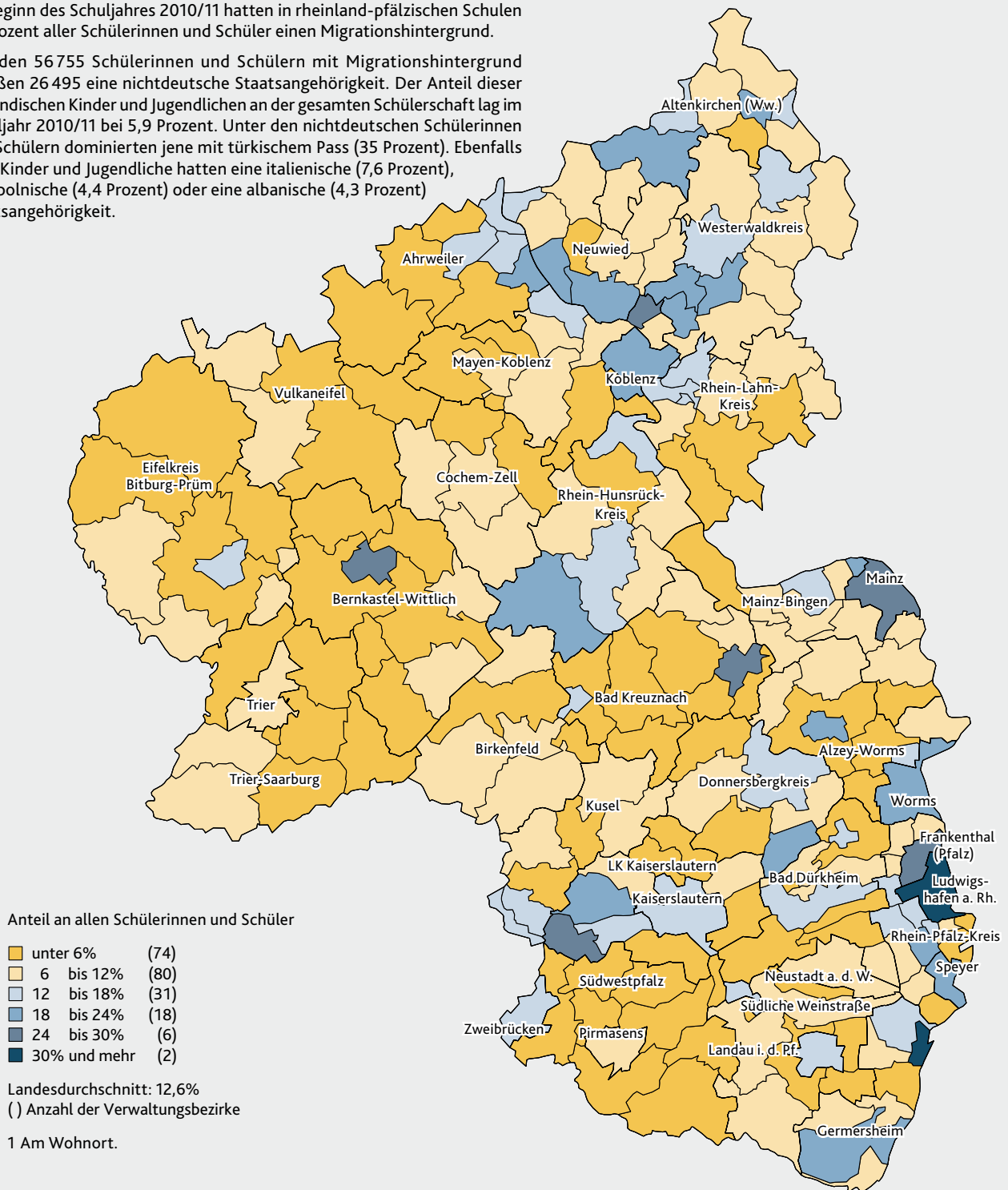


Schülerinnen und Schüler¹ mit Migrationshintergrund an allgemeinbildenden Schulen 2010/11

Rund 13 Prozent der Schülerinnen und Schüler haben einen Migrationshintergrund

Zu Beginn des Schuljahres 2010/11 hatten in rheinland-pfälzischen Schulen 13 Prozent aller Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund.

Von den 56 755 Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund besaßen 26 495 eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit. Der Anteil dieser ausländischen Kinder und Jugendlichen an der gesamten Schülerschaft lag im Schuljahr 2010/11 bei 5,9 Prozent. Unter den nichtdeutschen Schülerinnen und Schülern dominierten jene mit türkischem Pass (35 Prozent). Ebenfalls viele Kinder und Jugendliche hatten eine italienische (7,6 Prozent), eine polnische (4,4 Prozent) oder eine albanische (4,3 Prozent) Staatsangehörigkeit.



Erwerbstätigkeit 2009

Vor allem Frauen häufig teilzeit- oder geringfügig beschäftigt



Von Christine Schomaker

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus waren 2009 rund 1,9 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erwerbstätig; das waren 47,3 Prozent der Gesamtbevölkerung. Bei den 15- bis unter 65-Jährigen lag die Erwerbstätigenquote im Jahr 2009 bei 70,9 Prozent. Dagegen gehen 65-Jährige und Ältere nur selten einer Erwerbstätigkeit nach.

Der Mikrozensus liefert seit 1957 als größte jährliche Haushaltsbefragung in Deutschland und Europa grundlegende Informationen über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Die Ein-Prozent-Stichprobenerhebung, in die in Rheinland-Pfalz jährlich rund 18 000 Haushalte einbezogen sind, gibt unter anderem Aufschluss über die Beteiligung am Erwerbsleben, die Arbeitszeit, die Stellung im Beruf sowie verschiedene Beschäftigungsformen.

Mikrozensus liefert wichtige Ergebnisse zur Erwerbsarbeit

Arbeitsmarkt-
bericht-
erstattung
der amtlichen
Statistik

Die Arbeitsmarktberichterstattung der amtlichen Statistik bedient sich einer Vielzahl unterschiedlicher Datenquellen. Zu nennen sind neben dem Mikrozensus und der darin integrierten Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (Labour Force Survey – LFS) vor allem die Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Mikrozensus ist
dezentrale
Bundesstatistik

Der Mikrozensus wird als dezentrale Bundesstatistik in den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Die Ergebnisse gehen ein in Regierungsberichte und in das Jahres-

gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Sie bilden die Grundlage für die laufende Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, den jährlichen Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung und vieles andere mehr. Für eine Reihe kleinerer Erhebungen der empirischen Sozial- und Meinungsforschung sowie der amtlichen Statistik dient der Mikrozensus als Hochrechnungs-, Adjustierungs- und Kontrollinstrument.

Zudem basieren viele nationale und internationale Indikatoren zur Beschäftigungspolitik auf den Ergebnissen des Mikrozensus zur Erwerbstätigkeit. Ein Beispiel ist die

Erfassung des Erwerbsstatus nach dem Labour-Force-Konzept der ILO (International Labour Organization)

Nach dem Labour-Force-Konzept der ILO, das dem Mikrozensus und der EU-Arbeitskräfteerhebung zugrunde liegt, gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen, wobei Erwerbstätige und Erwerbslose zu den Erwerbspersonen zusammengefasst werden. Die *Erwerbsquote* misst den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe; die *Erwerbstätigenquote* misst entsprechend den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Erwerbstätige

Erwerbstätige sind Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) oder als Selbstständige/r bzw. als mithelfende/r Familienangehörige/r gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich bei der Tätigkeit um eine regelmäßige oder nur gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt. Darüber hinaus gelten auch solche Personen als Erwerbstätige, bei denen zwar eine Bindung zu einem Arbeitgeber besteht, die in der Berichtswoche jedoch nicht gearbeitet haben,

weil sie z. B. Urlaub (auch Sonderurlaub) hatten oder sich in der Elternzeit befanden. Auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung“ im Sinne der Sozialversicherungsregelungen gelten als erwerbstätig; ebenso Soldaten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende.

Erwerbslose

Als erwerbslos gelten solche Personen, die normalerweise erwerbstätig sind und zur Zeit nur vorübergehend – da sie noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben – aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind sowie Schülertlassene, die sich um eine Lehr-/Arbeitsstelle bemühen. Die Bezeichnung „erwerbslos“ ist unabhängig davon, ob jemand bei der Arbeitsverwaltung als Arbeitsloser oder als Arbeitsuchender gemeldet ist. Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen, z. B. nicht berufstätige Ehepartner, gelten nicht als erwerbslos.

Nichterwerbspersonen

Nichterwerbspersonen sind Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen und somit weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind.

Erwerbstätigenquote, die einen der zentralen Indikatoren in der sogenannten Lissaboner Strategie¹, aber auch in der Nachhaltigkeitsstrategie² der Europäischen Union (EU) darstellt. Der Erwerbsstatus der im Mikrozensus befragten Personen wird nach dem sogenannten „Labour-Force-Konzept“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erhoben.

Über die EU-Arbeitskräfteerhebung, die gemeinsam mit dem Mikrozensus durchgeführt wird, werden zudem Daten für europäische und nationale Nutzer bereitgestellt. Die Ergebnisse sind über alle EU-Mitgliedstaaten hinweg harmonisiert und ermöglichen somit europaweite Vergleiche. Das Frageprogramm der EU-Arbeitskräfteerhebung umfasst außer den jährlich in gleicher Weise zu erfassenden Kernfragen auch sogenannte Ad-hoc-Module, die aktuelle Themen abdecken. Gegenstand des Mikrozensus 2009 war beispielsweise die

Harmonisierte Ergebnisse über alle EU-Mitgliedstaaten

¹ Im Jahr 2000 beschlossen die damaligen Staats- und Regierungschefs der EU, bis zum Jahr 2010 die „Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen“.

² Die EU-Nachhaltigkeitsstrategie wurde 2001 von den Staats- und Regierungschefs der EU ins Leben gerufen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Ad-hoc-Module werden allerdings nur mit einem Auswahlsatz von 0,1 Prozent erhoben, was die Möglichkeiten der Auswertung dieser Merkmale für kleinere Bundesländer wie Rheinland-Pfalz sehr einschränkt.

Umstieg auf unterjähriges Erhebungskonzept

Seit dem Umstieg auf ein unterjähriges Erhebungskonzept im Jahr 2005 können Quartals- und Jahresdurchschnittsergebnisse bereitgestellt werden. Für Rheinland-Pfalz sollen im Folgenden Jahresdurchschnittsergebnisse für 2009 dargestellt werden. Zur Verdeutlichung der Entwicklung werden Daten des Jahres 1999 herangezogen, wobei der Vergleichbarkeit aufgrund des Umstiegs von einer festen auf eine gleitende Berichtswoche Grenzen gesetzt sind.

Zahl der Erwerbstätigen in den letzten zehn Jahren gestiegen – immer mehr Teilzeitbeschäftigte

1,9 Millionen Erwerbstätige

Zu den Erwerbspersonen gehören die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2009 waren rund 1,9 Millionen Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler erwerbstätig. Das entspricht 47,3 Prozent der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der Erwerbslosen lag bei drei Prozent. Fast die Hälfte der rheinland-pfälzischen Bevölkerung (49,7 Prozent) zählt zu den Nichterwerbspersonen.

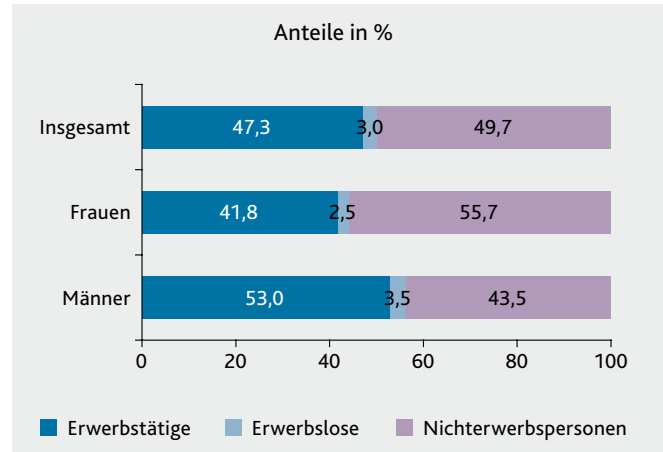
Anstieg der Erwerbstätigenquote

Innerhalb der letzten zehn Jahre stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 7,1 Prozent. Dies spiegelt sich auch in der Erwerbstätigenquote wider. So lag diese im Jahr 1999 erst bei 44,1 Prozent.

Trotz einer allmählichen Angleichung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern in Deutschland weichen deren Erwerbsmuster noch erheblich voneinander ab.

G1

Bevölkerung 2009 nach Beteiligung am Erwerbsleben und Geschlecht



Im Zeitraum von 1999 bis 2009 ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen um gut 104 000 gestiegen (+13,8 Prozent). Die Zahl der erwerbstätigen Männer erhöhte sich im gleichen Zeitraum lediglich um rund 22 000 (+2,1 Prozent). Dadurch hat sich seit 1999 der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen von 42,3 Prozent auf nunmehr 45 Prozent erhöht. Ungeachtet dessen lag die Erwerbstätigenquote der Frauen im Jahr 2009 noch um rund zehn Prozentpunkte unter der der Männer.

Zahl der erwerbstätigen Frauen steigt stärker als die der Männer

Werden nur die Personen im erwerbsfähigen Alter betrachtet, d. h. zwischen 15 und 65 Jahren, so lag die Erwerbstätigenquote 2009 in Rheinland-Pfalz bei 70,9 Prozent. Die Differenz bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im erwerbsfähigen Alter wird als Indikator für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben genutzt. Mit einer Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-jährigen Frauen von 65 Prozent übertraf Rheinland-Pfalz das in der Europäischen Beschäftigungsstrategie für 2010 angestrebte Ziel von 60 Prozent. Gleichwohl lag sie noch deutlich unter dem entsprechenden Wert der Männer (76,7 Prozent).

Erwerbstätigenquote der Frauen noch deutlich unter der der Männer

Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus“ stellt als 1%-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Seit 1996 beinhaltet der Mikrozensus sämtliche Erhebungsmerkmale der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union und liefert damit Ergebnisse zum europaweiten Vergleich der Strukturen und Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zu Erwerbstätigkeit und Bildung. In vierjährigen Abständen werden themenspezifische Zusatzprogramme, u. a. zum Arbeitsweg der Erwerbstätigen, Wohnsituation oder Krankenversicherung durchgeführt.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 18 000 Haushalte mit rund 40 000 Personen in die Erhebung einbezogen, bundesweit sind es rund 390 000 Haushalte mit etwa 830 000 Personen. Die Erhebung der Daten für den Mikrozensus erfolgt grundsätzlich über persönliche Befragungen durch rund 200 Interviewerinnen und Interviewer. Seit 2005 werden flächendeckend Laptops als zentrales Erhebungsinstrument eingesetzt.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark

besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse mit einer hochgerechneten Besetzung von unter 10 000 Personen in veröffentlichten Tabellen geklammert und Ergebnisse unter 5 000 nicht veröffentlicht.

Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters. Die Entwicklung von Haushalten und der Lebensformen der Bevölkerung folgt im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen. Im vorliegenden Aufsatz werden daher ausschließlich Jahresdurchschnittswerte präsentiert.

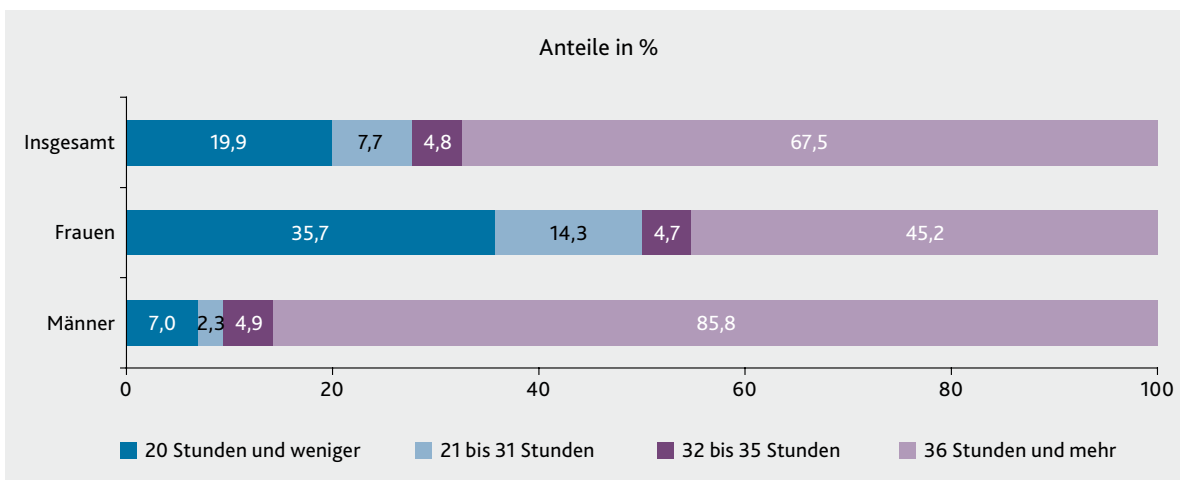
Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte sind immer noch die Ergebnisse der Volkszählung 1987. Darüber hinaus werden aber Veränderungen des Gebäudebestandes infolge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Das aktuelle Gesetz, das 2005 in Kraft trat, ist bis einschließlich 2012 gültig. Für den Mikrozensus nach 2012 wird der registergestützte Zensus 2011 von hoher Bedeutung sein: Mit den Ergebnissen des Zensus wird für den Mikrozensus eine neue Stichprobenauswahl möglich sein.

Von den Ergebnissen des Mikrozensus wird ein hohes Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit erwartet. Dabei ist die Einhaltung des Auswahlplans von grundlegender Bedeutung, d. h. alle zufällig ausgewählten Einheiten sind auch zu berücksichtigen. Um die Zahl der Ausfälle so klein wie möglich halten zu können, ist für den Mikrozensus grundsätzlich Auskunftspflicht vorgesehen.

G 2

Erwerbstätige 2009 nach normalerweise geleisteten Wochenarbeitsstunden und Geschlecht



Personen ab 65 Jahren sind selten erwerbstätig. Lediglich 4,6 Prozent dieser Altersgruppe übte 2009 noch eine Erwerbstätigkeit aus (Frauen: 3,1 Prozent; Männer: 6,7 Prozent).

Rund die Hälfte der erwerbstätigen Frauen ist teilzeitbeschäftigt

Der Eindruck der starken beruflichen Integration von Frauen relativiert sich, wenn die Arbeitszeit sowie das Einkommen als Kriterium hinzugezogen werden. Frauen stehen häufiger als Männer in Teilzeitbeschäftigungen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Bei der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit dürfte der enorme Zuwachs der Teilzeitarbeitsplätze der entscheidende Faktor gewesen sein. So sind Frauen unter den Teilzeitbeschäftigten nach wie vor deutlich überrepräsentiert. Bei den Vollzeitarbeitsplätzen überwiegen dagegen die Männer.

Von den rund 1,9 Millionen erwerbstätigen Personen in Rheinland-Pfalz gehen 72,3 Prozent einer Vollzeittätigkeit nach, 27,7 Prozent sind teilzeitbeschäftigt.³ Erwerbs-

tätige Frauen gingen im Jahr 2009 zu 50,1 Prozent einer Teilzeitbeschäftigung nach, bei den erwerbstätigen Männern waren es lediglich 9,4 Prozent. Im Jahr 1999 hatte die Teilzeitquote von Frauen noch bei 46,8 Prozent gelegen (Männer: 7,4 Prozent).

Insgesamt waren rund 526 000 Personen, d.h. mehr als ein Viertel (27,7 Prozent) der im Mikrozensus erfassten Erwerbstätigen, im Jahr 2009 teilzeitbeschäftigt (1999: 24 Prozent). Damit hat sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten im genannten Zeitraum um rund 89 000 erhöht, wobei sich der Trend zu mehr Teilzeitarbeit in erster Linie bei Frauen manifestiert.

Im Jahr 2009 waren in Rheinland-Pfalz neun Prozent der Erwerbstätigen ausschließlich geringfügig beschäftigt. Zu den geringfügigen Beschäftigten zählen Tätigkeiten mit einem monatlichen Arbeitsentgelt von bis zu 400 Euro oder kurzfristige Beschäftigungen wie Saisonbeschäftigungen mit bis zu 50 Arbeitstagen. Frauen sind mit 14,3 Prozent dabei wesentlich häufiger ausschließlich geringfügig beschäftigt als Männer (4,6 Prozent). Wie die Teilzeitbeschäftigung hat auch

Auch geringfügige Beschäftigung hat zugenommen

³ Zu den Vollzeitbeschäftigten werden hier alle Erwerbstätigen gezählt, die mindestens 32 Stunden in der Woche arbeiten. Teilzeitbeschäftigte sind dementsprechend Personen, die 31 Stunden in der Woche oder weniger einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

die geringfügige Beschäftigung in den letzten Jahren zugenommen. So lag der Anteil der Erwerbstätigen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind, an allen Erwerbstätigen im Jahr 1999 noch bei 6,8 Prozent (Frauen: 13,5 Prozent; Männer: zwei Prozent). Besonders die Neuregelung von Mini- und Midijobs führte zur weiteren Ausbreitung von geringfügiger Erwerbstätigkeit.

Höheres Ausbildungsniveau verbessert Aussicht auf Erwerbstätigkeit

Bildung ist zum entscheidenden Standortfaktor geworden. So stellt eine stark wissensbasierte Gesellschaft immer höhere Ansprüche an das Bildungsniveau der Arbeitskräfte. Eine höhere schulische Qualifikation sowie eine entsprechende berufliche Ausbildung verbessern die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Im Ergebnis nimmt die Erwerbstätigenquote mit zunehmendem Bildungsabschluss zu.

Bildung lohnt sich

Von den Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung übten 2009 nur 33,3 Prozent eine Erwerbstätigkeit aus. Dagegen waren 61,9 Prozent der Personen mit einer Lehr- oder Anlernausbildung o.Ä. erwerbstätig. Noch höher lag der Anteil der Erwerbstätigen unter den Absolventen einer Meister- oder Techniker Ausbildung oder eines Fach- bzw. Hochschulstudiums o.Ä.: Hier lag die Erwerbstätigenquote bei 73,6 Prozent.

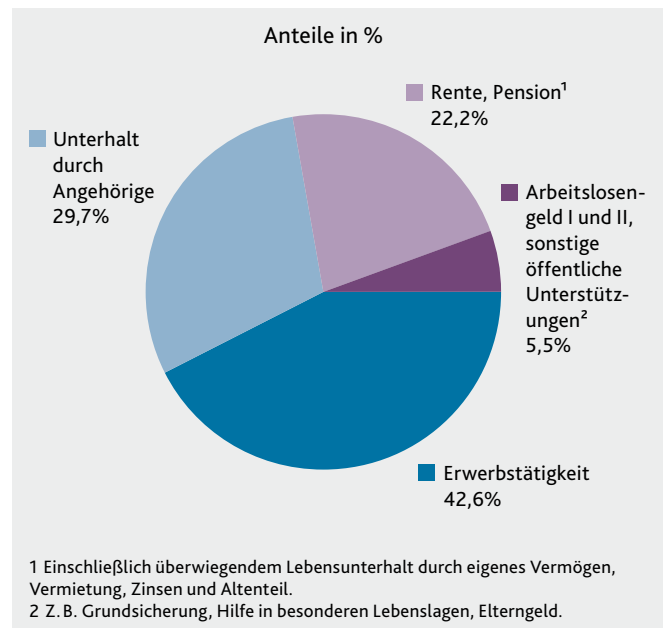
Lebensunterhalt wird überwiegend aus Erwerbstätigkeit bezogen

Männer bestreiten Lebensunterhalt häufiger selbst

Im Jahr 2009 bezogen 42,6 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung ihren Lebensunterhalt hauptsächlich aus eigener Erwerbstätigkeit. Unterschiedlich hoch sind die Anteile bei Männern und Frauen: 49,9

G 3

Bevölkerung 2009 nach überwiegender Lebensunterhalt



Prozent der Männer lebten überwiegend von Erwerbstätigkeit; bei den Frauen waren es nur 35,6 Prozent. Gut ein Fünftel (22,2 Prozent) der Männer und 36,9 Prozent der Frauen bestritten ihren Lebensunterhalt über Einkünfte von Angehörigen. Die Gruppe der Personen im Alter von 65 Jahren und älter lebte 2009 fast ausschließlich von Renten- und Pensionszahlungen (84,6 Prozent). Bei den Männern dieser Altersgruppe waren es 95,5 Prozent, bei den Frauen 76,5 Prozent.

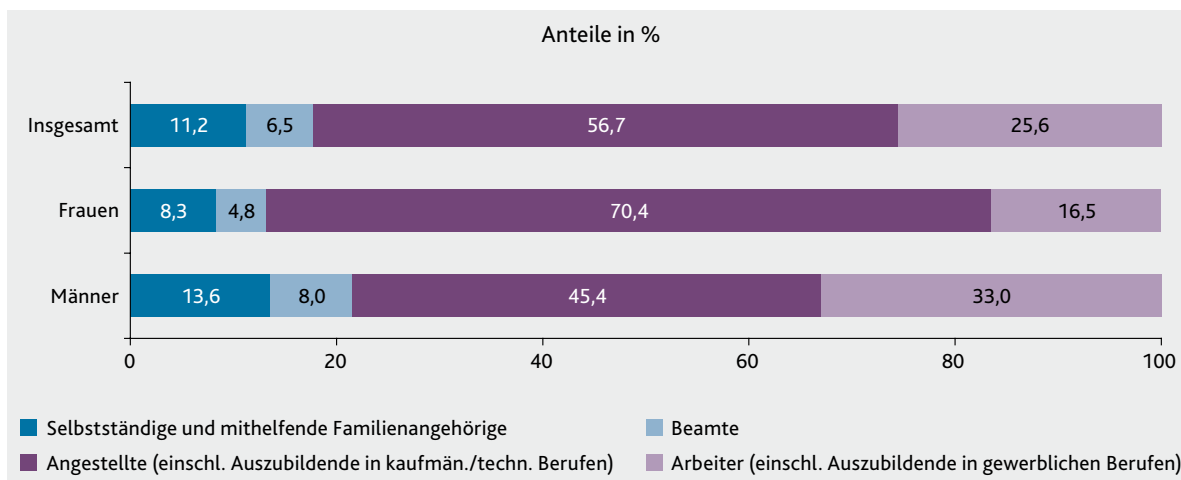
Jeder zehnte Erwerbstätige ist selbstständig

Gegenüber 1999 stieg die Zahl der Selbstständigen um gut 27 000 auf nunmehr 198 600. Damit war etwa jeder zehnte Erwerbstätige 2009 selbstständig (10,5 Prozent). Die Mehrheit der Selbstständigen sind Männer (69,6 Prozent). So übten 13,2 Prozent der erwerbstätigen Männer eine selbstständige Tätigkeit aus. Bei den Frauen waren es lediglich 7,1 Prozent.

Selbstständige sind überwiegend Männer

G 4

Erwerbstätige 2009 nach Stellung im Beruf und Geschlecht



Insgesamt betrachtet war der überwiegende Teil der Erwerbstätigen Angestellte (56,7 Prozent) oder Arbeiter (25,6 Prozent). Auf die Beamten entfielen 6,5 Prozent der Erwerbstätigen und auf die mithelfenden Familienangehörigen 0,8 Prozent.

Immer mehr Erwerbstätige arbeiten außerhalb der normalen Arbeitszeit

Im Jahr 2009 arbeiteten in Rheinland-Pfalz 58,6 Prozent der Erwerbstätigen zumindest gelegentlich an Samstagen, Sonn- oder Feiertagen oder leisteten Abend- oder Nachtarbeit bzw. Wechselschichten. Zehn Jahre zuvor waren es nur 50,8 Prozent.

Arbeit am Abend hat besonders zugenommen

Dies zeigt, dass die Anforderungen an die zeitliche Flexibilität der Erwerbstätigen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sind. Immer mehr Menschen sind außerhalb der „normalen“ Arbeitszeit – von Montag bis Freitag zwischen 6 und 18 Uhr – gefordert. Besonders stark zugenommen hat die Arbeit am Abend. Im Jahr 1999 arbeiteten 33,2 Prozent der Erwerbstätigen zumindest gelegentlich auch nach 18 Uhr, zehn Jahre später lag dieser Anteil bei 42,9 Prozent. Zuge-

nommen hat auch die Samstagsarbeit; 47,3 Prozent der Erwerbstätigen mussten im Jahr 2009 zumindest gelegentlich an Samstagen arbeiten, zehn Jahre zuvor waren es 43,5 Prozent. Der deutliche Anstieg der Abend- und Samstagsarbeit dürfte unter anderem mit den verschiedenen gesetzlichen Neuregelungen zur Lockerung bzw. Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten zusammenhängen. Auch in den kommenden Jahren wird sich diese Entwicklung mit hoher Wahrscheinlichkeit fortsetzen. Über gelegentliche Arbeitseinsätze an Sonn- oder Feiertagen berichteten 27,2 Prozent der Erwerbstätigen (1999: 24 Prozent). Nachtarbeit mussten 13,7 Prozent der Erwerbstätigen leisten (1999: 13,6 Prozent), in Wechselschichten waren 13,8 Prozent eingesetzt (1999: 12,1 Prozent).

Im Schnitt etwa 900 000 Überstunden pro Woche

Insgesamt gaben 6,6 Prozent der abhängig Erwerbstätigen an, in der Woche vor der Befragung Überstunden geleistet zu haben (1999: sechs Prozent).

Männer mit
mehr Über-
stunden

Männer leisten häufiger Mehrarbeit als Frauen: 8,3 Prozent der abhängig beschäftigten Männer hatten in der Berichtswoche mehr Stunden als normalerweise gearbeitet. Bei den Frauen waren es 4,6 Prozent. Im Jahr 2009 wurden in Rheinland-Pfalz nach den Ergebnissen des Mikrozensus durchschnittlich etwa 900 000 Überstunden pro Woche geleistet.

Die 111 500 abhängig Erwerbstätigen mit Überstunden leisteten in der Berichtswoche im Durchschnitt 7,8 Überstunden. Von diesem Personenkreis erbrachten 49,4 Prozent bis zu fünf Überstunden, 32,1 Prozent zwischen sechs und zehn Überstunden sowie 18,5 Prozent elf oder mehr Überstunden.

Befristete Arbeitsverträge häufig bei Berufsanfängern

Jeder siebte
Erwerbstätige
hat befristeten
Vertrag

Rund 229 100 abhängig Erwerbstätige waren 2009 auf Grundlage eines befristeten Arbeitsvertrags beschäftigt. Damit hatten 13,6 Prozent aller abhängig Erwerbstätigen einen Zeitvertrag. Insbesondere jüngere Menschen sind zu Beginn ihrer Berufslaufbahn befristet beschäftigt. Von den befristet Beschäftigten sind 70 Prozent jünger als 30 Jahre. Als Ursache der Befristung nannten 44,3 Prozent, dass sie sich derzeit in einer Ausbildung befinden. Gut 13 Prozent gaben an, keine Daueranstellung zu finden bzw. dass eine solche nicht gewünscht sei. In der Probezeit befanden sich 11,7 Prozent, sonstige Gründe nannten 30,7 Prozent.

Im Vergleich zum Jahr 1999 ist die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse um 41 000 bzw. 21,8 Prozent angestiegen.

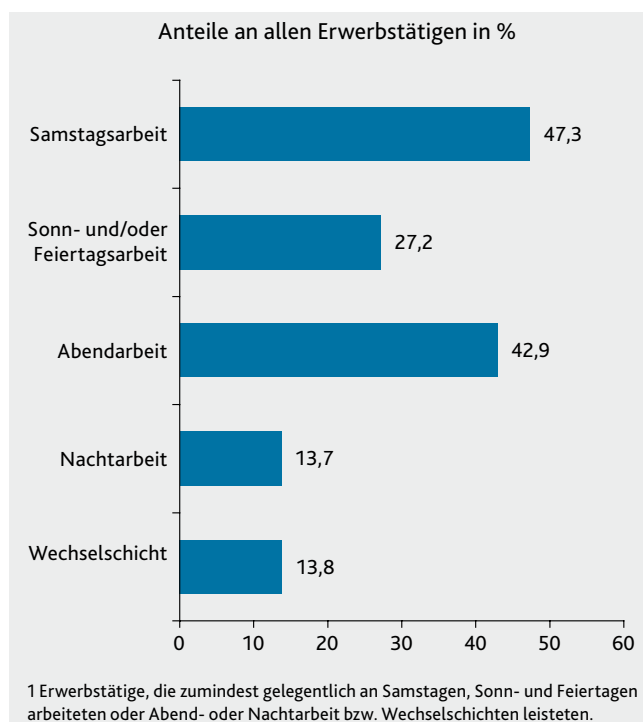
Viele Menschen haben einen Zweitjob

73 300 Erwerbs-
tätige haben
Nebenjob

Immer mehr rheinland-pfälzische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bessern ihr Einkommen mit einem Nebenjob auf. In

G 5

Erwerbstätige¹ 2009 nach Arbeitszeiten

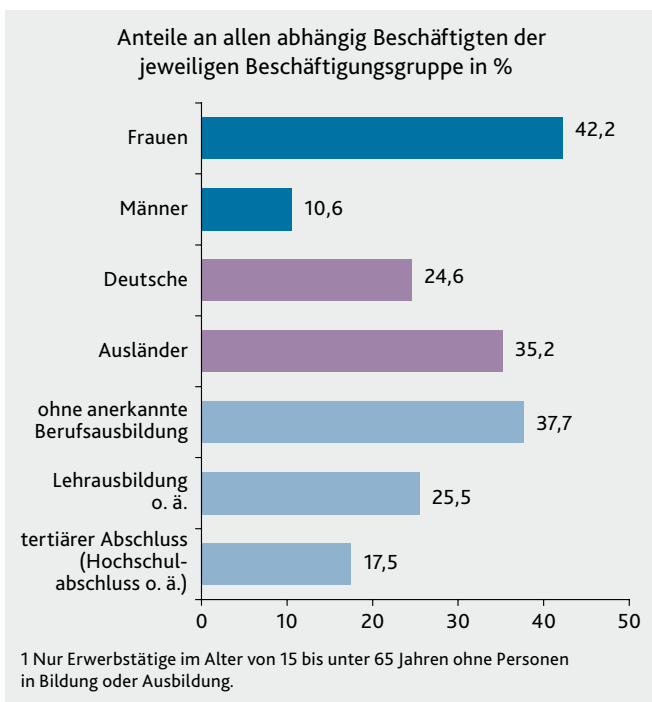


Rheinland-Pfalz gingen im Jahr 2009 mehr als 73 000 Erwerbstätige – das waren vier Prozent aller Erwerbstätigen (ohne Auszubildende) – neben ihrer beruflichen Haupttätigkeit einer zweiten Beschäftigung nach. Davon übten mehr als zwei Drittel (69,6 Prozent) ihre Nebentätigkeit regelmäßig aus, die übrigen Erwerbstätigen arbeiteten nur gelegentlich oder saisonal bedingt in ihrem Zweitjob. Gegenüber 1999 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen mit mehr als einer Arbeitsstelle deutlich erhöht (+59 Prozent).

Mögliche Ursache für diese Entwicklung könnte der Anstieg neuer Beschäftigungsformen sein. Immer mehr Erwerbstätige – so die Vermutung – müssen aus finanziellen Gründen einen Zweitjob annehmen. In der überwiegenden Zahl handelt es sich bei den angenommenen Zweittätigkeiten um geringfügige Beschäftigungsverhältnisse.

G 6

Atypisch Beschäftigte¹ 2009



Jeder vierte abhängig Erwerbstätige ist „atypisch“ beschäftigt

Jeder Vierte arbeitet in neuer Beschäftigungsform

Rund ein Viertel der abhängig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz arbeitete 2009 in neuen, häufig auch als „atypisch“ bezeichneten Beschäftigungsformen. Hierzu gehören be-

fristete oder geringfügige Beschäftigung und Teilzeitarbeit mit maximal 20 Stunden. Zwischen 1999 und 2009 stieg der Anteil der abhängig Beschäftigten in diesen Beschäftigungsformen in Rheinland-Pfalz von 21,2 auf 25,5 Prozent. Das sogenannte „Normalarbeitsverhältnis“ bleibt aber weiterhin die vorherrschende Beschäftigungsform.

Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den Geschlechtern: Während sich 42,2 Prozent der abhängig beschäftigten Frauen im Jahr 2009 in einer „atypischen“ Beschäftigung befanden, traf dies nur auf 10,6 Prozent der Männer zu. Wesentliche Ursache hierfür ist die große Zahl von Frauen in Teilzeitarbeit, die in vielen Fällen auch durchaus gewollt ist (z. B. aus familiären Gründen). Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation sind besonders häufig in atypischen Beschäftigungsformen zu finden. So lag der Anteil atypisch Beschäftigter an allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne anerkannte Berufsausbildung im Jahr 2009 bei 37,7 Prozent. Der entsprechende Wert bei Beschäftigten mit einer

Frauen besonders häufig in „atypischen“ Beschäftigungsformen

T 1

Erwerbstätige¹ in unterschiedlichen Erwerbsformen 2009 nach Geschlecht

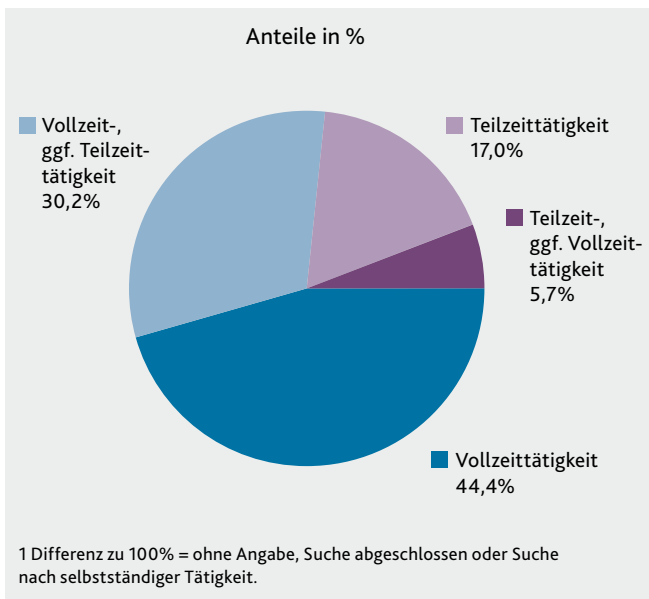
Erwerbsform	Insgesamt	Frauen	Männer
	in 1 000		
Selbstständige	181,2	56,1	125,1
abhängig Beschäftigte	1 494,7	703,1	791,6
in einem Normalarbeitsverhältnis	1 114,2	406,2	708,0
atypisch Beschäftigte ²	380,5	296,9	83,7
befristet Beschäftigte	111,7	57,5	54,3
Teilzeitbeschäftigte	283,0	251,2	31,8
geringfügig Beschäftigte	124,5	100,1	24,5
Insgesamt ³	1 685,3	767,7	917,6

1 Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ohne Personen in Bildung und Ausbildung, Zeit- und Berufssoldat(en/innen) sowie Grundwehr- und Zivildienstleistende.

2 Mehrfachzählungen möglich.

3 Einschließlich mithelfende Familienangehörige.

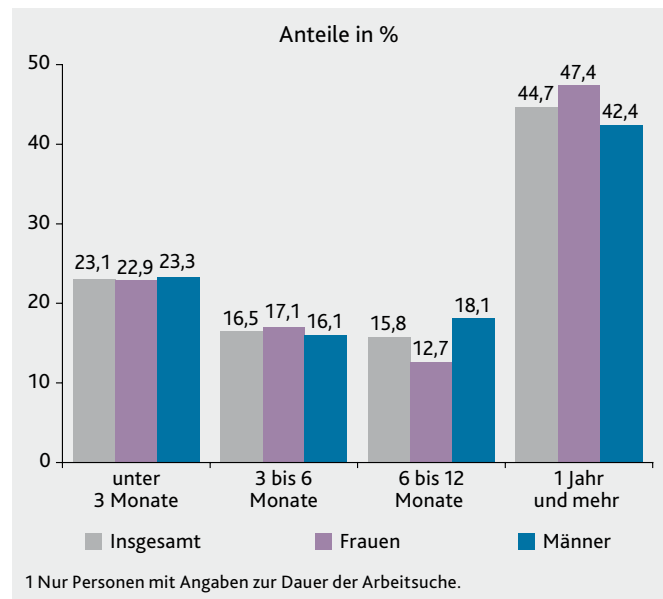
G 7

Erwerbslose 2009 nach der Art der gesuchten Tätigkeit¹

Lehrausbildung o. Ä. betrug demgegenüber 25,5 Prozent, während von den Höherqualifizierten nur 17,5 Prozent einer atypischen Beschäftigung nachgingen. Mit 35,2 Prozent waren die neuen Beschäftigungsformen auch bei ausländischen Beschäftigten überdurchschnittlich stark vertreten (deutsche Beschäftigte: 24,6 Prozent).

Die Frage, woraus sie überwiegend die Mittel für ihren Lebensunterhalt beziehen, beantworteten atypisch Beschäftigte wesentlich seltener mit eigener Erwerbstätigkeit als Beschäftigte in einem Normalarbeitsverhältnis. Fast 73 Prozent der atypisch Beschäftigten, aber 98,8 Prozent der abhängig Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis bestritten ihren Lebensunterhalt überwiegend über eigene Erwerbstätigkeit. Von den atypisch Erwerbstätigen gaben 19,5 Prozent an, ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Unterstützung durch Angehörige zu finanzieren. Leistungen nach Hartz IV waren für 3,9 Prozent der atypisch Beschäftigten Haupteinnahmequelle.

G 8

Erwerbslose 2009 nach der Dauer der Arbeitsuche¹ und Geschlecht

Erwerbslose überwiegend auf der Suche nach Vollzeitstellen

Rund drei Viertel der gut 121 000 Erwerbslosen in Rheinland-Pfalz suchten im Jahr 2009 eine Vollzeittätigkeit. Mehr als ein Drittel sind hinsichtlich des Umfangs der gesuchten Tätigkeit flexibel: 30,2 Prozent strebten zwar primär eine Vollzeitstelle an, hätten sich aber auch mit einer Teilzeittätigkeit begnügt. Einen Teilzeitjob bevorzugten 5,7 Prozent, würden aber auch eine volle Stelle annehmen. Für 44,4 Prozent der Erwerbslosen kam hingegen nur eine Vollzeitstelle in Frage, 17 Prozent suchten ausschließlich eine Teilzeitbeschäftigung.

Frauen und Männer unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer Präferenzen. So gaben 59,6 Prozent der Männer, aber nur 24,1 Prozent der Frauen an, ausschließlich eine Vollzeitstelle zu suchen. Dagegen strebten anteilig deutlich mehr Frauen ausschließlich eine Teilzeitstelle an als bei den Männern.

Frauen suchen häufiger Teilzeitstelle

Etwa zwei Drittel der Erwerbslosen bestritten ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Arbeitslosengeld I oder II, 27,6 Prozent wurden hauptsächlich durch Angehörige unterstützt. Arbeitslosengeld war für 73,2 Prozent der Männer und 59,7 Prozent der Frauen Haupteinnahmequelle. Fast 21 Prozent der Männer und 36,9 Prozent der Frauen gaben an, ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Unterstützung durch Angehörige zu finanzieren.

Rund 45 Prozent der Erwerbslosen suchen seit mindestens einem Jahr nach einer Stelle

Bereits ein Jahr und länger suchten 44,7 Prozent der Erwerbslosen nach einer Erwerbstätigkeit. Der Anteil der Frauen, die bereits längere Zeit erwerbslos sind, war dabei mit 47,4 Prozent höher als der der Männer (42,4 Prozent). Fast ein Viertel der Erwerbslosen war zum Zeitpunkt der Befragung erst seit kurzer Zeit erwerbslos. Seit weniger als drei Monaten auf der Suche nach Arbeit waren 22,9 Prozent der Frauen und 23,3 Prozent der Männer.

Fazit

Die amtliche Statistik verfügt mithilfe des Mikrozensus über wichtige Daten zur Erwerbstätigkeit. Überall in Europa hat die Erwerbstätigkeit von Frauen zugenommen; ein Trend, der auch in Rheinland-Pfalz zu beobachten ist. Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sind dabei nach wie vor bei Frauen deutlich stärker verbreitet. Strukturelle Veränderungen im Zeitverlauf sowie geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich auch in anderen Bereichen, z. B. bei der Stellung im Beruf und den Arbeitszeiten.

Christine Schomaker, Diplom-Soziologin, leitet das Referat Mikrozensus, Verdienste, Preise, Haushalts-erhebungen.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2008

Durchschnittlich rund 18 500 Euro für Konsum und Sparen



Von Werner Kertels

Im Jahr 2008 betrug das durchschnittliche verfügbare Einkommen je Einwohner in Rheinland-Pfalz 18 509 Euro. Dieser Betrag stand den privaten Haushalten – nach Abzug der direkten Steuern und Sozialbeiträge von den Erwerbs- und Vermögenseinkommen und unter Berücksichtigung der empfangenen laufenden Transfers wie Renten, Pensionen und Sozialleistungen – für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung. Das höchste verfügbare Einkommen in Rheinland-Pfalz hatten die Einwohner des Landkreises Mainz-Bingen mit durchschnittlich 21 779 Euro, gut ein Viertel niedriger lag der Wert der Stadt Ludwigshafen am Rhein mit 16 182 Euro. Insgesamt ergab sich für die Landkreise ein um knapp 1 200 Euro höheres verfügbares Einkommen je Einwohner als für die kreisfreien Städte.

Verfügbares Einkommen als zentraler Einkommensbegriff

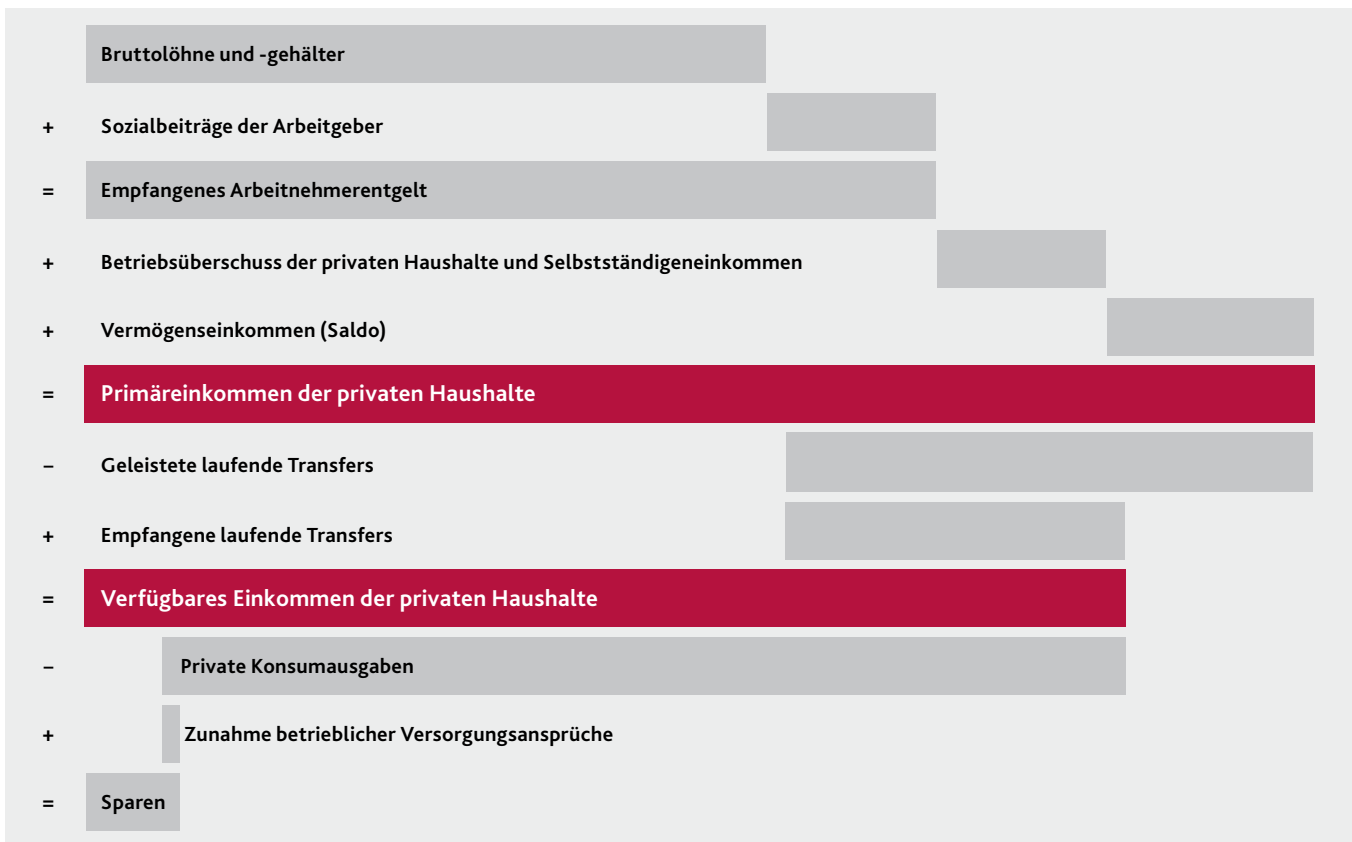
Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stellt eine zentrale Einkommensgröße im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dar. Es ist das nach (überwiegend staatlichen) Umverteilungsvorgängen resultierende Einkommen, das von den privaten Haushalten konsumiert oder gespart werden kann. Der Sektor „private Haushalte“, zu dem nicht nur Einzelpersonen und Gruppen von Einzelpersonen als Konsumenten, sondern auch als Produzenten (selbstständige Landwirte, Einzelunternehmer, Gastwirte, Freiberufler usw.) gehören, wird in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gemeinsam mit den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nachgewiesen.

Ausgehend von der primären Einkommensverteilung ...

Ausgangspunkt der Berechnungen für die kreisfreien Städte und Landkreise ist die Ermittlung des nach dem Inländer- oder Wohnortkonzept abgegrenzten Primäreinkommens der privaten Haushalte. Dieses umfasst die empfangenen Arbeitnehmerentgelte (Bruttolöhne und -gehälter einschließlich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber), die von den privaten Haushalten per Saldo empfangenen Vermögenseinkommen sowie die Unternehmenseinkommen, die den privaten Haushalten zufließen. Zu Letzteren gehören die Selbstständigeneinkommen der dem Sektor private Haushalte angehörenden

Ermittlung nach Inländerkonzept

Schematische Darstellung der wichtigsten Begriffe des Einkommensverteilungskontos der privaten Haushalte



Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit sowie die unterstellten Einkommen (Betriebsüberschuss) aus eigengenutztem Wohneigentum.

Das Primäreinkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz betrug im Jahr 2008 insgesamt 89,5 Milliarden Euro. Es entstand überwiegend als Arbeitnehmerentgelt (63,1 Milliarden Euro bzw. 70,5 Prozent), das vollständig diesem Sektor zugerechnet wird. Die restlichen 26,4 Milliarden Euro bzw. 29,5 Prozent waren die Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die den privaten Haushalten zufließen, und zwar 11,5 Milliarden Euro bzw. 12,8 Prozent als Betriebsüberschuss und Selbstständigeneinkommen und 14,9 Milliarden Euro bzw. 16,7 Prozent als Vermögenseinkommen.

... ergibt sich nach Umverteilung die sekundäre Einkommensverteilung

Das Primäreinkommen stellt jedoch noch nicht den Betrag dar, über den die Haushalte frei verfügen können. Das verfügbare Einkommen ergibt sich, indem vom Primäreinkommen die geleisteten laufenden Transfers abgezogen und die empfangenen laufenden Transfers hinzu gezählt werden. Die Umverteilung der Einkommen durch laufende Transfers spielt sich in erster Linie zwischen dem Staat (einschließlich der Sozialversicherungen) und dem Haushaltssektor ab. Zu den von privaten Haushalten geleisteten laufenden Transfers zählen insbesondere die direkten Steuern und Abgaben (z. B. Lohn- und Einkommensteuer, Kfz-Steuer, Gemeindesteuern, Verwaltungsgebühren) sowie die

Abzug von Steuern, Abgaben und Sozialbeiträgen

Sozialbeiträge. Letztere beinhalten die tatsächlichen Sozialbeiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, die Sozialbeiträge der Selbstständigen und der Nichterwerbstätigen sowie die unterstellten Sozialbeiträge (insbesondere für die Beamtenversorgung und Beihilfen im Krankheitsfall). Zu den geleisteten Transfers zählen außerdem die Nettoprämien für Schadenversicherungen wie private Krankenversicherung, Kfz- und allgemeine Haftpflichtversicherung u. Ä.

Monetäre Sozialleistungen fließen zu

Die von privaten Haushalten empfangenen laufenden Transfers stellen überwiegend monetäre Sozialleistungen dar. In erster Linie sind dies die Geldleistungen der Sozialversicherungen (Renten-, Arbeitslosen-, gesetzliche Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung). Dazu gehören außerdem Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, sonstige Sozialleistungen der Arbeitgeber (wie Pensionen, Beihilfen) sowie sonstige überwiegend vom Staat gezahlte soziale Geldleistungen (wie Kindergeld, Erziehungsgeld, Wohngeld, Arbeitslosenhilfe, Hartz IV, Sozialhilfe, Ausbildungsbeihilfen, Kriegsopferversorgung u. A.). Neben den Sozialleistungen empfangen die privaten Haushalte Leistungen von Schadenversicherungen.

Primäreinkommen wird durch Umverteilung im Durchschnitt um 16,5 Prozent reduziert

Auf dem Weg der Einkommensumverteilung hatten die privaten Haushalte 2008 laufende Transfers in Höhe von knapp 40,1 Milliarden Euro zu leisten und empfangen gleichzeitig 25,3 Milliarden Euro. Per Saldo sank also das Einkommen für die Gesamtheit der privaten Haushalte durch die Umverteilungsaktivitäten um 14,7 Milliarden Euro. Das verfügbare Einkommen betrug somit im Jahr 2008 in Rheinland-Pfalz 74,7 Milliarden Euro, das waren 83,5 Prozent des Primäreinkommens. Bei dieser Rechnung ist zu beachten, dass in den empfangenen laufenden Transfers nur

die Geldleistungen enthalten sind, jedoch nicht die Dienst- und Sachleistungen des Staates.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist somit das aussagekräftigste Einkommensaggregat, denn es berücksichtigt sämtliche Einkommensbestandteile, die den privaten Haushalten zufließen, und sämtliche Abzüge, die das Einkommen schmälern. Es steht den privaten Haushalten für private Konsumausgaben oder zur Ersparnisbildung (das Sparen umfasst außerdem noch die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) zur Verfügung und ist somit Ausgangspunkt für die Einkommensverwendung. Diese Einkommensgröße ist jedoch nicht gleichbedeutend mit der Kaufkraft der privaten Haushalte im Sinne eines Maßstabs für die regionale Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen des privaten Konsums. Die Absolutwerte des verfügbaren Einkommens geben Aufschluss über die potenzielle Kaufkraft der Bevölkerung in einer Region; es ist jedoch zu berücksichtigen, dass ein Teil des Einkommens gespart oder außerhalb des Wohnortes verausgabt wird. Außerdem wird der Vergleich verschiedener Regionen anhand des (nominalen) verfügbaren Einkommens durch regionale Preisniveauunterschiede eingeschränkt.

Verfügbares Einkommen für Konsum und Sparen

Im Vergleich zum Jahr 2000 ist das Primäreinkommen in Rheinland-Pfalz (nominal) um 18,9 Prozent gestiegen. Die geleisteten laufenden Transfers haben in diesem Zeitraum etwas mehr zugenommen (+17,4 Prozent) als die empfangenen (+15,6 Prozent). In den Jahren 2001 bis 2003 waren zwar die empfangenen Leistungen stärker gestiegen, im Zeitraum von 2006 bis 2008 hat es jedoch eine deutlich kräftigere Zunahme der geleisteten Übertragungen

Einkommen um knapp 19 Prozent seit 2000 gestiegen

T 1

 Einkommen der privaten Haushalte¹ 2008 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Primäreinkommen				Verfügbares Einkommen				Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen in %
	Mill. EUR	Anteil am Land in %	je Einwohner		Mill. EUR	Anteil am Land in %	je Einwohner		
			EUR	Rheinland-Pfalz = 100			EUR	Rheinland-Pfalz = 100	
Frankenthal (Pfalz), St.	974	1,1	20 681	93,3	842	1,1	17 886	96,6	86,5
Kaiserslautern, St.	1 862	2,1	19 090	86,2	1 631	2,2	16 728	90,4	87,6
Koblenz, St.	2 224	2,5	20 946	94,5	1 928	2,6	18 155	98,1	86,7
Landau i. d. Pfalz, St.	959	1,1	22 298	100,6	798	1,1	18 556	100,3	83,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	3 083	3,4	18 845	85,1	2 647	3,5	16 182	87,4	85,9
Mainz, St.	4 659	5,2	23 548	106,3	3 582	4,8	18 105	97,8	76,9
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 251	1,4	23 214	104,8	1 062	1,4	19 702	106,4	84,9
Pirmasens, St.	754	0,8	18 095	81,7	735	1,0	17 656	95,4	97,6
Speyer, St.	1 169	1,3	23 078	104,2	973	1,3	19 216	103,8	83,3
Trier, St.	2 167	2,4	20 811	93,9	1 832	2,5	17 594	95,1	84,5
Worms, St.	1 671	1,9	20 339	91,8	1 406	1,9	17 117	92,5	84,2
Zweibrücken, St.	663	0,7	19 136	86,4	584	0,8	16 866	91,1	88,1
Ahrweiler	2 809	3,1	21 804	98,4	2 417	3,2	18 763	101,4	86,1
Altenkirchen (Ww.)	2 685	3,0	20 000	90,3	2 359	3,2	17 568	94,9	87,8
Alzey-Worms	2 978	3,3	23 745	107,2	2 340	3,1	18 657	100,8	78,6
Bad Dürkheim	3 295	3,7	24 560	110,9	2 657	3,6	19 807	107,0	80,7
Bad Kreuznach	3 447	3,9	21 946	99,1	2 970	4,0	18 911	102,2	86,2
Bernkastel-Wittlich	2 473	2,8	21 918	98,9	2 132	2,9	18 899	102,1	86,2
Birkenfeld	1 745	2,0	20 320	91,7	1 574	2,1	18 329	99,0	90,2
Cochem-Zell	1 307	1,5	20 208	91,2	1 153	1,5	17 817	96,3	88,2
Donnersbergkreis	1 642	1,8	21 159	95,5	1 357	1,8	17 489	94,5	82,7
Eifelkreis Bitburg-Prüm	2 065	2,3	21 708	98,0	1 724	2,3	18 127	97,9	83,5
Germersheim	2 899	3,2	23 058	104,1	2 306	3,1	18 338	99,1	79,5
Kaiserslautern	2 239	2,5	20 802	93,9	1 884	2,5	17 500	94,5	84,1
Kusel	1 471	1,6	19 742	89,1	1 271	1,7	17 060	92,2	86,4
Mainz-Bingen	5 749	6,4	28 516	128,7	4 391	5,9	21 779	117,7	76,4
Mayen-Koblenz	4 618	5,2	21 721	98,0	3 878	5,2	18 243	98,6	84,0
Neuwied	4 082	4,6	22 289	100,6	3 464	4,6	18 913	102,2	84,9
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 263	2,5	21 763	98,2	1 923	2,6	18 491	99,9	85,0
Rhein-Lahn-Kreis	2 758	3,1	21 917	98,9	2 356	3,2	18 722	101,2	85,4
Rhein-Pfalz-Kreis	3 791	4,2	25 396	114,6	3 010	4,0	20 166	109,0	79,4
Südliche Weinstraße	2 467	2,8	22 441	101,3	2 049	2,7	18 643	100,7	83,1
Südwestpfalz	2 107	2,4	20 847	94,1	1 848	2,5	18 282	98,8	87,7
Trier-Saarburg	3 301	3,7	23 393	105,6	2 677	3,6	18 970	102,5	81,1
Vulkaneifel	1 283	1,4	20 526	92,6	1 131	1,5	18 093	97,8	88,1
Westerwaldkreis	4 564	5,1	22 670	102,3	3 853	5,2	19 137	103,4	84,4
Rheinland-Pfalz	89 471	100,0	22 155	100,0	74 744	100,0	18 509	100,0	83,5
kreisfreie Städte	21 434	24,0	20 966	94,6	18 021	24,1	17 628	95,2	84,1
Landkreise	68 037	76,0	22 558	101,8	56 723	75,9	18 807	101,6	83,4

¹ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2009

gegeben. Für das verfügbare Einkommen ergibt sich eine Zunahme um 18,6 Prozent gegenüber dem Jahr 2000.

Durchschnittlich 18 509 Euro pro Einwohner für Konsum und Sparen

Starke Streuung der Einkommen

Bezogen auf die Einwohner errechnet sich für Rheinland-Pfalz ein durchschnittliches Primäreinkommen von 22 155 Euro. Im Durchschnitt lag der Wert für die Landkreise mit 22 558 Euro um knapp 1 600 Euro bzw. 7,6 Prozent über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (20 966 Euro). Innerhalb dieser Gebietstypen streuen die Pro-Kopf-Einkommen jedoch beträchtlich. Bei den Städten reicht die Spannweite von 23 548 Euro in der Landeshauptstadt Mainz bis 18 095 Euro in Pirmasens und bei den Landkreisen sogar von 28 516 Euro im Kreis Mainz-Bingen bis 19 742 Euro im Kreis Kusel. Der höchste Wert übertraf demnach den Landesdurchschnitt um 29 Prozent, während der niedrigste um 18 Prozent darunter lag. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Wert im Landkreis Mainz-Bingen lag also um 58 Prozent höher als in Pirmasens.

Im Zuge der Umverteilung ist das durchschnittliche Einkommen um 3 646 Euro gesunken. Im Durchschnitt stand jedem Rheinland-Pfälzer ein Einkommen von 18 509 Euro für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung. In den Landkreisen lag der durchschnittliche Pro-Kopf-Wert mit 18 807 Euro geringfügig über dem Landesdurchschnitt (+1,6 Prozent), in den kreisfreien Städten mit 17 628 Euro dagegen gut 4,8 Prozent darunter. Der Abstand zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen betrug also 1 179 Euro.

Das höchste verfügbare Einkommen je Einwohner verzeichnete der Landkreis

Mainz-Bingen mit 21 779 Euro, gefolgt vom Rhein-Pfalz-Kreis mit 20 166 Euro und Bad-Dürkheim mit 19 807 Euro. Geringfügig niedriger lag der höchste Städtewert von Neustadt an der Weinstraße mit 19 702 Euro. Über ein wesentlich geringeres Einkommen verfügten die privaten Haushalte der Stadt Ludwigshafen mit 16 182 Euro. Unter den Landkreisen war mit 17 060 Euro der niedrigste Wert für Kusel festzustellen.

Landkreis Mainz-Bingen nimmt Spitzenposition ein

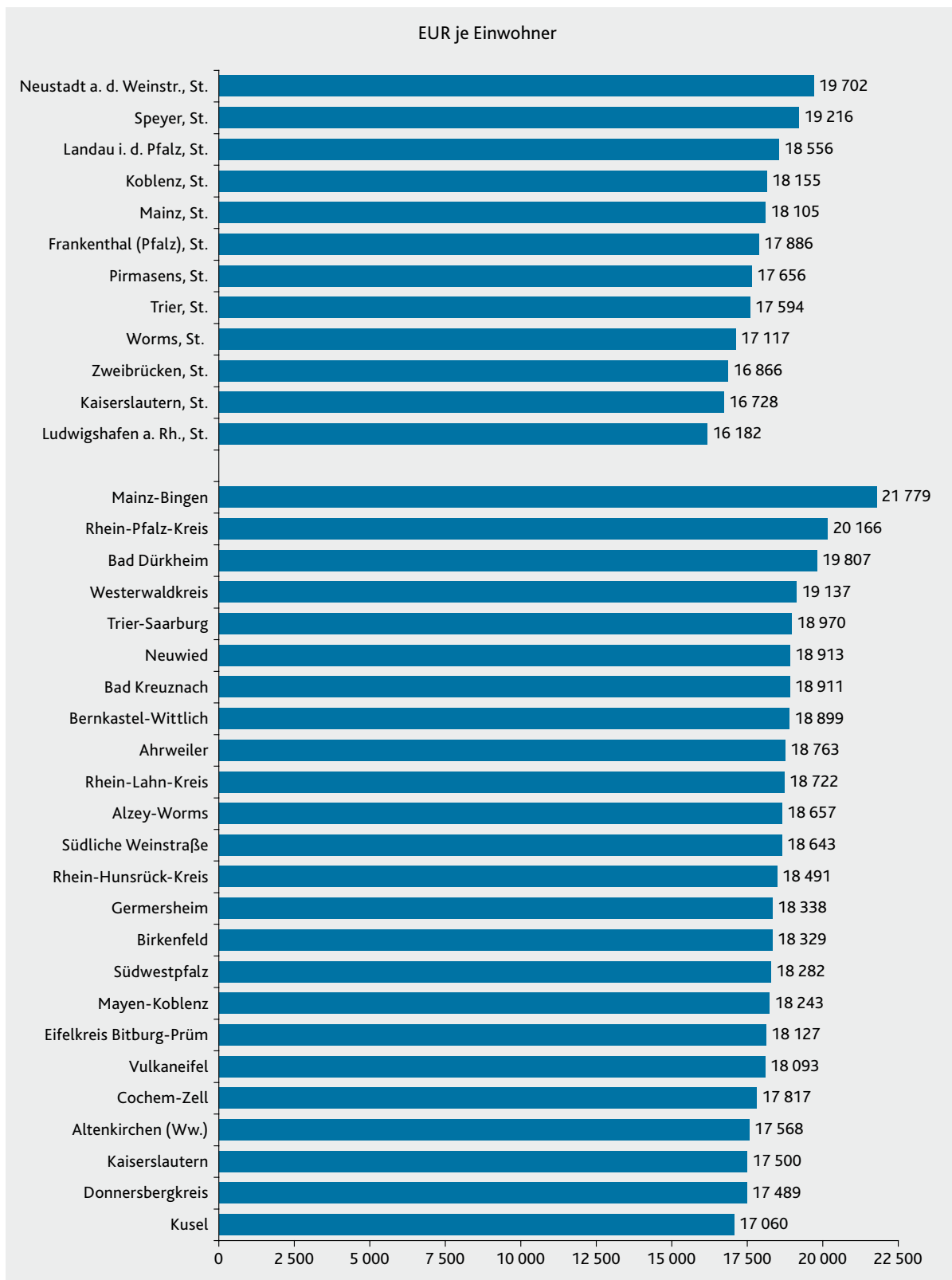
Durch die Umverteilung ist die Spannweite insgesamt kleiner geworden: Der höchste Wert übertraf den Landesdurchschnitt um 17,7 Prozent, während der niedrigste um 12,6 Prozent darunter lag. Demnach verfügten die Einwohner in Mainz-Bingen durchschnittlich über ein um 35 Prozent höheres Einkommen als in Ludwigshafen. Von den 36 kreisfreien Städten und Landkreisen in Rheinland-Pfalz lag das verfügbare Einkommen je Einwohner in zwölf Verwaltungsbezirken um mehr als 5 Prozent über oder unter dem Landesdurchschnitt, beim Primäreinkommen waren es 21 Städte und Landkreise.

Umverteilung verringert regionale Disparitäten

Es hat also tendenziell eine Annäherung an den Landesdurchschnitt stattgefunden. In den meisten Regionen mit unterdurchschnittlichem Pro-Kopf-Primäreinkommen ist durch die Umverteilung eine Annäherung an den Landesdurchschnitt eingetreten. In diesen Gebieten lag der Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen über dem Landesdurchschnitt von 83,5 Prozent. Am deutlichsten profitiert hat die Stadt Pirmasens, hier lag das durchschnittliche verfügbare Einkommen nur geringfügig unter dem Primäreinkommen. Bei rund 90 Prozent lag der Anteil außerdem im Landkreis Birkenfeld. Umgekehrt hat auch in den meisten Regionen mit überdurchschnitt-

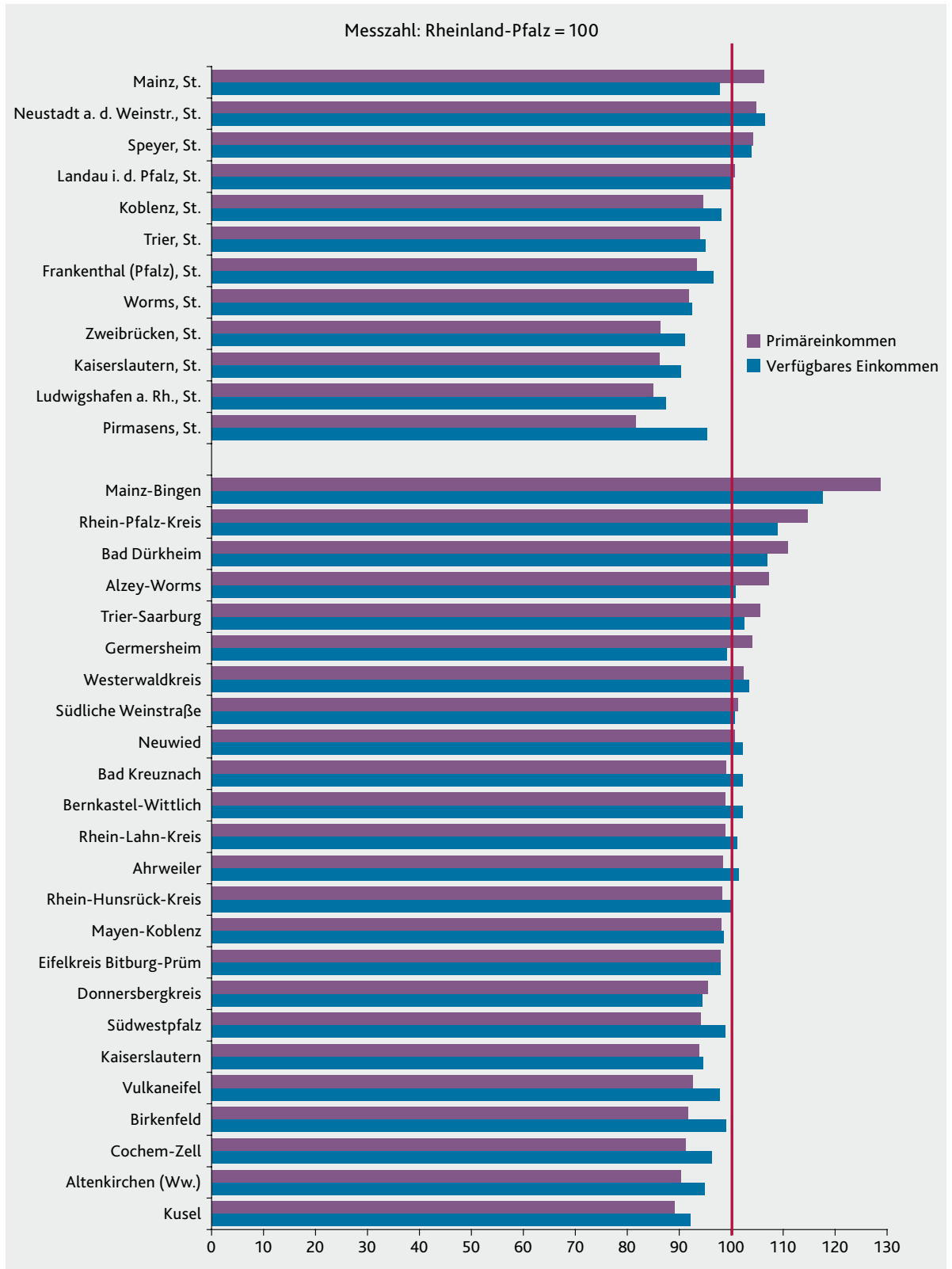
G 1

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2008 nach Verwaltungsbezirken



G 2

Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 2008 nach Verwaltungsbezirken



lichem Pro-Kopf-Primäreinkommen durch die Umverteilung eine Annäherung an den Landesdurchschnitt stattgefunden. So lag der Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen in der Stadt Mainz und im Landkreis Mainz-Bingen nur bei rund 77 bzw. gut 76 Prozent.

Hohe Bedeutung von Pendlerverflechtungen

Die Höhe des Primäreinkommens wird natürlich mitbestimmt von der Wirtschaftsstruktur und der Wirtschaftskraft einer Region sowie der Erwerbsbeteiligung. Bei kleinräumiger Betrachtung ist allerdings zu beachten, dass die in der Region entstandenen Einkommen durch Pendlerverflechtungen gravierend verändert werden können. So wird zum Beispiel in der Stadt Ludwigshafen das höchste Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz erwirtschaftet, während der Wert für den umliegenden Rhein-Pfalz-Kreis deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt. Beim verfügbaren Einkommen je Einwohner jedoch liegt der Wert für den Rhein-Pfalz-Kreis erheblich höher als der der Stadt Ludwigshafen. Außer durch diese Einkommensströme wird das verfügbare Einkommen in den Verwaltungsbezirken auch durch die Umverteilung in unterschiedlichem Ausmaß verändert. Die unterschiedliche Bedeutung der geleisteten und der empfangenen Transfers beruht zum Teil sicherlich auf Abweichungen in der Altersstruktur der Bevölkerung und der Haushaltsstruktur.

Verfügbares Einkommen in den Landkreisen stärker gestiegen als in den Städten

Gegenüber 2007: +2,9 Prozent

Gegenüber 2007 ist das verfügbare Einkommen in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt je Einwohner um 530 Euro bzw. 2,9 Prozent gestiegen. In den rheinland-pfälzischen

Landkreisen ist der Anstieg stärker als in den kreisfreien Städten: Von 2007 auf 2008 nahm das Einkommen in den Landkreisen im Durchschnitt um 3,2 Prozent zu und um 2,3 Prozent in den kreisfreien Städten. Allerdings ist zu beachten, dass es von 2007 auf 2008 bei den Landkreisen eine Abnahme der jahresdurchschnittlichen Einwohnerzahl gegeben hat (-0,4 Prozent), während die Zahl bei den kreisfreien Städten unverändert blieb.

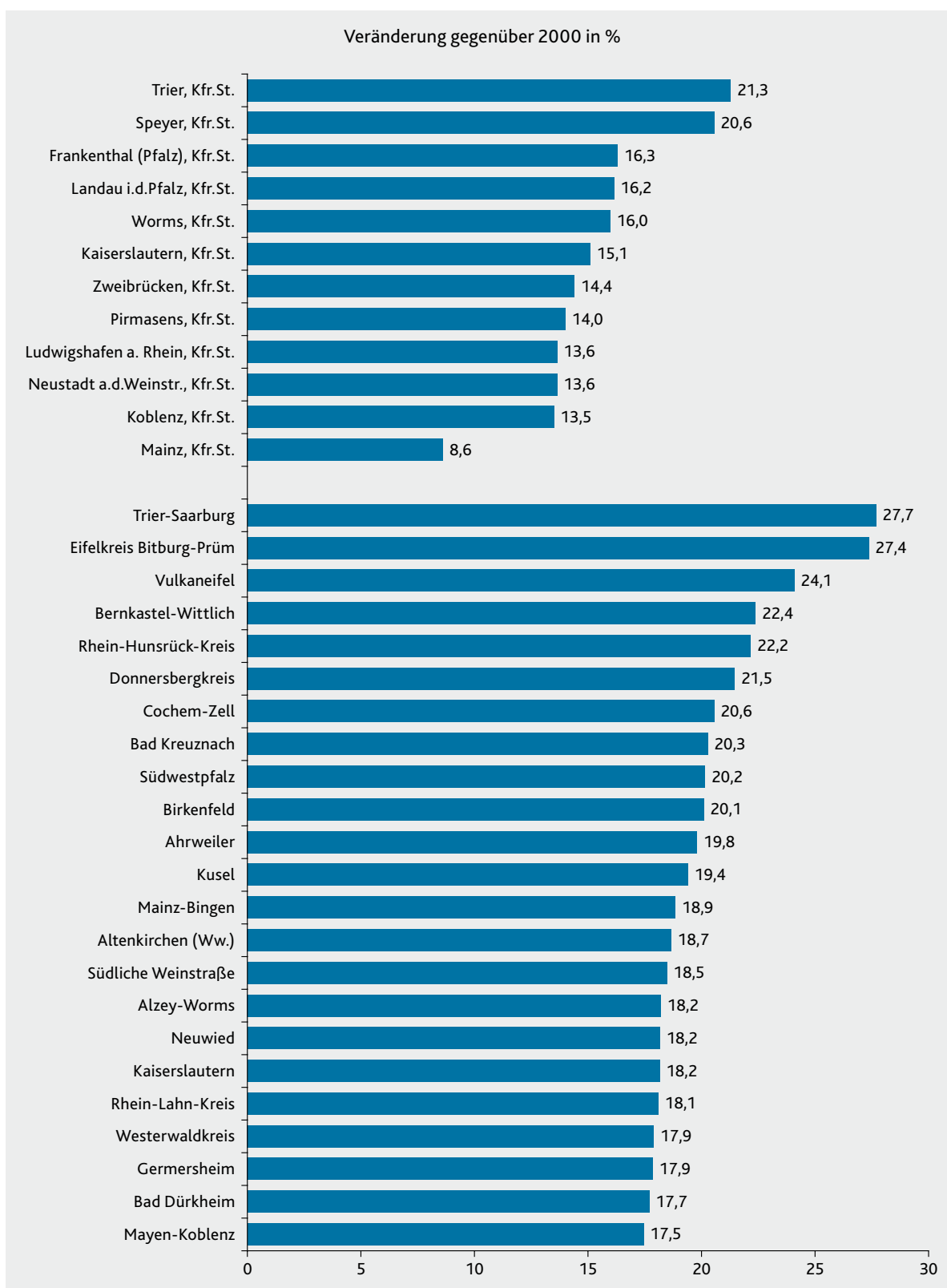
Im Vergleich zu 2000 ist das Pro-Kopf-Einkommen in Rheinland-Pfalz um 2 870 Euro bzw. 18,3 Prozent gestiegen. Auch über diesen etwas längeren Zeitraum von 2000 bis 2008 betrachtet fiel der Anstieg in den Landkreisen im Mittel stärker aus (19,7 Prozent) als in den kreisfreien Städten (14,4 Prozent). In diesem Zeitraum sank die Einwohnerzahl in den Landkreisen insgesamt geringfügig (-0,3 Prozent), während die Bevölkerung in den kreisfreien Städten um 1,6 Prozent zunahm.

Unter den Städten wurden die stärksten Anstiege des Pro-Kopf-Einkommens gegenüber dem Jahr 2000 mit 21,3 Prozent in Trier und 20,6 Prozent in Speyer erreicht. Dagegen nahm das durchschnittliche Einkommen je Einwohner in Mainz nur um 8,6 Prozent zu. Durch die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer ist dort die Bevölkerungszahl deutlich gestiegen, da viele Studenten ihren Nebenwohnsitz in den Hauptwohnsitz Mainz umwandelten. Die höchsten Zuwachsraten unter den Landkreisen hatten Trier-Saarburg sowie der Eifelkreis Bitburg-Prüm mit über 27 Prozent zu verzeichnen, es folgen die beiden Landkreise Vulkaneifel und Bernkastel-Wittlich. Diese Kreise gehören wie auch die Stadt Trier zur Grenzregion des Großherzogtums Luxemburg. Da immer mehr Menschen aus den grenznahen Gebieten dorthin

Höchste Zuwächse in Trier-Saarburg und im Eifelkreis Bitburg-Prüm

G 3

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 2008 nach Verwaltungsbezirken



Info

Nähere methodische Erläuterungen und Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1992 bis 2008“. Der Bericht kann kostenfrei als PDF-Datei aus dem Internet heruntergeladen werden.

Die Gemeinschaftsveröffentlichung Reihe 2 Band 3 des Arbeitskreises VGR der Länder mit Ergebnissen für alle kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland steht im Internet kostenfrei als Excel-Datei zur Verfügung.

zur Arbeit pendeln, profitiert die Region von der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung in Luxemburg. Im Jahr 2000 hatte das durchschnittliche verfügbare Einkommen im Eifelkreis Bitburg-Prüm den Landesdurchschnitt um 9 Prozent unterschritten, im Jahr 2008 waren es nur noch 2,1 Prozent, in Trier-Saarburg hatte der Wert 5 Prozent darunter gelegen und lag 2008 sogar 2,5 Prozent darüber.

Werner Kertels, Diplom-Volkswirt, ist Referent im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.

Pflege 2009



Von Gerhard Hehl

In Rheinland-Pfalz gab es im Dezember 2009 rund 106 400 pflegebedürftige Menschen. Fast die Hälfte erhielt ausschließlich Pflegegeld, 21 Prozent wurden ambulant, weitere 30 Prozent stationär gepflegt. Über 85 Prozent der Pflegebedürftigen waren 65 Jahre und älter. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der steigenden Lebenserwartung kommt der Pflege eine immer größere Bedeutung zu.

2,7 Prozent der Bevölkerung pflegebedürftig

Im Dezember 2009 waren in Rheinland-Pfalz rund 106 400 Personen pflegebedürftig im Sinne des Pflege-Versicherungsgesetzes (SGB XI). Dies entsprach einem Anteil von 2,7 Prozent an der Bevölkerung.

Mehr Menschen pflegebedürftig

Die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen ist zwischen 1999 und 2009 um über 14 000 Personen bzw. 15 Prozent gestiegen. Allein von 2005 auf 2009 ist ein Anstieg um 8 500 Personen zu verzeichnen. Mit mehr als zwei Dritteln (knapp 68 Prozent) stellen Frauen den überwiegenden Teil der Pflegebedürftigen.

Überwiegend ältere Menschen pflegebedürftig

Dabei sind vor allem ältere Menschen auf Pflege angewiesen: Über 85 Prozent der Pflegebedürftigen waren 65 Jahre oder älter, 37 Prozent sogar 85 Jahre oder älter.

Bei 74 700 Personen bzw. gut 70 Prozent erfolgte die Pflege im häuslichen Umfeld,

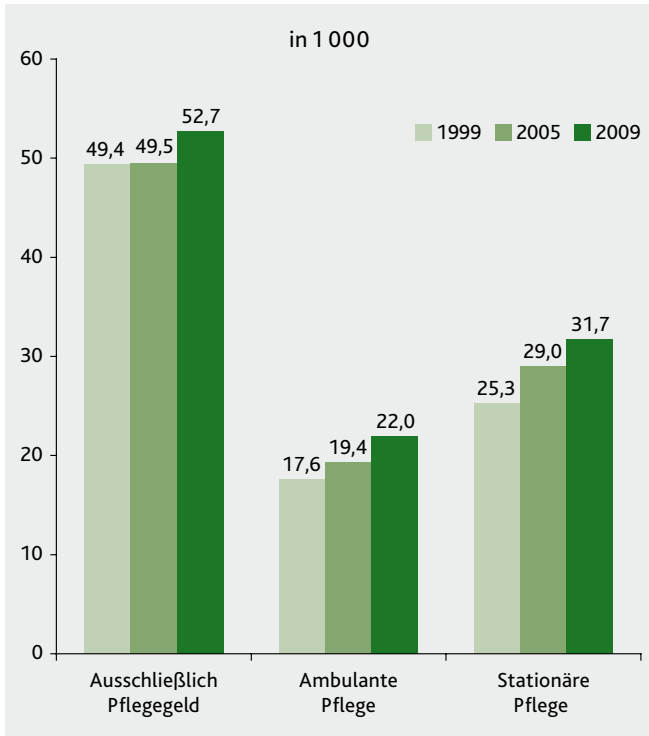
wobei 52 700 Pflegebedürftige ausschließlich Pflegegeld erhielten und fast 22 000 entweder ganz oder teilweise ambulante Dienste in Anspruch nahmen. Gegenüber 1999 hat sich die Zahl der Menschen, die zu Hause gepflegt werden, um über elf Prozent erhöht. Die Zahl der Personen, die ausschließlich Pflegegeld erhalten, stieg dabei um knapp sieben Prozent, während der Anstieg bei den Menschen, die ambulante Dienste in Anspruch nahmen, mit 25 Prozent deutlich höher ausfiel. Etwa 31 700 Personen wurden in Heimen stationär betreut. Gegenüber 1999 bedeutet das ebenfalls eine Zunahme um 25 Prozent.

Der Grad der Pflegebedürftigkeit wird vom Medizinischen Dienst der Krankenversicherung individuell festgelegt (siehe Textkasten). Ende 2009 waren 55 780 Pflegebedürftige der Pflegestufe I zugeordnet, 37 750 der Pflegestufe II und 12 260 der Pflegestufe III.

Mehr als die Hälfte in Pflegestufe I

G 1

Empfängerinnen und Empfänger von Pflegeleistungen 1999–2009 nach Pflegearten



Rund 600 Personen waren zum Erhebungszeitpunkt noch keiner Pflegestufe zugewiesen.

Der Anteil der Personen mit Pflegestufe I nahm seit 1999 von 44 auf 52 Prozent zu; gleichzeitig ging die Quote der Pflegebedürftigen der Stufe II von 40 auf 35,5 Prozent und der Anteil der Personen in Pflegestufe III von 14 auf 11,5 Prozent zurück.

Rund 52700 Personen erhielten Ende 2009 ausschließlich Pflegegeld. Der Anteil der Pflegegeldempfänger an allen Leistungsempfängern ist damit im Vergleichszeitraum 1999 bis 2009 von 53,5 auf 49,5 Prozent gesunken.

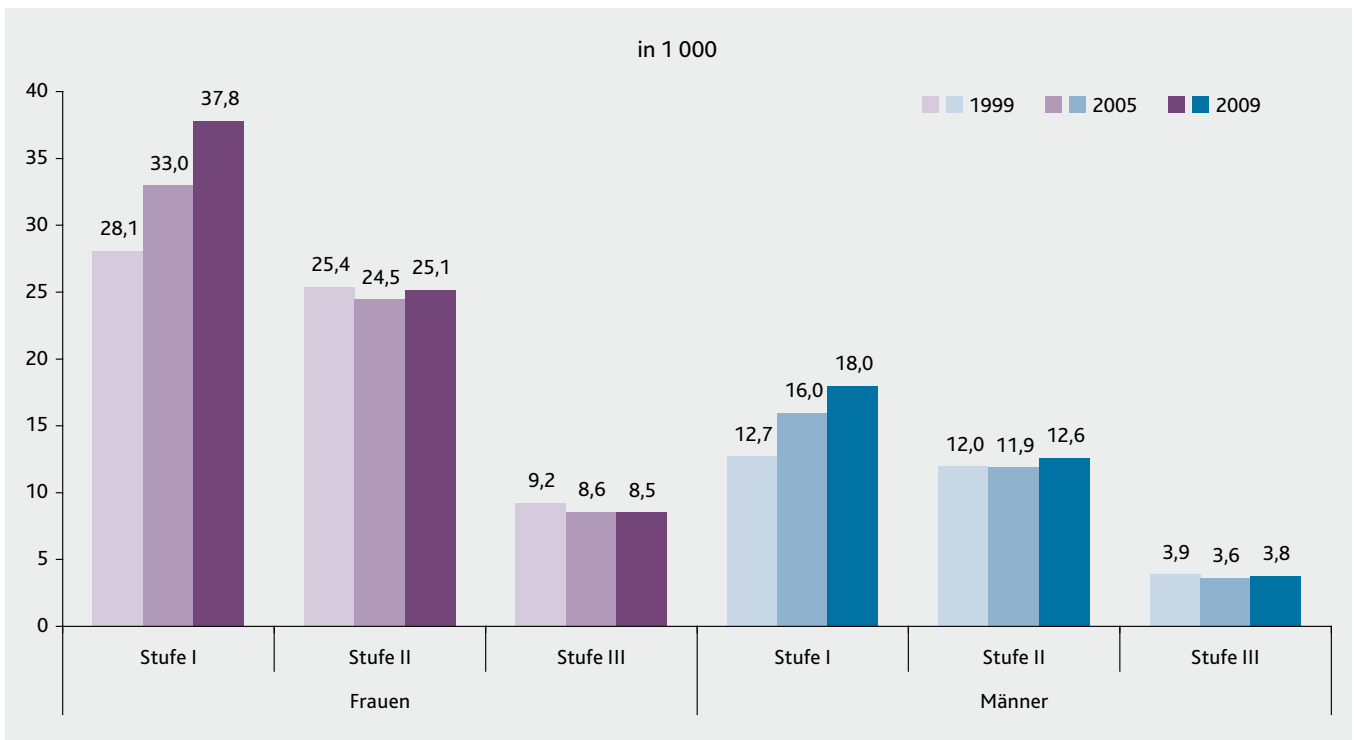
Anteil der Pflegegeldempfänger ist gesunken

Die geschlechtsspezifische Verteilung hat sich nur wenig verändert. Während 1999 noch 62 Prozent aller Pflegegeldempfänger Frauen waren, lag deren Anteil zehn Jahre später bei 63 Prozent.

Frauenanteil bei 63 Prozent

G 2

Empfängerinnen und Empfänger von Pflegeleistungen 1999–2009 nach Geschlecht und Pflegestufen



Info

Die Pflegeversicherung wurde in den Jahren 1995 und 1996 als eigenständiger Zweig der Sozialversicherung eingeführt. Auf der Grundlage des Sozialgesetzbuches XI (§ 109 SGB XI) und der Pflegestatistik-Verordnung vom 29. November 1999 wird alle zwei Jahre eine Pflegestatistik durchgeführt. Während die statistischen Landesämter im Rahmen einer Bestandserhebung zum 15. Dezember die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen befragen, erhält das Statistische Bundesamt zum Jahresende von den Spitzenverbänden der Pflegekassen Daten über die Pflegegeldempfänger. Mit der Zusammenführung dieser Angaben werden umfassende statistische Ergebnisse über die Versorgung sowie die Betreuung der Pflegebedürftigen bereitgestellt. Dabei werden folgende Pflegestufen unterschieden:

**„Pflegestufe 0“
(nicht oder geringfügig Pflegebedürftige)**

Der Begriff „Pflegestufe 0“ bezeichnet keine Pflegestufe im Sinne der Pflegeversicherung. Damit sind die Personen erfasst, die die Voraussetzungen der Pflegestufe I nicht erfüllen, aber dennoch auf pflegerische Hilfen angewiesen sind. Dieser Personenkreis wird in der Pflegestatistik nicht nachgewiesen.

**Pflegestufe I
(erheblich Pflegebedürftige)**

Das sind Personen, die

- bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität
- für wenigstens zwei Verrichtungen
- aus einem oder mehreren dieser Bereiche
- mindestens einmal täglich der Hilfe bedürfen
- und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.

Der Hilfebedarf für die Grundpflege und die hauswirtschaftliche Versorgung muss pro Tag mindestens 1,5 Stunden betragen, wobei auf die Grundpflege mehr als 45 Minuten entfallen müssen.

**Pflegestufe II
(Schwerpflegebedürftige)**

Das sind Personen, die

- bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität
- mindestens dreimal täglich zu verschiedenen Tageszeiten der Hilfe bedürfen
- und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.

Der Hilfebedarf für die Grundpflege und die hauswirtschaftliche Versorgung muss pro Tag mindestens drei Stunden betragen, wobei auf die Grundpflege mindestens zwei Stunden entfallen müssen.

**Pflegestufe III
(Schwerstpflegebedürftige)**

Das sind Personen, die

- bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität
- täglich rund um die Uhr, auch nachts, der Hilfe bedürfen
- und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.

Der Hilfebedarf für die Grundpflege und die hauswirtschaftliche Versorgung muss pro Tag mindestens fünf Stunden betragen, wobei auf die Grundpflege mindestens vier Stunden entfallen müssen.

T 1

**Empfängerinnen und Empfänger von Pflegeleistungen 1999–2009
nach Geschlecht sowie Pflegearten, Pflegestufen und Altersgruppen**

Pflegeart Pflegestufe Alter in Jahren	Frauen			Männer		
	1999	2005	2009	1999	2005	2009
Insgesamt	63 498	66 264	71 829	28 842	31 618	34 567
nach Pflegearten						
Ausschließlich Pflegegeld	30 772	30 578	33 152	18 662	18 939	19 547
Ambulante Pflege	12 204	13 001	14 502	5 374	6 366	7 458
Stationäre Pflege	20 522	22 685	24 175	4 806	6 313	7 562
nach Pflegestufen						
Stufe I	28 097	32 977	37 816	12 705	15 950	17 965
Stufe II	25 357	24 453	25 138	11 970	11 892	12 615
Stufe III	9 200	8 591	8 503	3 876	3 637	3 760
Noch nicht zugeordnet	844	243	372	291	139	227
nach Altersgruppen						
unter 15	1 585	1 117	1 301	2 059	1 480	1 429
15–60	4 454	4 457	5 069	5 202	5 063	5 101
60–65	1 722	1 285	1 350	1 958	1 505	1 444
65–70	2 389	2 772	2 478	2 682	3 021	2 581
70–75	4 542	4 434	5 450	3 562	3 956	4 463
75–80	9 136	8 834	8 636	4 048	5 464	5 487
80–85	9 863	16 183	15 608	3 196	5 370	6 651
85–90	16 267	12 417	19 664	3 772	3 150	5 064
90–95	10 407	10 866	7 884	1 900	2 075	1 682
95 und älter	3 133	3 899	4 389	463	534	665

T 2

**Ambulante Pflegedienste und Pflegeheime 1999–2009
nach Art der Einrichtung und Trägerschaft**

Merkmal	1999	2005	2009
Ambulante Pflegedienste	411	372	416
private Träger	209	188	239
freigemeinnützige Träger	197	180	173
öffentliche Träger	5	4	4
Pflegeheime	390	421	454
private Träger	145	152	173
freigemeinnützige Träger	240	263	271
öffentliche Träger	5	6	10
davon Einrichtungen für			
ältere Menschen	385	420	450
behinderte Menschen und psychisch Kranke	5	-	3
Schwerkranke und Sterbende	-	1	1

T 3

Personal in Pflegeeinrichtungen 1999–2009

Art der Beschäftigung	Ambulante Dienste			Pflegeheime		
	1999	2005	2009	1999	2005	2009
Vollzeitbeschäftigte	2 554	2 138	2 702	9 090	8 953	9 047
Teilzeitbeschäftigte	4 985	5 944	7 655	9 944	14 156	16 846
darunter mit mehr als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit	1 388	1 847	2 585	3 841	5 946	7 673
Praktikanten, Helfer, Zivildienstleistende	389	287	356	2 664	2 696	2 826
Insgesamt	7 928	8 369	10 713	21 698	25 805	28 719

Zahl der ambulanten Pflegedienste gegenüber 1999 kaum verändert

Insgesamt wurden im Dezember 2009 in Rheinland-Pfalz 416 zugelassene ambulante Pflegedienste statistisch erfasst. Das waren fünf mehr als bei der ersten Erhebung im Jahr 1999. Davon befanden sich 239 Dienste in privater, 173 in freigemeinnütziger und vier Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft.

Die Zahl der von den ambulanten Diensten betreuten Pflegebedürftigen lag 2009 bei fast 22 000 Personen; sie hat sich seit 1999 um rund 4 400 Personen bzw. 25 Prozent erhöht.

Ein privater
Pflegedienst
versorgt im
Schnitt
31 Pflegebe-
dürftige

Die Zahl der Pflegebedürftigen je Pflegedienst ist deutlich gestiegen. So versorgten die Dienste in privater Trägerschaft 2009 durchschnittlich 31 Pflegebedürftige, im Jahr 1999 waren es noch 24. Der errechnete Schnitt für die freigemeinnützigen Dienste lag bei 83 Pflegebedürftigen (1999: 63) und für die öffentlich organisierten Dienste bei 58 (1999: 36).

Rund 38 700 Pflegeplätze

Mehr
Pflegeheime

Ende 2009 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 454 nach dem SGB XI zugelassene voll- oder teilstationäre Pflegeheime betrieben. Davon befanden sich 173 Einrichtungen in privater Trägerschaft, 271 hatten einen freigemeinnützigen Träger und zehn standen unter öffentlicher Leitung. Gegenüber 1999 hat sich die Zahl der Heime damit um 64 erhöht.

Im Schnitt
85 Plätze
je Pflegeheim

In den Pflegeheimen des Landes wurden insgesamt gut 38 700 Pflegeplätze bereitgehalten, das waren durchschnittlich 85 Plätze je Haus. Im Jahr 1999 gab es lediglich 30 300 verfügbare Plätze, was einem Schnitt von 78 Plätzen je Einrichtung entsprach.

Insgesamt über 31 700 Pflegebedürftige wurden Ende des Jahres 2009 stationär betreut. Sie verteilten sich zu 40 Prozent auf die Pflegestufe I, zu 41 Prozent auf die Pflegestufe II

und zu 17 Prozent auf die Pflegestufe III. Knapp zwei Prozent der Pflegebedürftigen waren noch keiner Pflegestufe zugeordnet. Auch hier hat sich die Anzahl der zu Pflegenden gegenüber dem Jahr 1999 erhöht, und zwar um über 6 400 Personen bzw. 25 Prozent.

Personal in Pflegeeinrichtungen überwiegend teilzeitbeschäftigt

Bei den ambulanten Diensten waren Ende 2009 insgesamt rund 10 700 Personen tätig. Gegenüber 1999 ist die Zahl der Beschäftigten damit um 35,1 Prozent gestiegen. Zu dieser Zunahme trugen zum größten Teil die Teilzeitbeschäftigten (+53,6 Prozent) bei, während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten lediglich um 5,8 Prozent stieg. Im Jahr 2009 waren 2 700 Beschäftigte in Vollzeit und fast 7 700 in Teilzeit tätig. Von den Teilzeitkräften waren fast zwei Drittel weniger als halbtags beschäftigt. Gut 350 bzw. 3,3 Prozent der Beschäftigten waren Praktikantinnen und Praktikanten, Helferinnen und Helfer sowie Zivildienstleistende.

Teilzeit-
beschäftigung
ausgeweitet

In den Pflegeheimen waren 28 700 Personen tätig. Hier stieg die Zahl der Beschäftigten (+32 Prozent) allein aufgrund der starken Zunahme der Teilzeitbeschäftigung (+69 Prozent), während die Zahl der Vollzeitstellen um 0,5 Prozent zurückging. Insgesamt waren 9 050 Beschäftigte in Vollzeit tätig; 16 850 Personen arbeiteten in Teilzeit, davon gut 45,5 Prozent mindestens halbtags. In den Pflegeheimen lag der Anteil der Praktikantinnen und Praktikanten, Helferinnen und Helfer sowie der Zivildienstleistenden bei 9,8 Prozent (gut 2 800 Personen).

Gerhard Hehl, Verwaltungsfachwirt, leitet das Sachgebiet Soziale Leistungen.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Geschäftsklima am Jahresende auf Höchststand

ifo Geschäftsklimaindex nochmals verbessert

Auch im Dezember bleibt die deutsche Wirtschaft in hervorragender Stimmung. Der ifo Geschäftsklimaindex ist weiter gestiegen, und zwar von 109,3 auf 109,9 Punkte. Das ist für den Index der höchste Stand seit der Wiedervereinigung.

Geschäftslage und Geschäftserwartungen günstiger beurteilt

Beide Komponenten des ifo Index haben weiter zugelegt. Die befragten Unternehmen haben sowohl ihre gegenwärtige Geschäftslage als auch die Aussichten für die kommenden sechs Monate besser eingeschätzt als im Vormonat. Der Lageindex stieg von 112,3 auf 112,9 Punkte. Der Erwartungsindex erhöhte sich von 106,3 auf 106,9 Punkte.

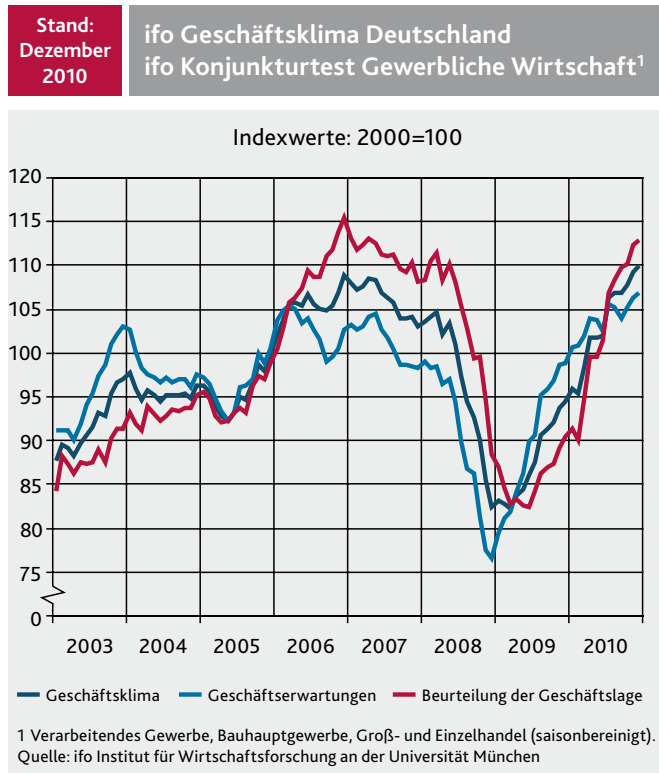
Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe verschlechtert sich

In der Industrie und im Baugewerbe hat sich das Geschäftsklima verschlechtert. In der Industrie wurde dies durch ungünstigere Erwartungen und im Baugewerbe durch eine wesentlich schlechtere Lagebeurteilung verursacht. Die Stimmung im Handel hat sich im Dezember dagegen noch einmal erheblich gebessert. Vor allem im Einzelhandel gab es – wohl unter dem Eindruck eines sehr guten Weihnachtsgeschäfts – sowohl bei der Lagebeurteilung als auch bei den Geschäftserwartungen eine deutliche Verbesserung.

Deutlicher Anstieg der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewebes: +20 Prozent

Für Rheinland-Pfalz zeigt sich die weitere Erholung der konjunkturellen Lage auch anhand harter Indikatoren. Im Berichtsmonat Oktober 2010 lagen die Auftragseingänge um 15 Prozent über dem Vorjahres-



niveau, das infolge der Wirtschaftskrise allerdings sehr schwach war. Gegenüber dem Vormonat gab es dagegen ein Minus von 6,7 Prozent. Der Wert des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts für September 2010 (in den die Originalwerte der Berichtsmonate August bis Oktober 2010 einfließen) übertraf mit +20 Prozent zum elften Mal in Folge den Vorjahreswert und lag etwa auf dem Niveau vom Oktober 2008. Im Juli und im August 2010 hatte es jeweils einen Auftragszuwachs um 23 Prozent gegeben.

Im Berichtsmonat Oktober 2010 verschlechterten sich im Vormonatsvergleich die Auftragseingänge sowohl aus dem Inland (-2,3 Prozent) als auch aus dem Ausland

Auslandsnachfrage zieht stärker an

(–10 Prozent). Gegenüber Oktober 2009 wiesen die Inlandsaufträge ein Plus von 10 Prozent auf, die Auslandsaufträge zogen in diesem Zeitraum sogar um 19 Prozent an. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt stieg die heimische Nachfrage im September 2010 um 14 Prozent (August: +17 Prozent), das Ordervolumen aus dem Ausland erhöhte sich um 26 Prozent (August: +28 Prozent).

Auftragseingänge in der chemischen Industrie: +14 Prozent

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 29 Prozent) hat sich im Berichtsmontat Oktober 2010 die Auftragslage im Vormonatsvergleich deutlich verschlechtert (–22 Prozent). Gegenüber Oktober 2009 wurde ein leichter Zuwachs von 1,6 Prozent registriert. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt gab es im September ein Auftragsplus von 14 Prozent, nach einer Verbesserung um 16 Prozent im August. Während die Bestellungen aus dem Inland mit +4,4 Prozent schwächer stiegen als im bisherigen Jahresverlauf, zog die ausländische Nachfrage mit einem Plus von 20 Prozent stärker an als im Juni und Juli.

Fahrzeugbau: Kräftig steigende Auftragseingänge

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 11 Prozent) stiegen die Auftragseingänge im August 2010 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt mit +43 Prozent weniger deutlich als in den Vormonaten. Bei der Beurteilung dieser Verbesserung ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Vergleich zur besonders schwachen Nachfrage des Jahres 2009 die aktuelle Lage positiver erscheinen lässt, als sie tatsächlich ist. Im Berichtsmontat Oktober 2010 lag das Auftragsvolumen um 7,7 Prozent über dem Vormonatswert und sogar um 43 Prozent höher als im Oktober 2009. Die inländische Nachfrage

nach Fahrzeugen und Komponenten verbesserte sich im Drei-Monats-Durchschnitt um 29 Prozent. Nach den besonders kräftigen Einbrüchen im Vorjahr zogen vor allem die Auslandsaufträge mit einer Zunahme um 59 Prozent weiterhin sehr deutlich an.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 9 Prozent) kam es im Berichtsmontat Oktober 2010 zu einer Verbesserung um 4,1 Prozent gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum auftragsschwachen Oktober 2009 stieg die Nachfrage sogar um 36 Prozent. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt übertrafen im September 2010 die Bestellungen mit +38 Prozent zum elften Mal in Folge den Vorjahreswert, nach einem Plus von 35 Prozent im August. Nachdem im Februar die heimische Nachfrage erstmals nach 16 Monaten wieder gestiegen war, fiel die Verbesserung auch im September (+24 Prozent) wieder deutlich aus. Bei der Auslandsnachfrage gab es einen weiteren kräftigen Anstieg um 47 Prozent.

Deutliches Plus bei Auftragseingängen im Maschinenbau

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gestiegen

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im September 2010 gegenüber September 2009 „geglättet“ um 6,5 Prozent gestiegen, nachdem es von Juni bis August zu Verbesserungen zwischen 1,7 und 5,9 Prozent gekommen war. Im Tiefbau kam es im Drei-Monats-Durchschnitt zu einem Rückgang um 7,6 Prozent, nach einem leichten Anstieg von 0,9 Prozent im August. Dagegen war im Hochbau im September ein sehr deutliches Plus von 31 Prozent festzustellen. Zuvor hatte es hier bereits seit April 2010 zweistellige Zuwachsraten zwischen 11 und 15 Prozent gegeben. Zu berücksichtigen ist

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe: +6,5 Prozent

dabei, dass gerade im Bauhauptgewerbe selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Monatsmonaten geprägt werden. Der Anteil des Tiefbaus am gesamten baugewerblichen Umsatz lag 2009 bei 52 Prozent, der des Hochbaus bei 48 Prozent.

Zahl der Baugenehmigungen sinkt leicht

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator für die Baukonjunktur, ist im September 2010 im Drei-Monats-Durchschnitt um 2,4 Prozent gesunken. Von Mai bis August war noch eine Zunahme der Genehmigungszahlen registriert worden. Im Juli hatte der Anstieg sogar 32 Prozent betragen.

Umsatzsteigerungen im Handel – Umsatzeinbußen im Gastgewerbe und im Kfz-Handel

Rotation der Berichtsbetriebe und Anpassung an neue Wirtschaftszweikklassifikation

Die Ergebnisse der Statistiken im Handel und Gastgewerbe basieren seit dem Monatsmonat Juni 2010 auf einem neuen Berichtskreis, da ein Teil der Unternehmen in der Erhebung ausgetauscht wurde. Der Berichtskreis ist damit repräsentativer geworden und verbessert die Konjunkturbeobachtung am aktuellen Rand. Weiterhin wurde die Zusammensetzung des Berichtskreises auf die Strukturen der neuen Wirtschaftszweikklassifikation 2008 umgestellt.

Umsatz im Einzelhandel zieht weiter an

Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im September 2010 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt einen realen Anstieg um 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf. Bereits von Februar bis August waren Umsatzsteigerungen zwischen 0,3 und 2,8 Prozent festgestellt worden.

Weiterhin Umsatzrückgang im Kfz-Handel

Im Kraftfahrzeughandel gehen die Umsätze seit November 2009 zurück. Die starken Einbrüche zum Jahresbeginn 2010 waren

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Die **Auftragseingänge** sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung üblicherweise der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennzeichen, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

dabei in erster Linie auf die Wirkung der „Abwrackprämie“ für Altfahrzeuge zurückzuführen. Im Drei-Monats-Durchschnitt kam es im September zu einem realen Minus von 1,3 Prozent, nach einem Rückgang von 2,1 Prozent im August.

Umsatzsteigerung im Großhandel

Die Umsätze im Großhandel stiegen im September 2010 gegenüber September 2009 real um 1,5 Prozent. Im August war es noch zu einer Verbesserung des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts um 2 Prozent gekommen.

Leicht sinkende Umsätze im Gastgewerbe

Im Gastgewerbe lagen die Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im September 2010 preisbereinigt um 0,2 Prozent unter dem Vorjahreswert (Veränderung der geglätteten Monatsumsätze). Davor waren auch von Juni bis August leichte Umsatzrückgänge in einem Bereich von 0,2 bis 1,1 Prozent festgestellt worden.

Jahresteuersatzrate im Dezember bei 1,7 Prozent

Höhere Preise für Heizöl und Kraftstoffe tragen zum Preisanstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ist im Dezember 2010 im Vergleich zum Vormonat um 1 Prozent gestiegen. Gegenüber dem Dezember des Vorjahres hat sich der Index um 1,7 Prozent erhöht. Damit kletterte die Jahresteuersatzrate auf den höchsten Wert des Jahres 2010. Von März bis November war eine Erhöhung des Preisindex zwischen 1 und 1,4 Prozent registriert worden. Zu dem Anstieg im Dezember 2010 trugen insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftigen Preiserhöhungen für Heizöl und Kraftstoffe (+30 bzw. +13 Prozent) bei.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es im Dezember 2010 in der Indexhauptgruppe „Verkehr“ (+4,1 Prozent). Außerdem kam es in den Bereichen „Nahrungs-

mittel und alkoholfreie Getränke“ (+3,1 Prozent), „Bildungswesen“ (+2,7 Prozent) sowie „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (+2 Prozent) zu überdurchschnittlichen Preissteigerungen. Lediglich in der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung“ (-2,5 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Arbeitslosigkeit im Dezember gestiegen

Im Dezember 2010 waren in Rheinland-Pfalz mehr Frauen und Männer arbeitslos als im Vormonat. Ursache hierfür war vor allem der Wintereinbruch. Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit haben sich vermehrt Beschäftigte aus den witterungsabhängigen Außen- und Verkehrsberufen arbeitslos gemeldet.

Zahl der Arbeitslosen nimmt zu

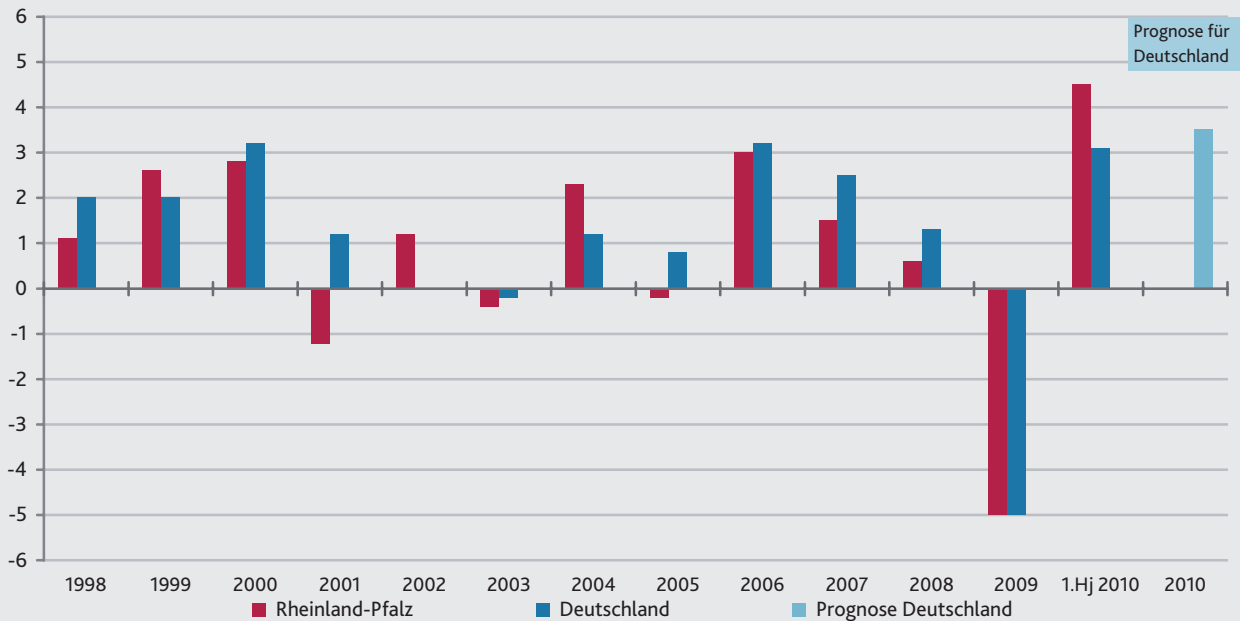
Insgesamt waren im Dezember 113 100 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das waren 4 800 bzw. 4,4 Prozent mehr als im Vormonat. Gegenüber Dezember 2009 nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 7 000 bzw. 5,8 Prozent ab.

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, belief sich im Dezember auf 5,4 Prozent. Sie ist im Vergleich zum November um 0,2 Prozentpunkte gestiegen. Gegenüber Dezember 2009 ergab sich dagegen ein Rückgang um 0,3 Prozentpunkte.

Arbeitslosenquote 5,4 Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

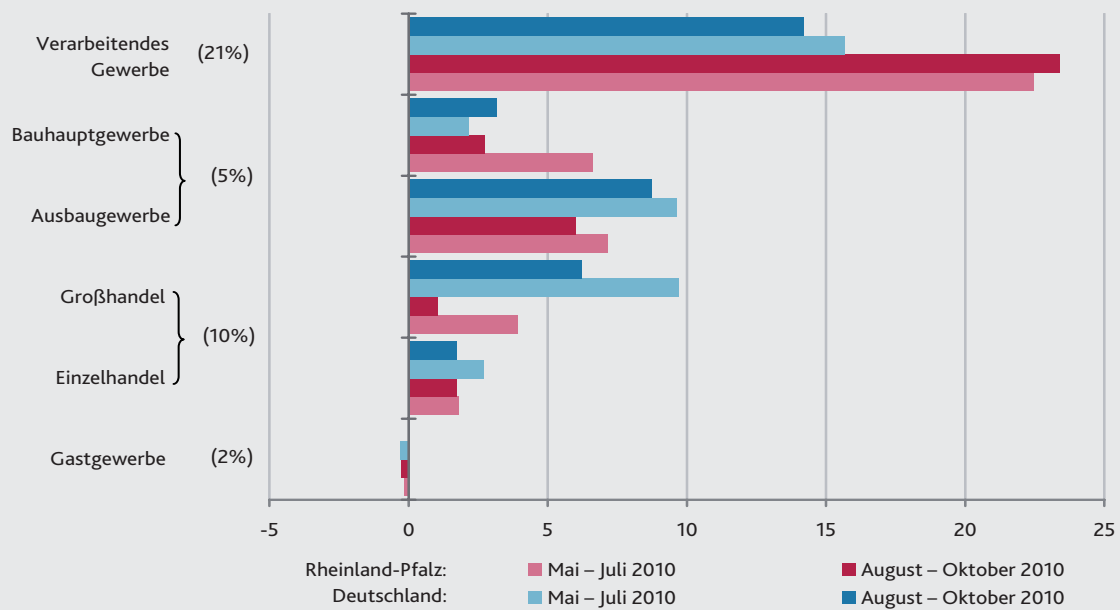
Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz¹⁾ und in Deutschland
 – Preisbereinigt –
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin im März 2011.
 Quelle Prognosewert: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010

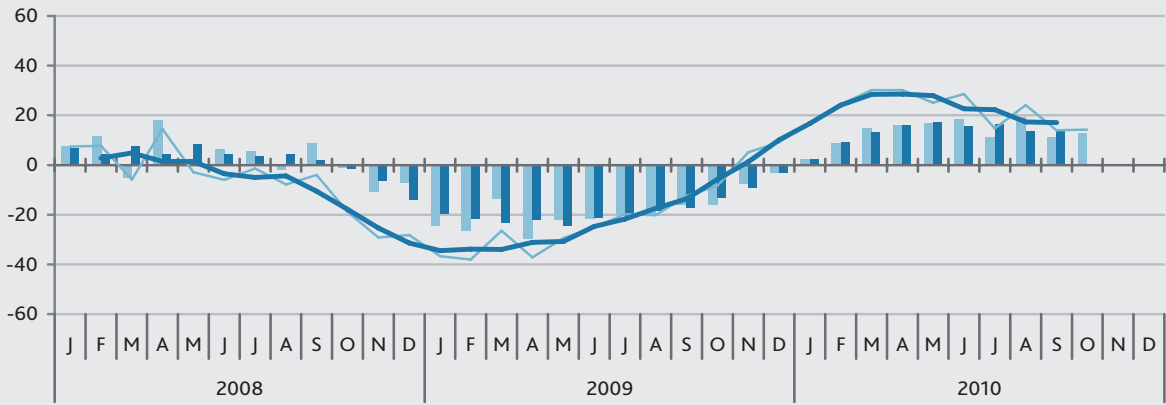
Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾
 in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte²⁾³⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

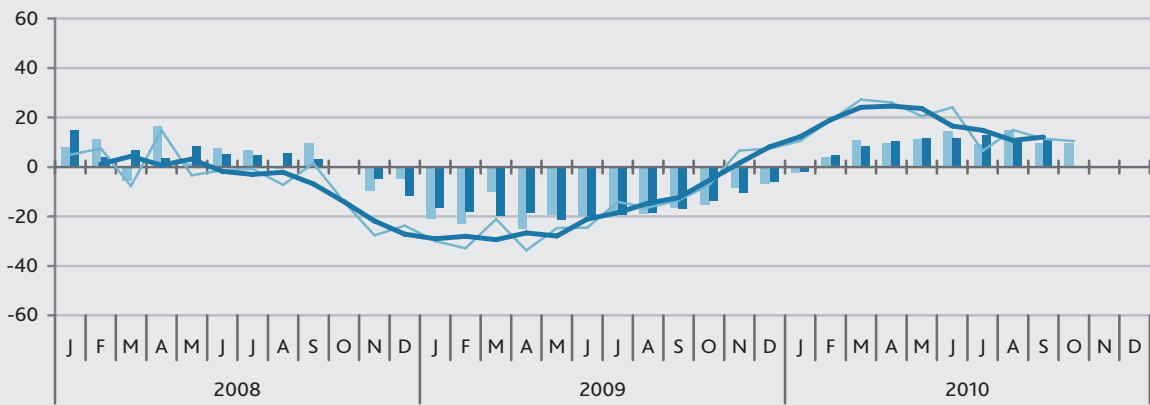


1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2009. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale. – 3) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

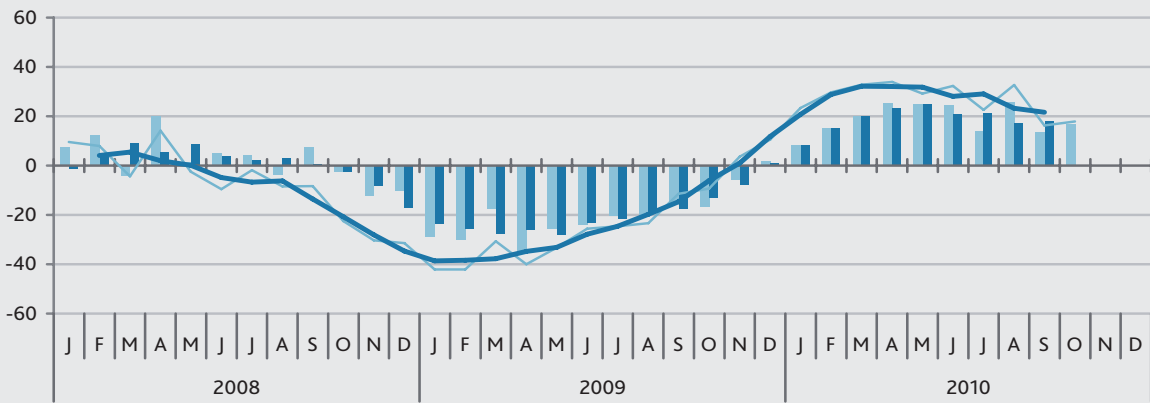
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
 Insgesamt



Inland



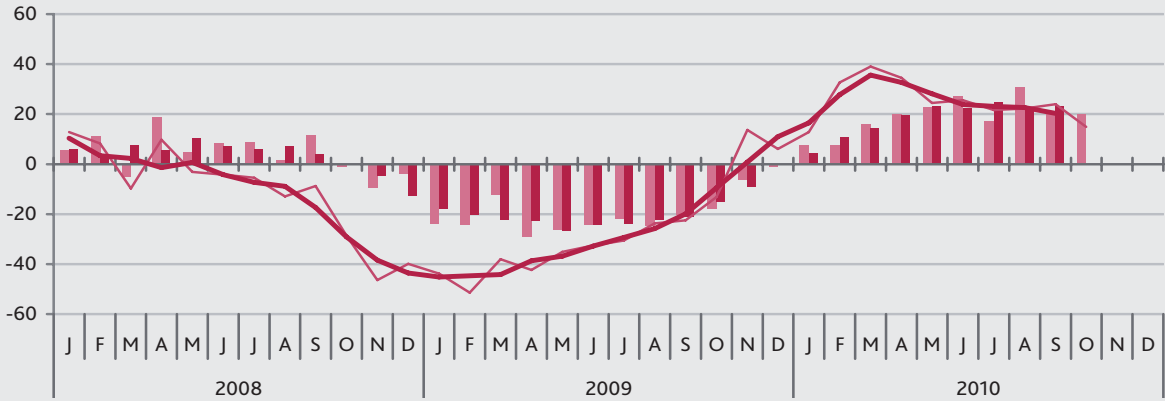
Ausland



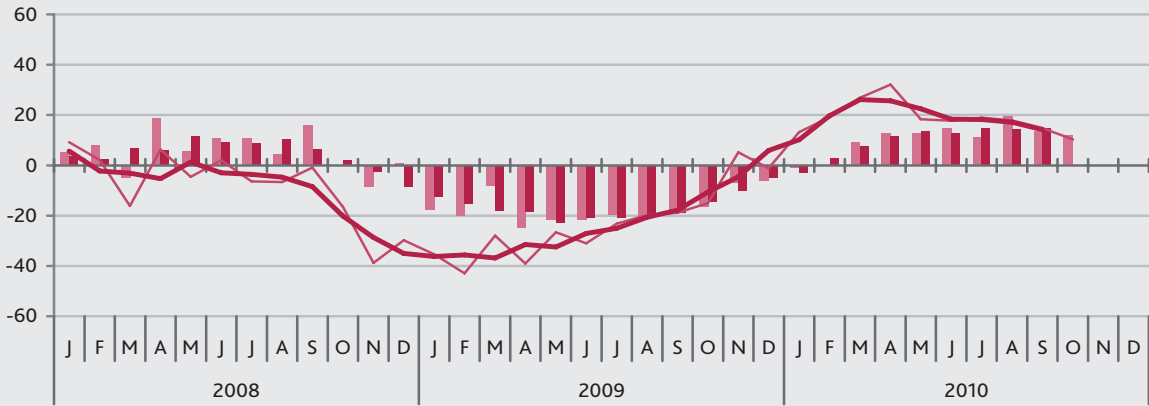
Umsatz (Monatswerte)
 Umsatz (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)
 Auftragseingang (Monatswerte)
 Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

¹⁾ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

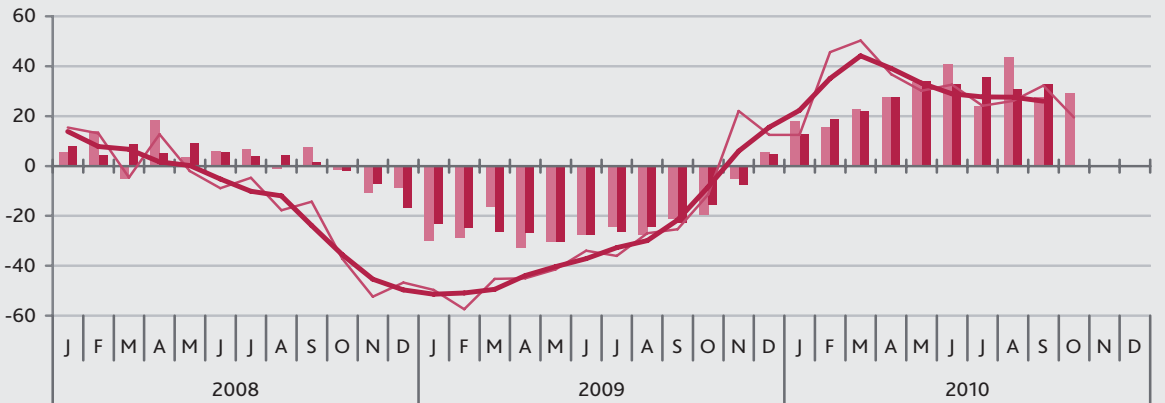
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
 Insgesamt



Inland



Ausland



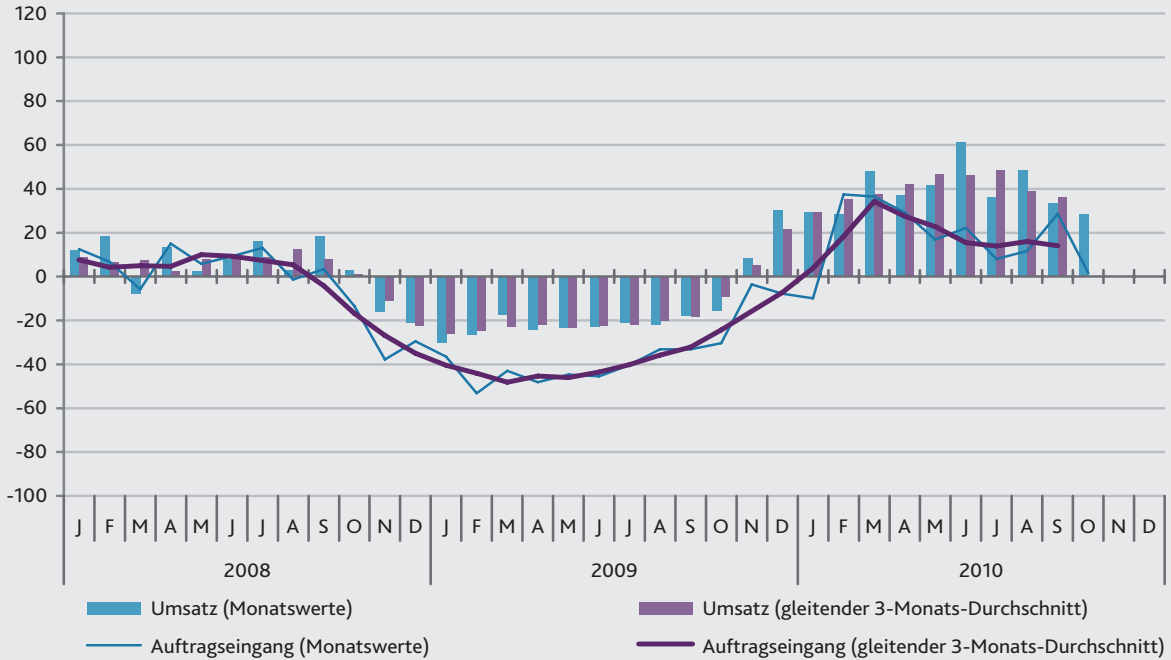
- Umsatz (Monatswerte)
- Umsatz (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)
- Auftragseingang (Monatswerte)
- Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

¹⁾ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 29%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

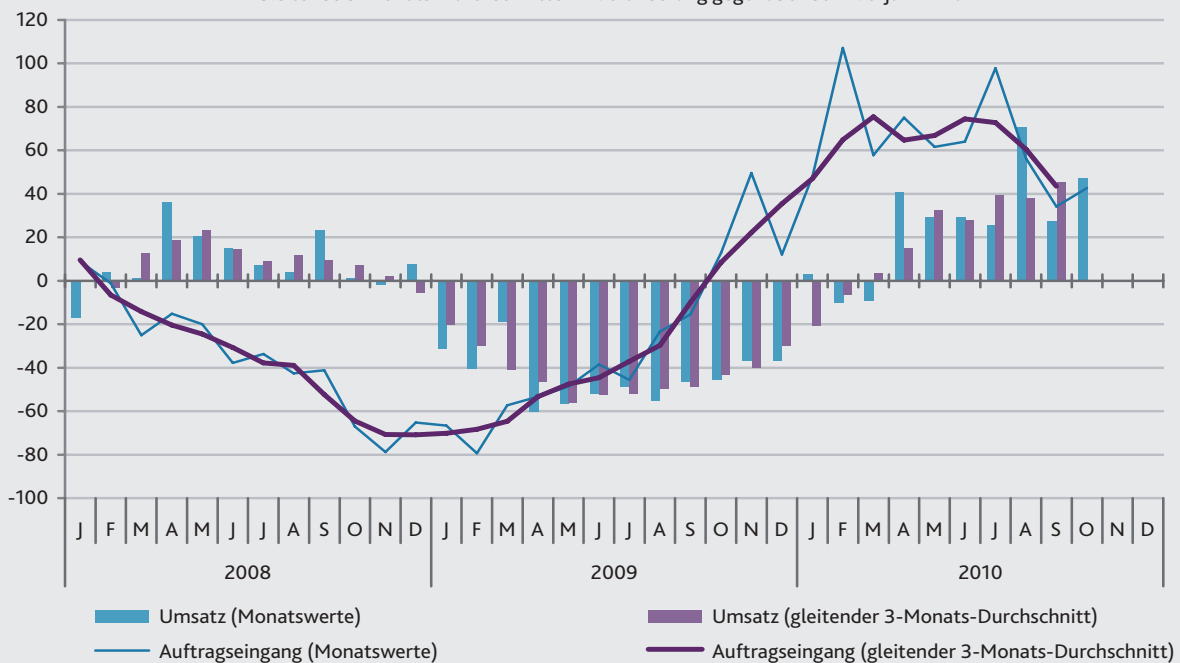


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 11%

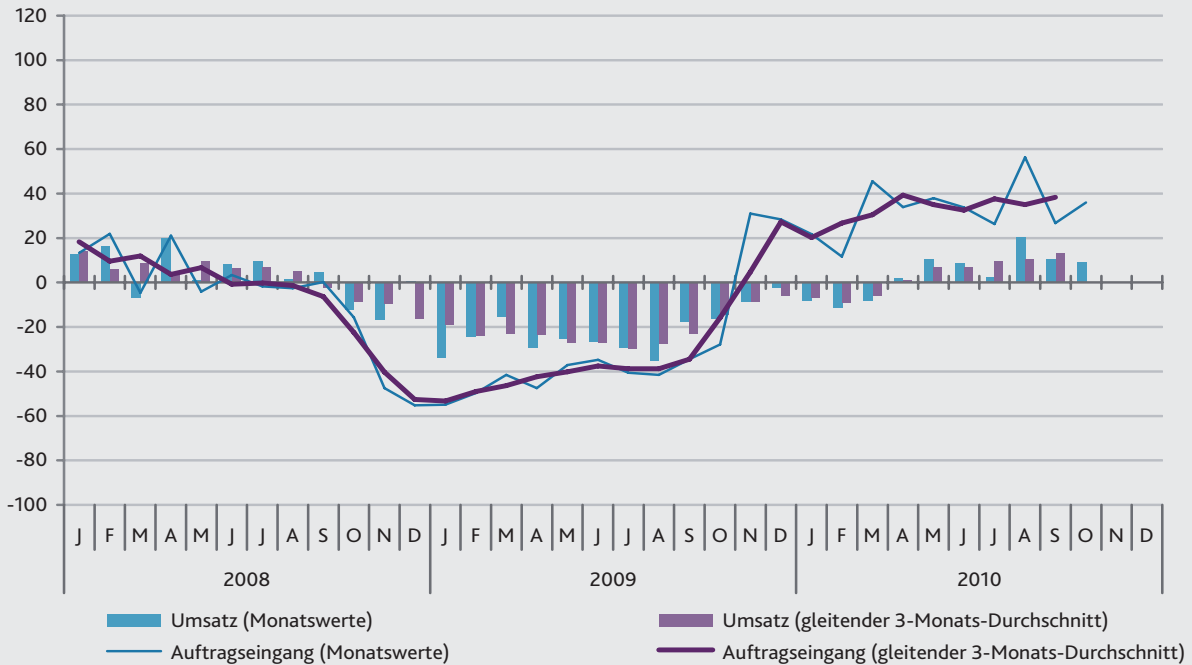
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 9%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

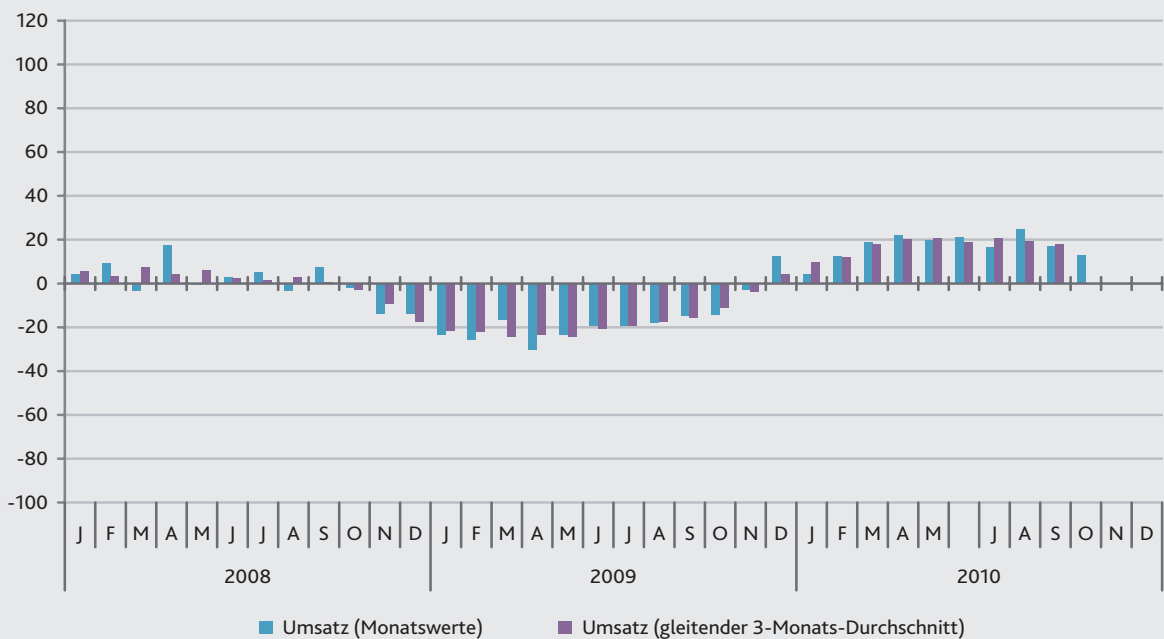


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz (nominal)

Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren¹⁾

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

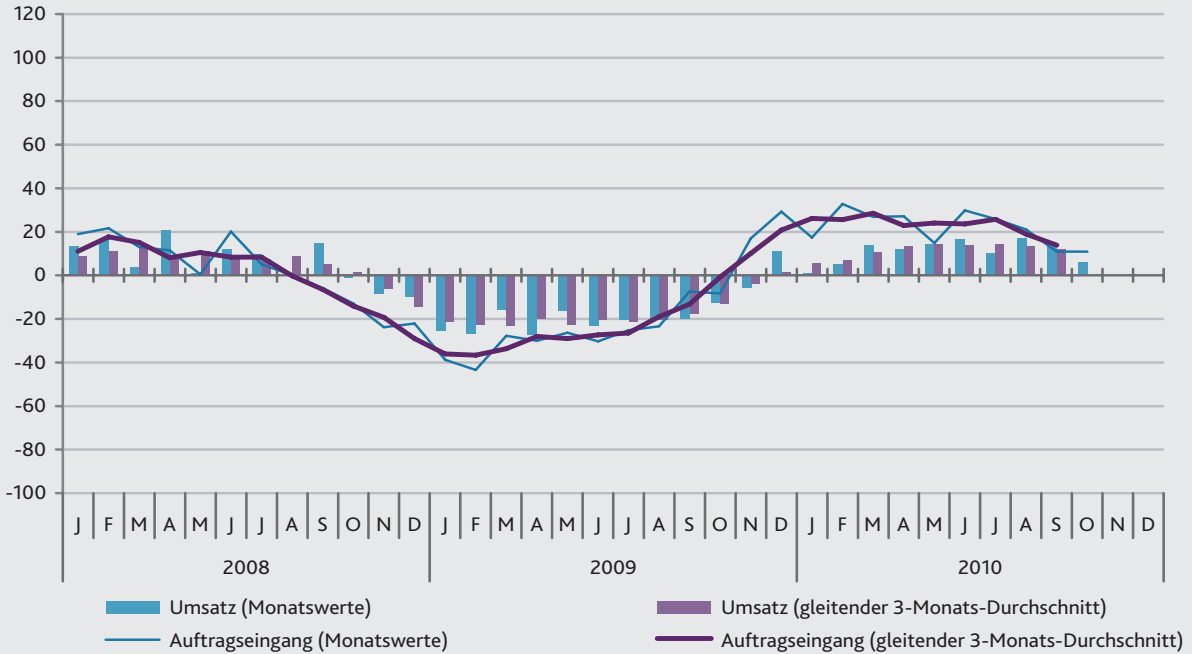


1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

**Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal)
Herstellung von Metallerzeugnissen**

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz (nominal)

Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln¹⁾

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

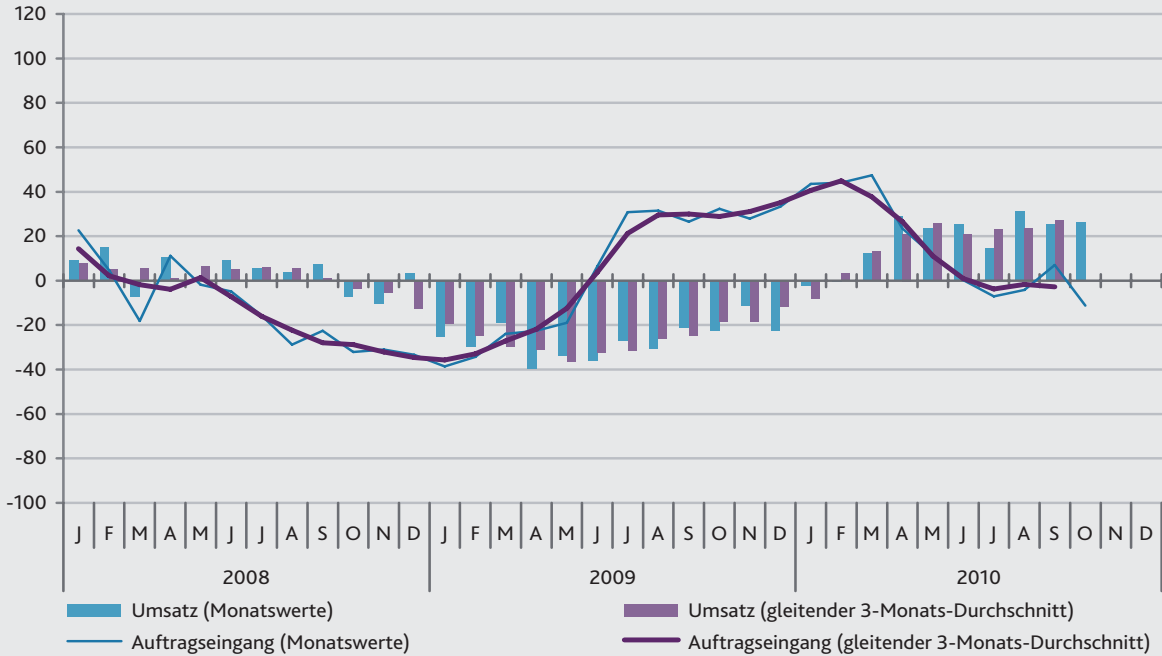


1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Metallerzeugung und -bearbeitung

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 4%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

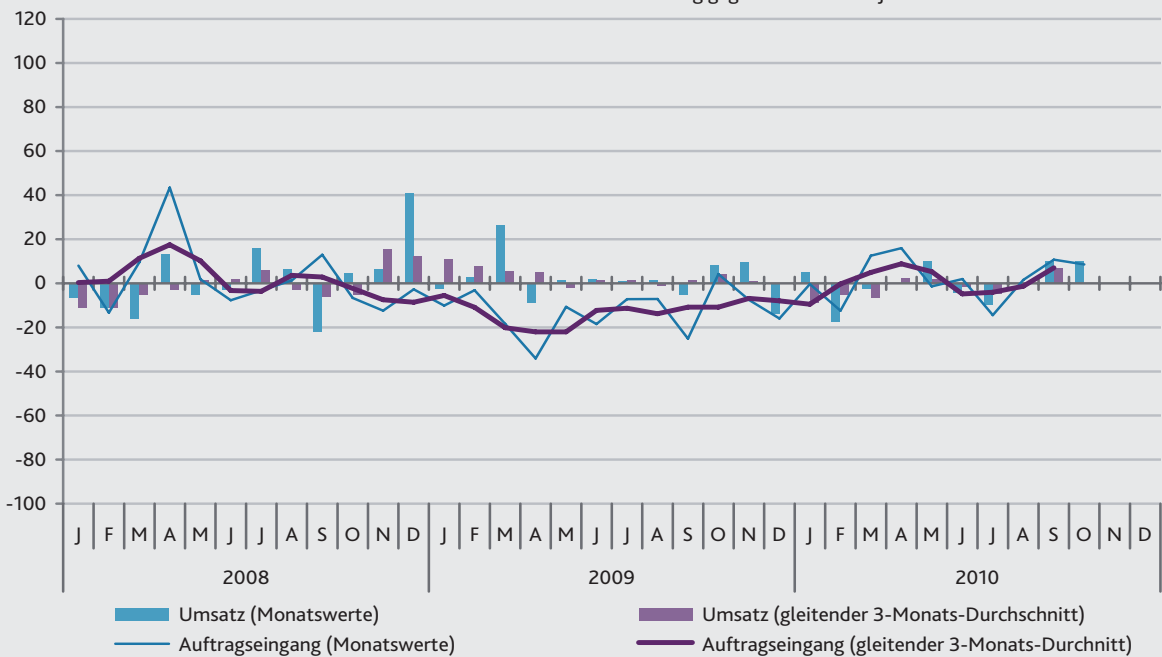


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 5%

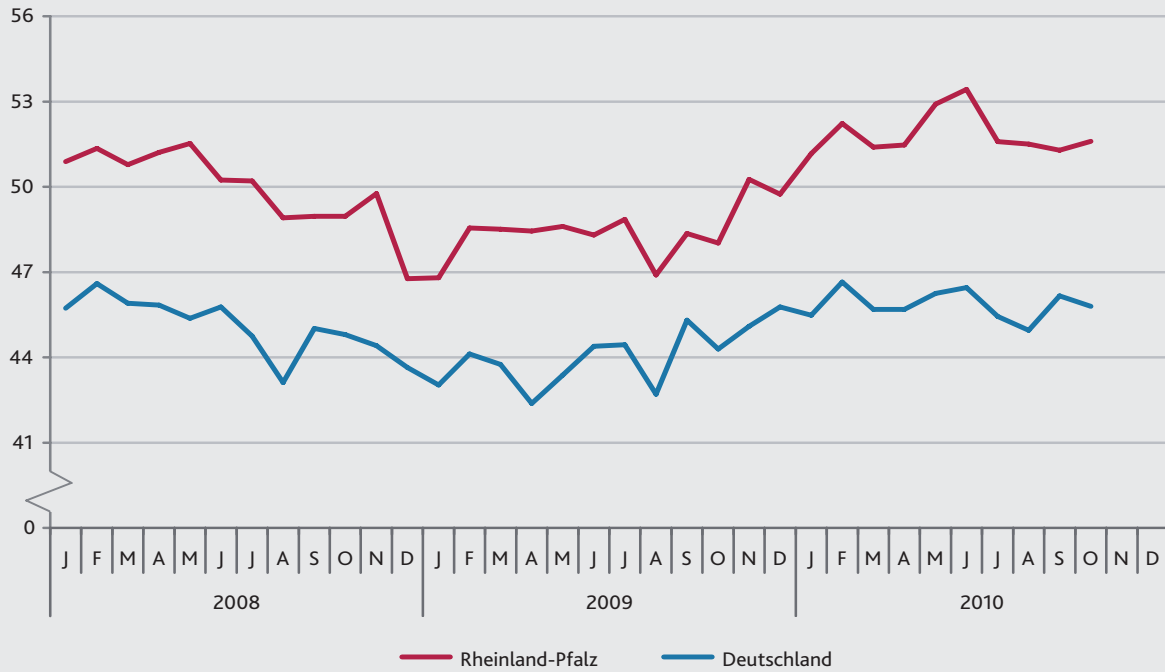
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

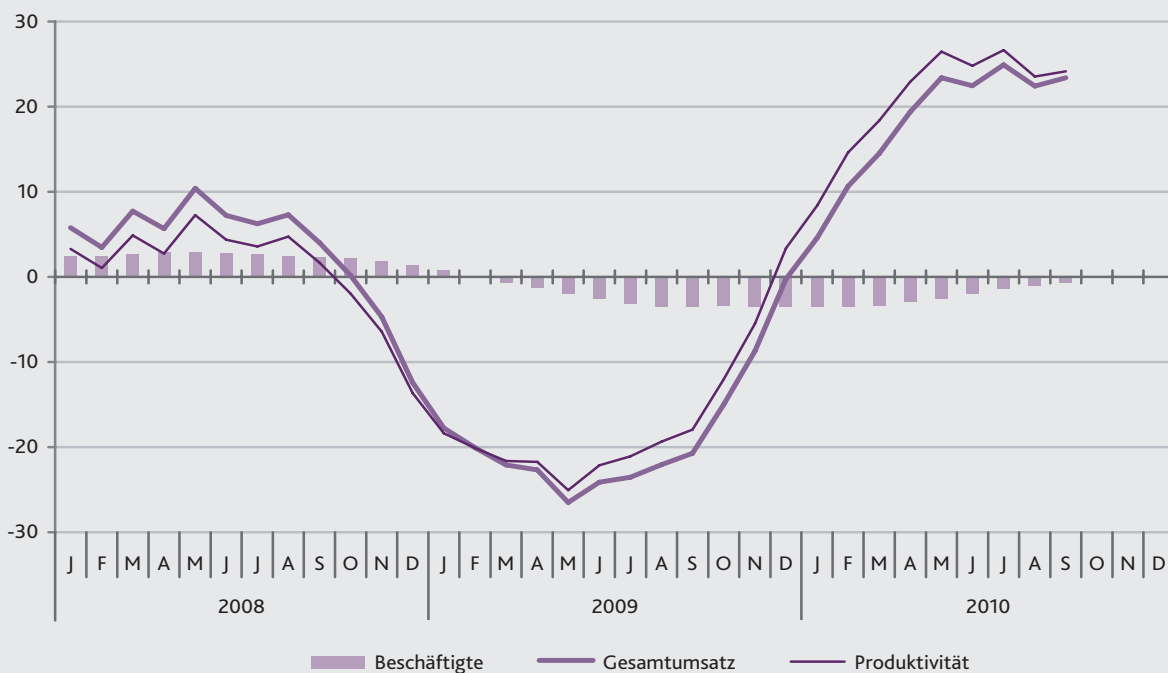
Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe

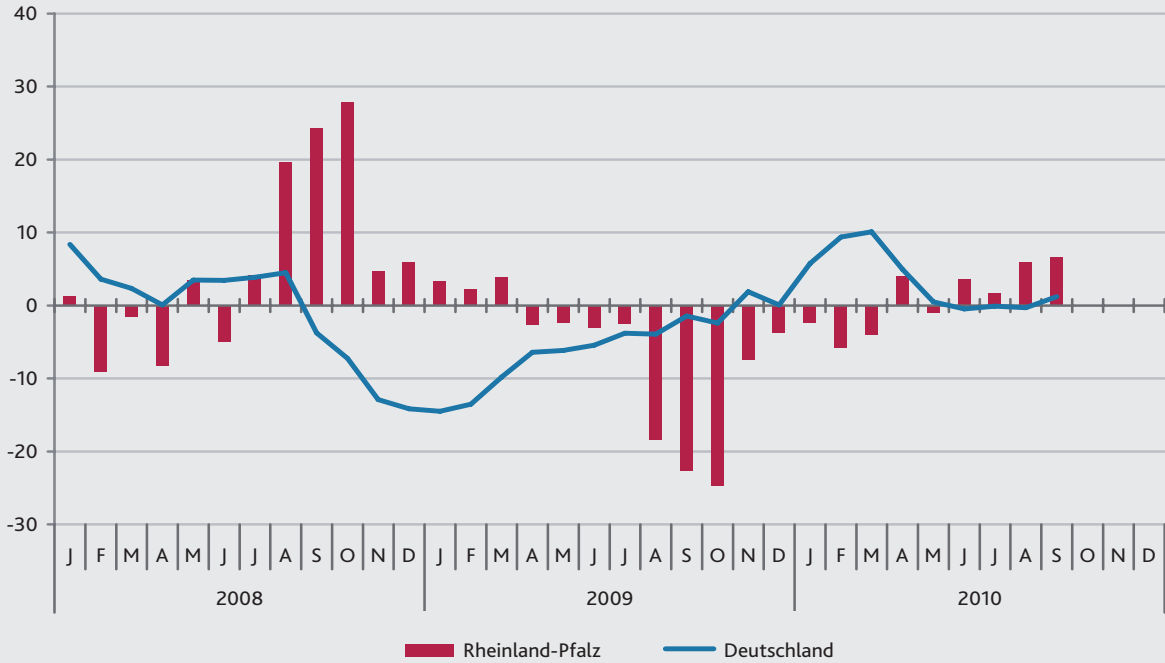
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

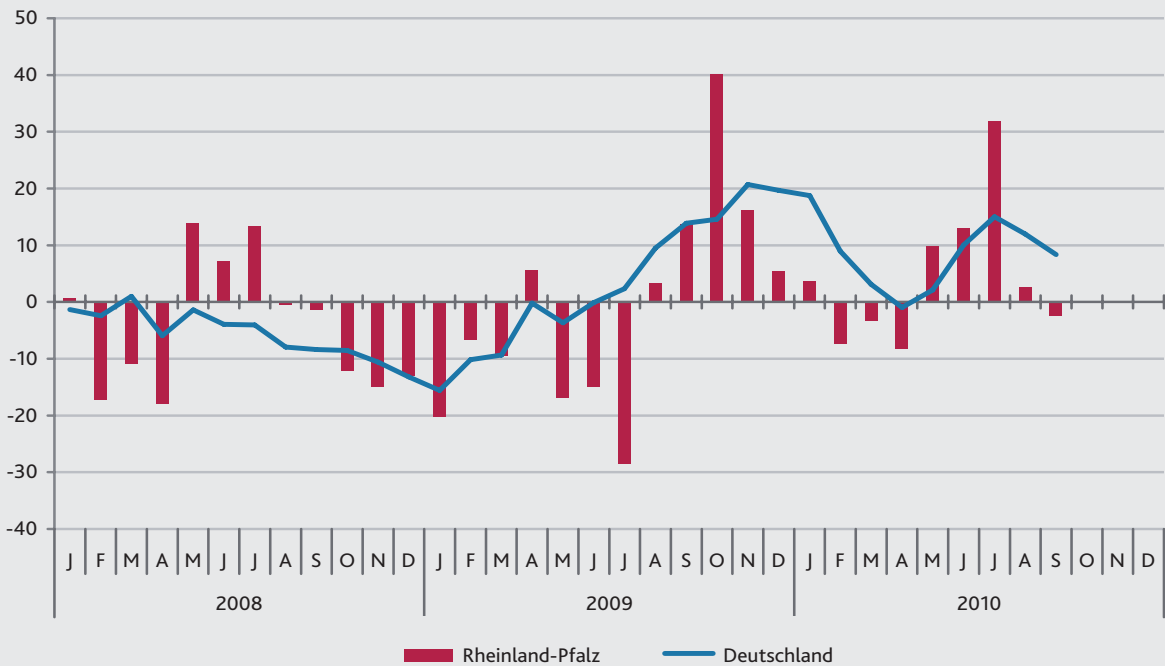
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

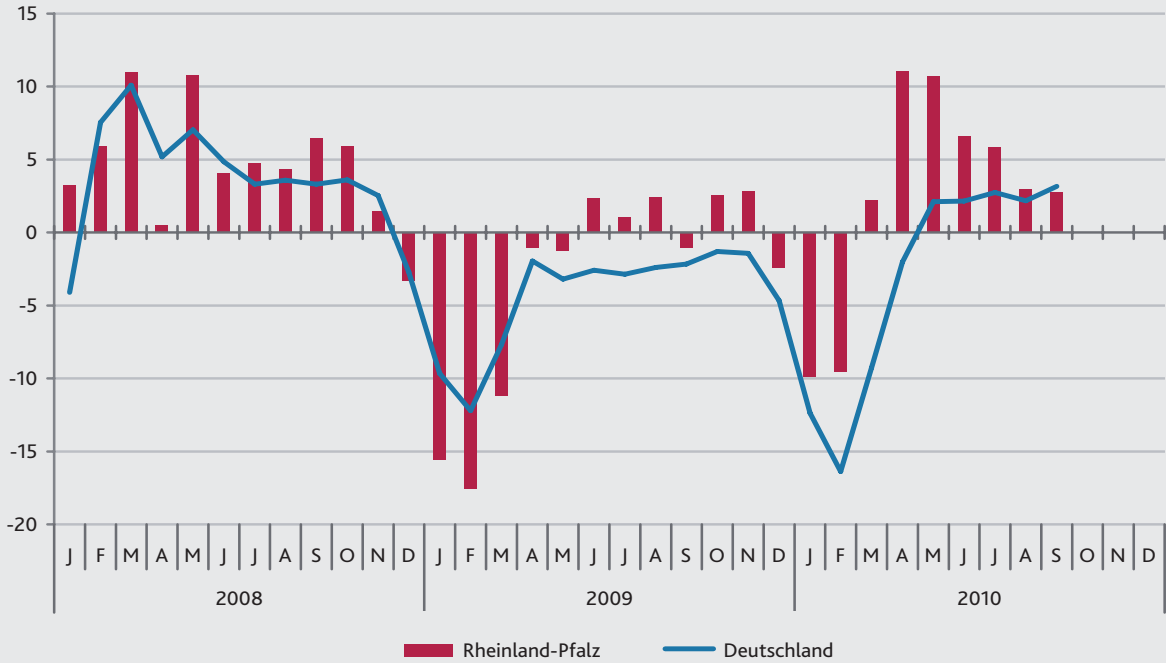
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

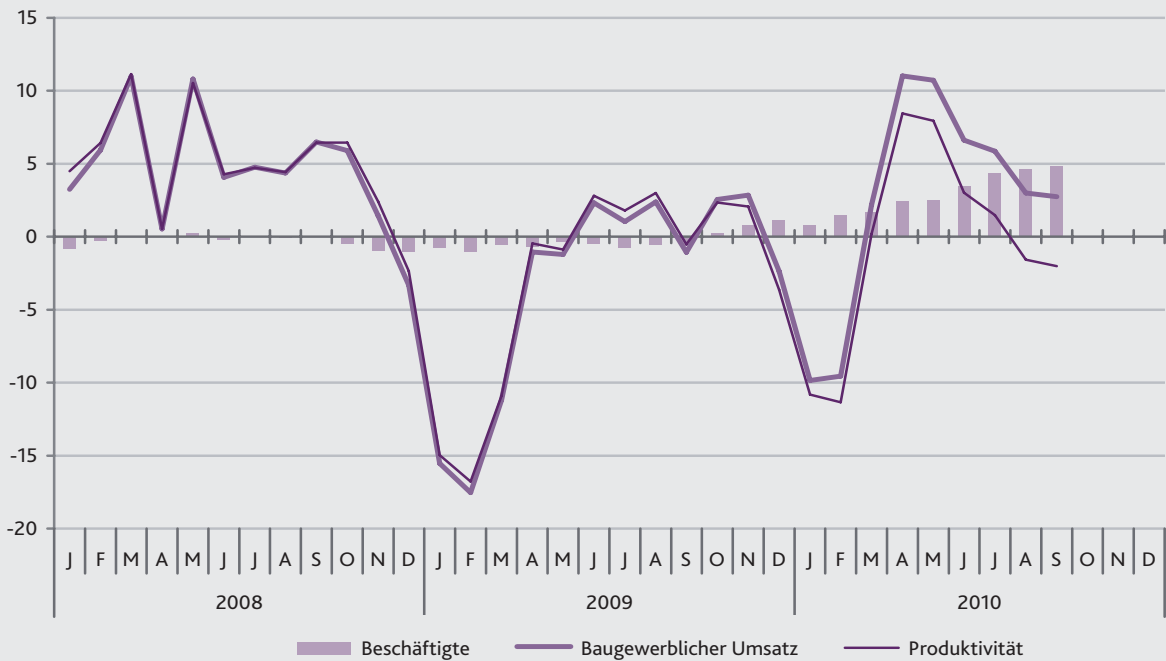
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



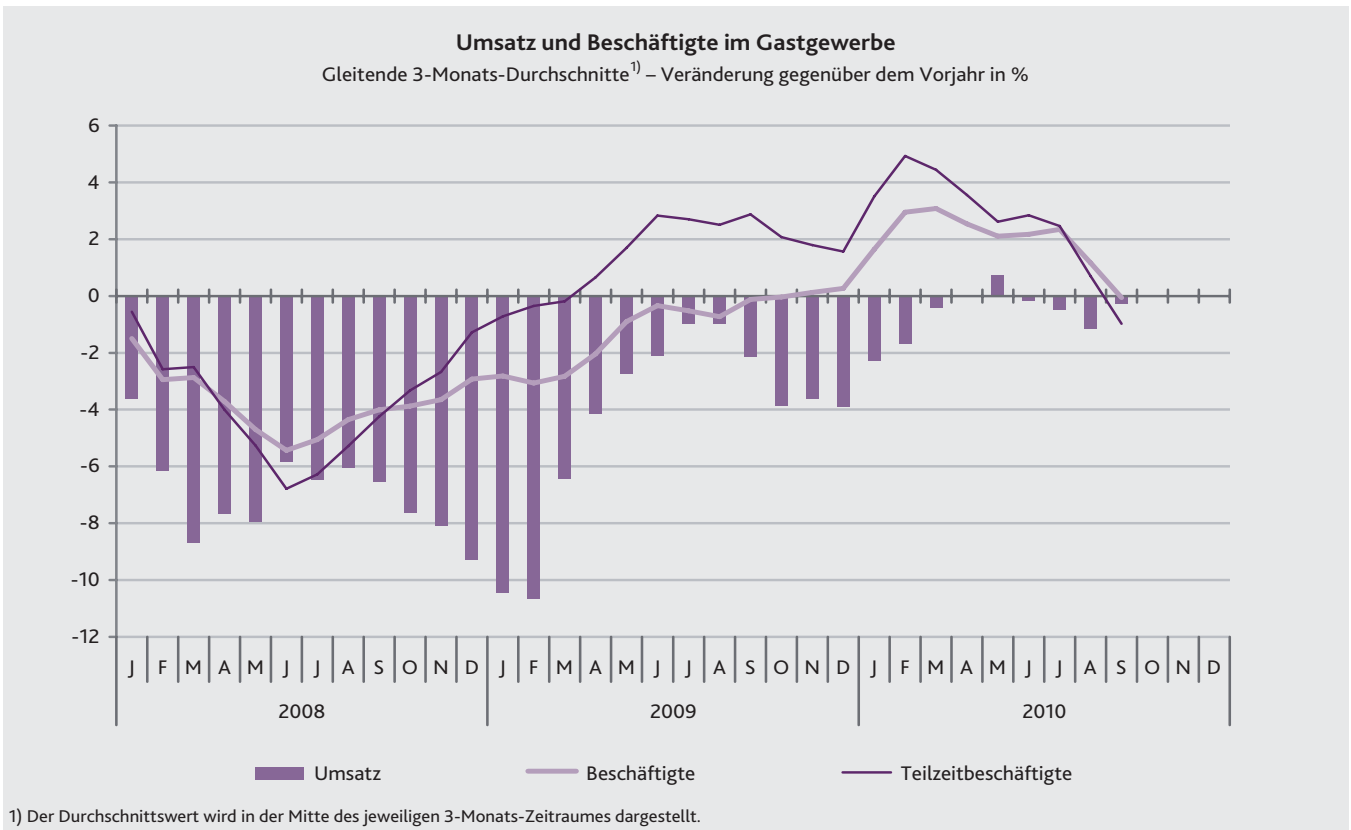
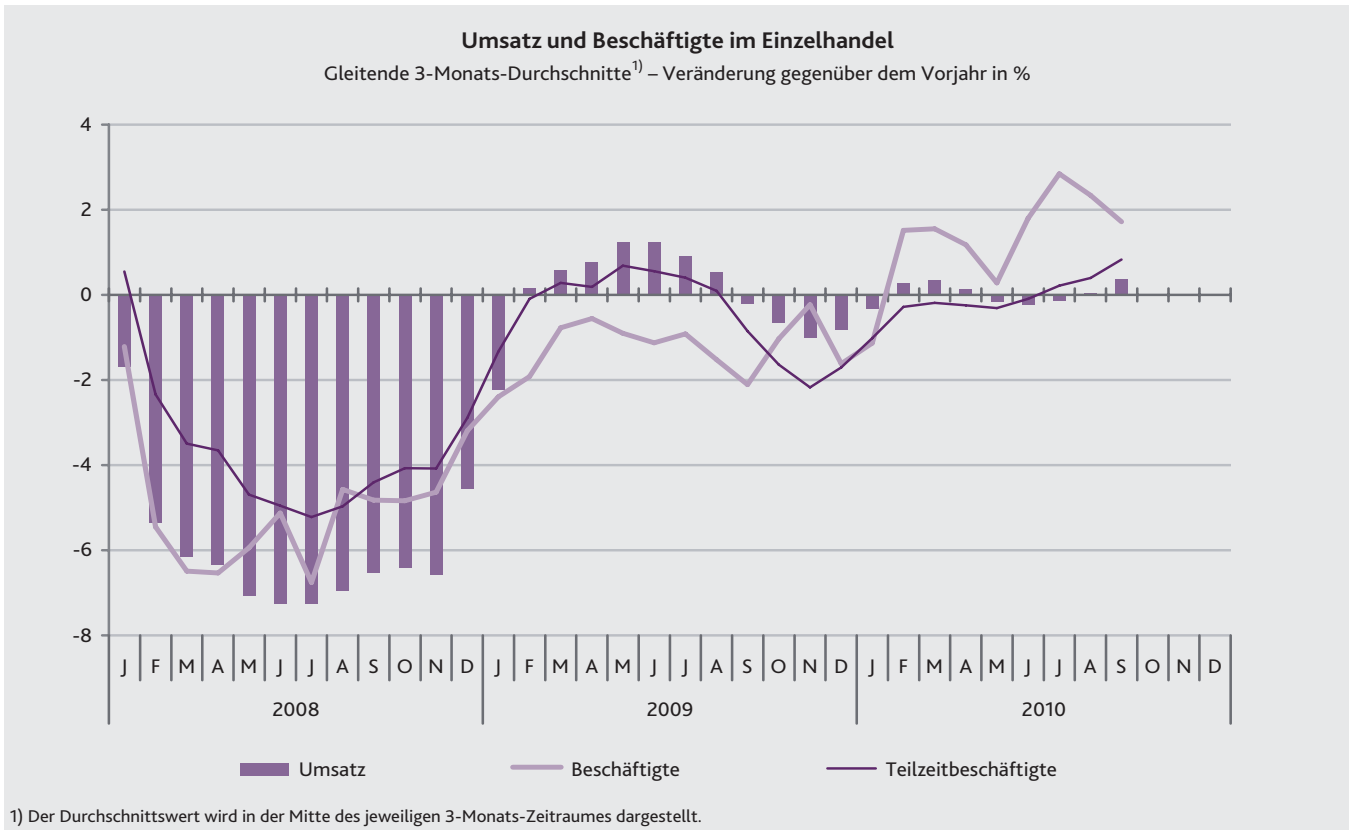
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

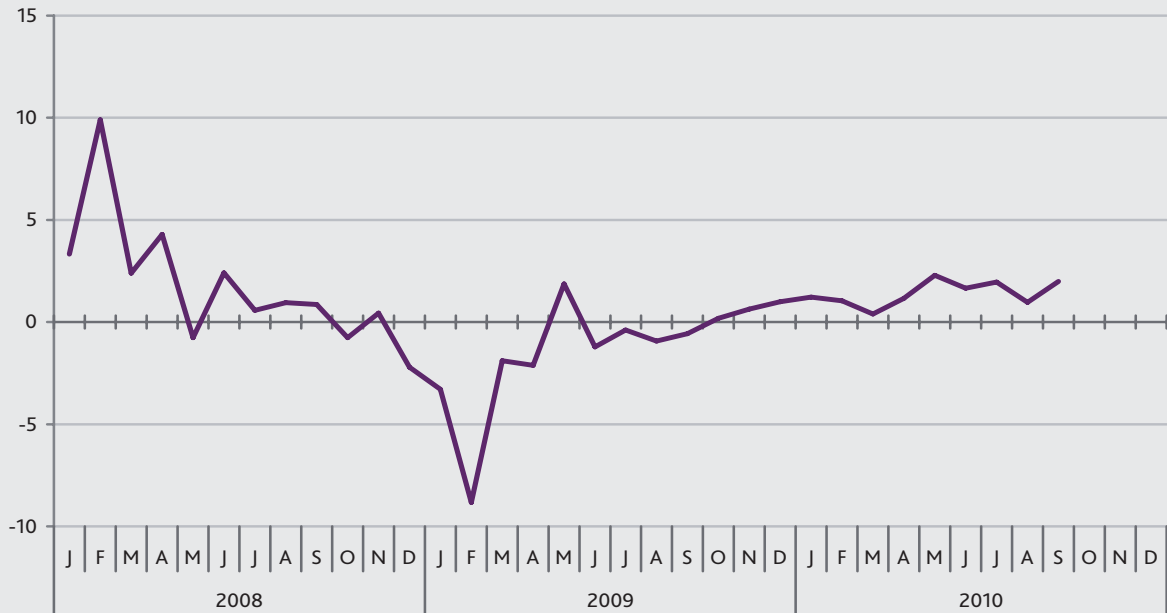


1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.



Gästeübernachtungen

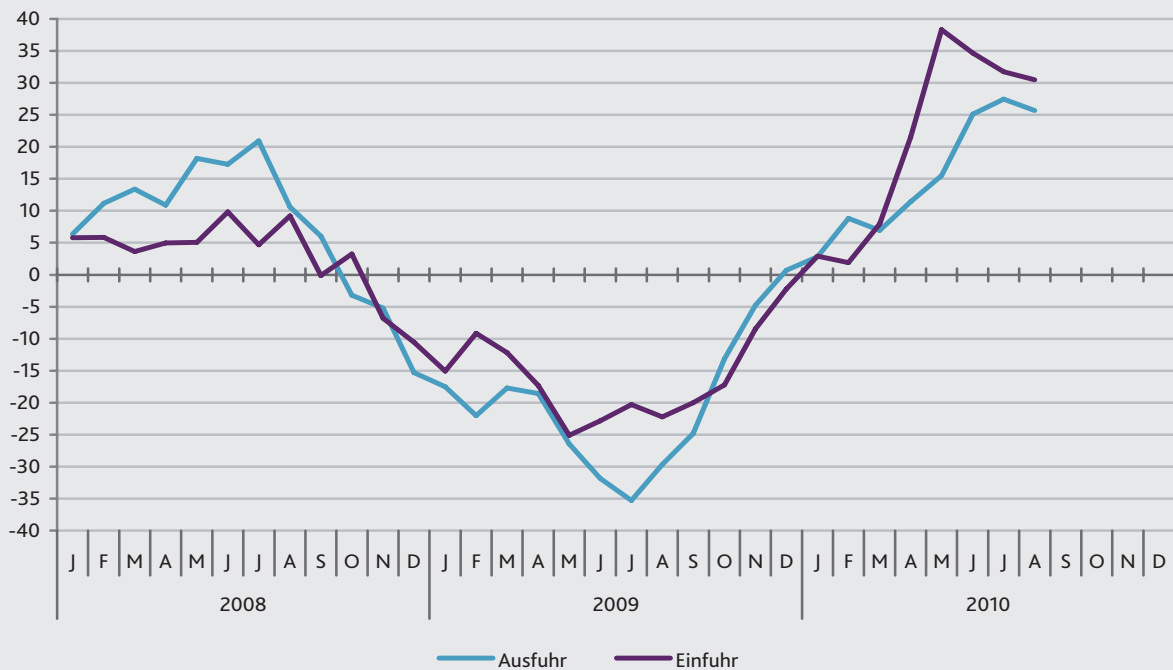
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

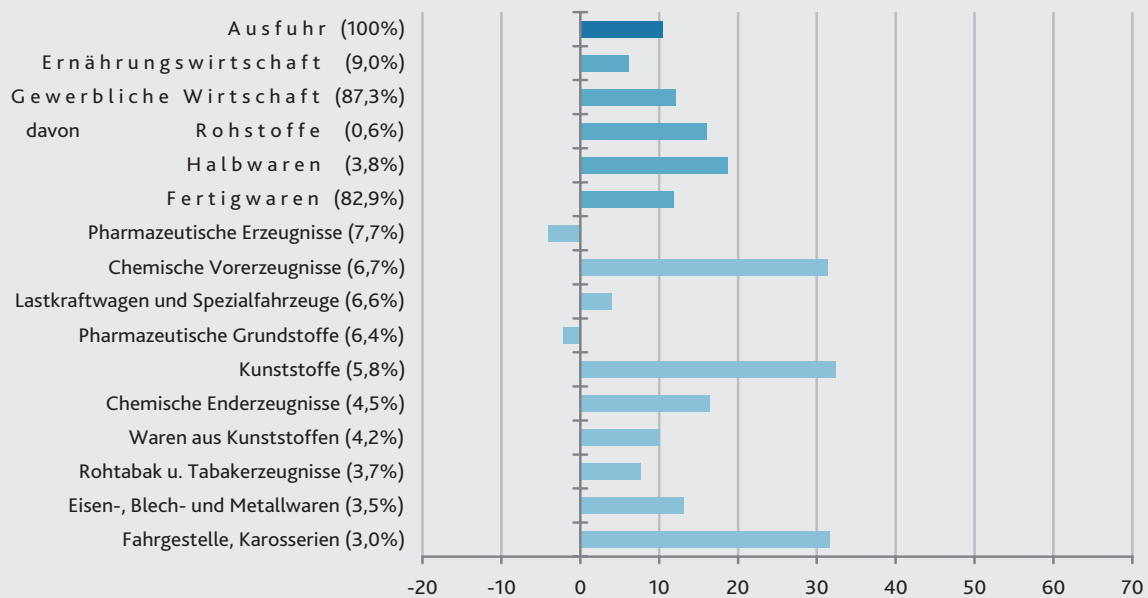
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland. - 2) Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Oktober 2009 bis September 2010 nach Warengruppen¹⁾

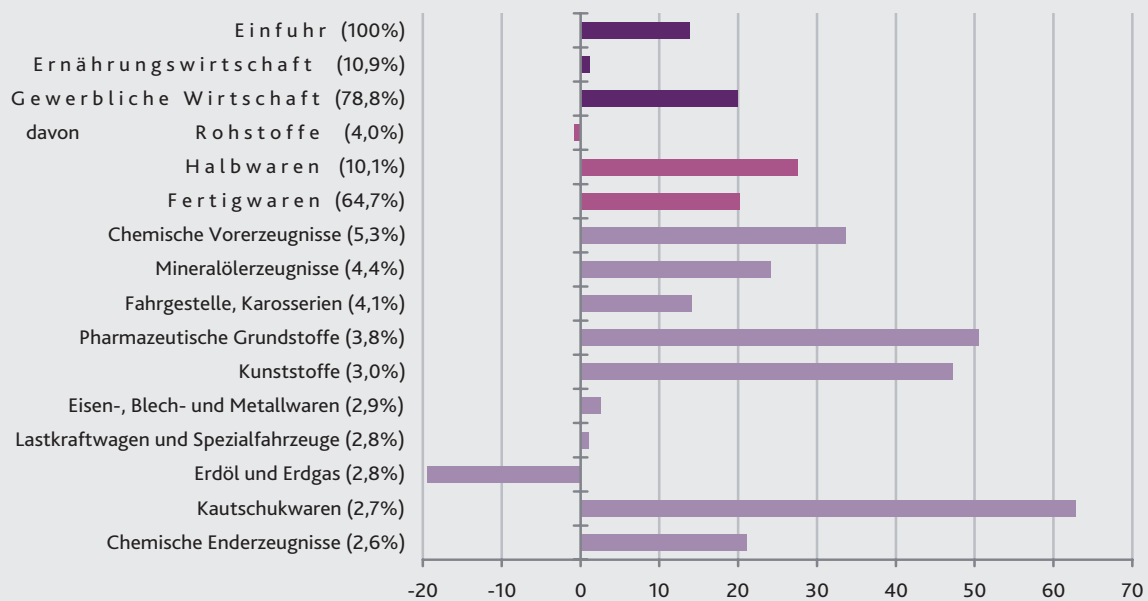
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

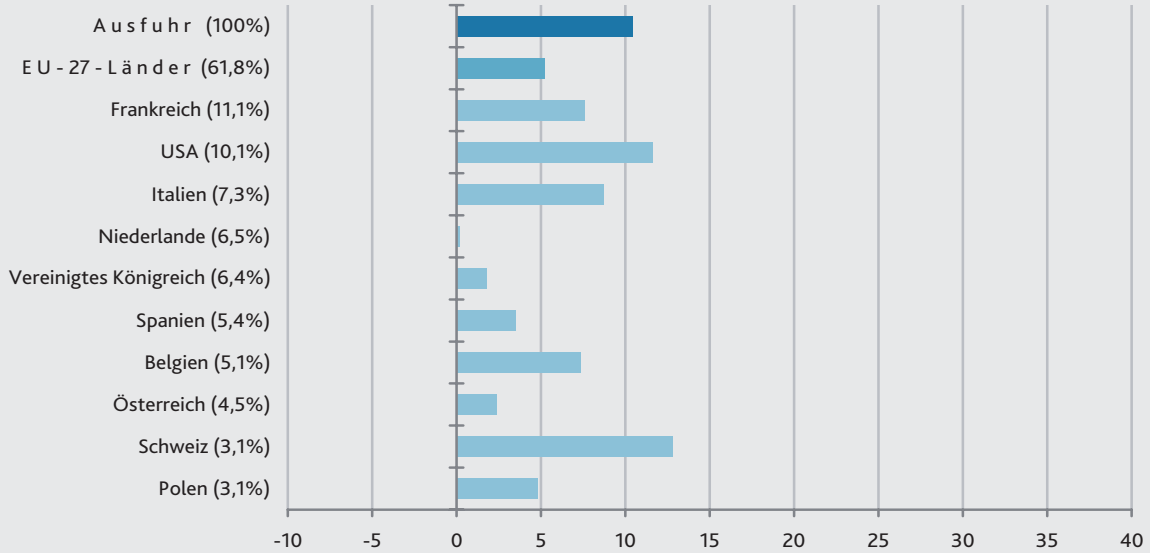
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Oktober 2009 bis September 2010 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



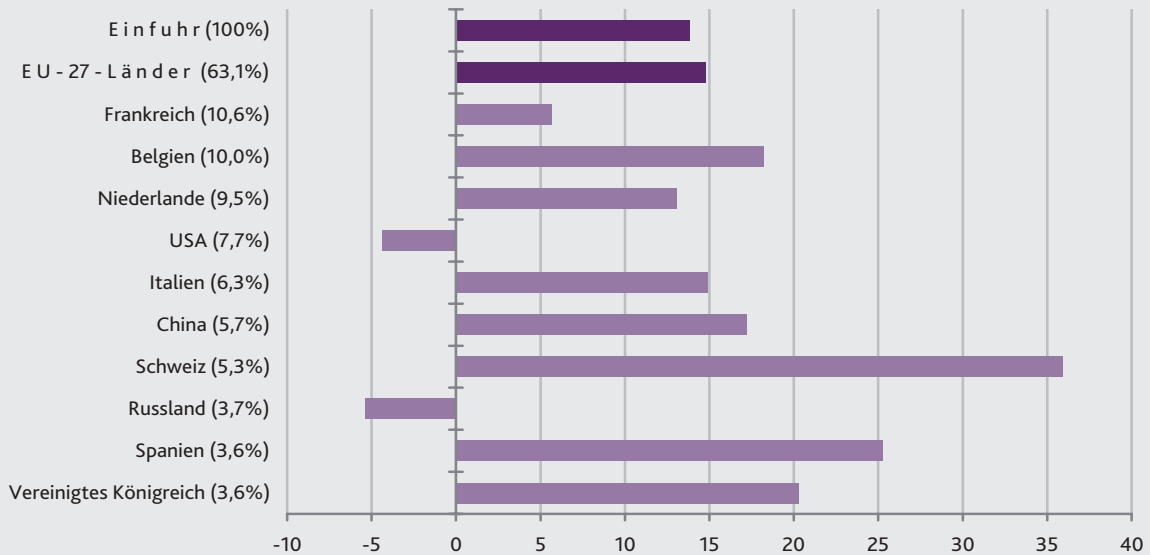
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Oktober 2009 bis September 2010 nach Bestimmungsländern¹⁾
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

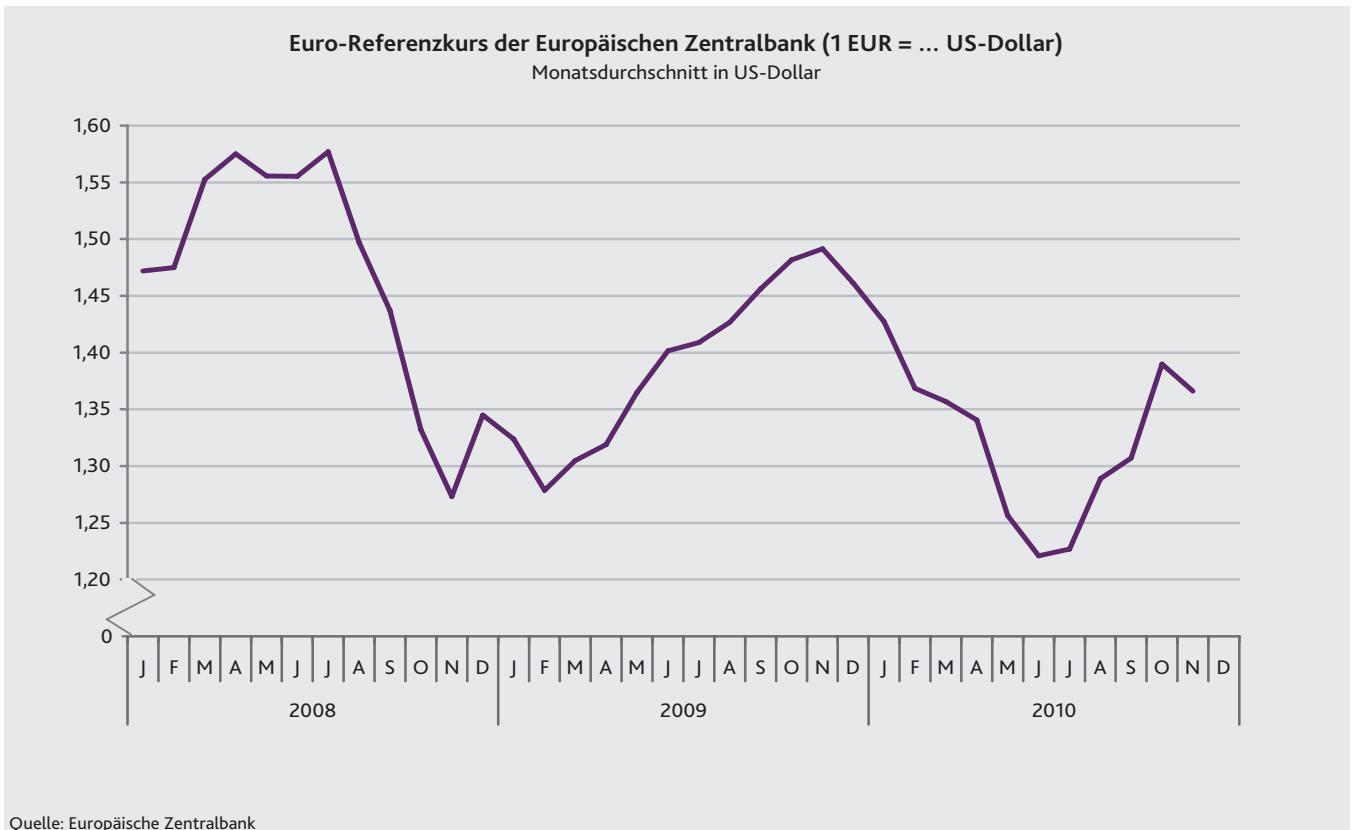
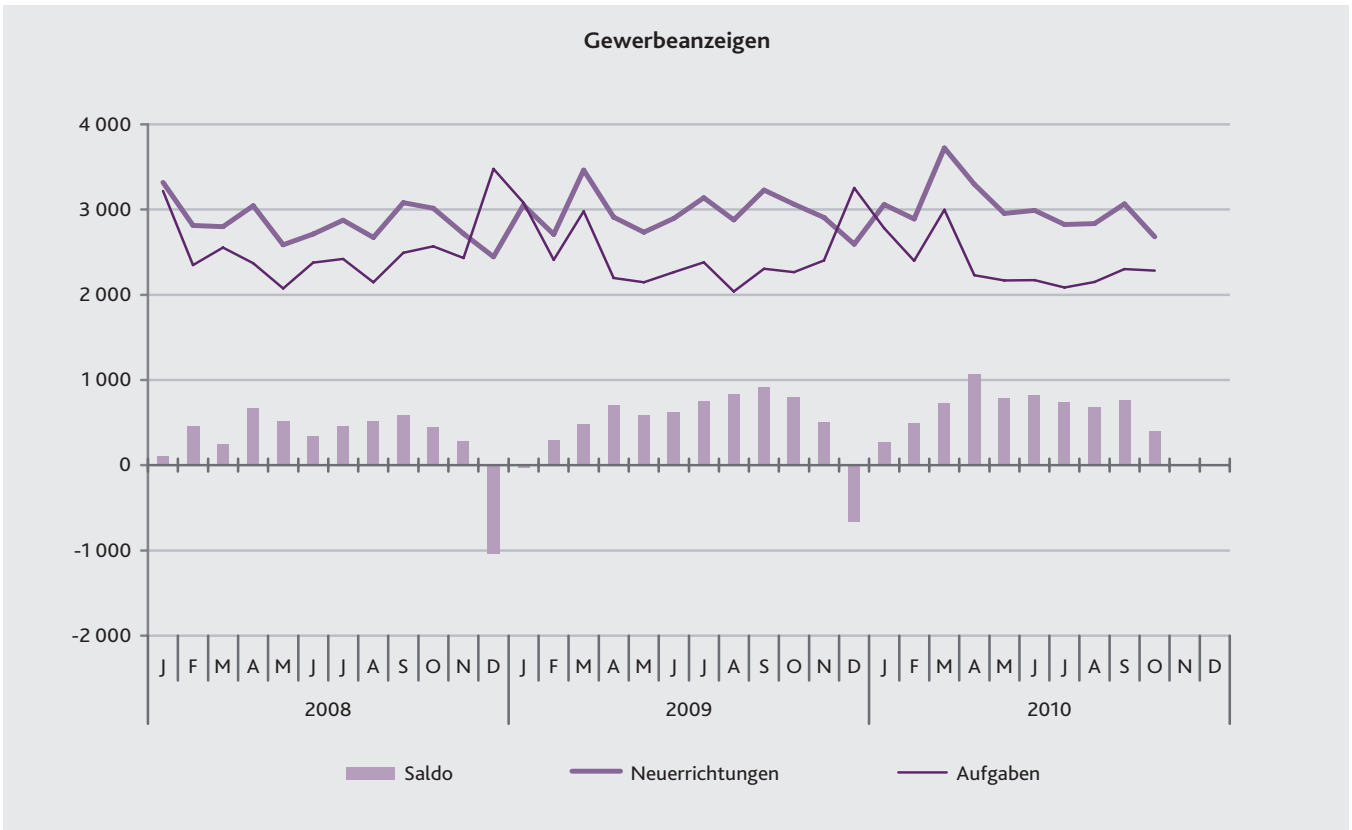


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Oktober 2009 bis September 2010 nach Herkunftsländern¹⁾
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.



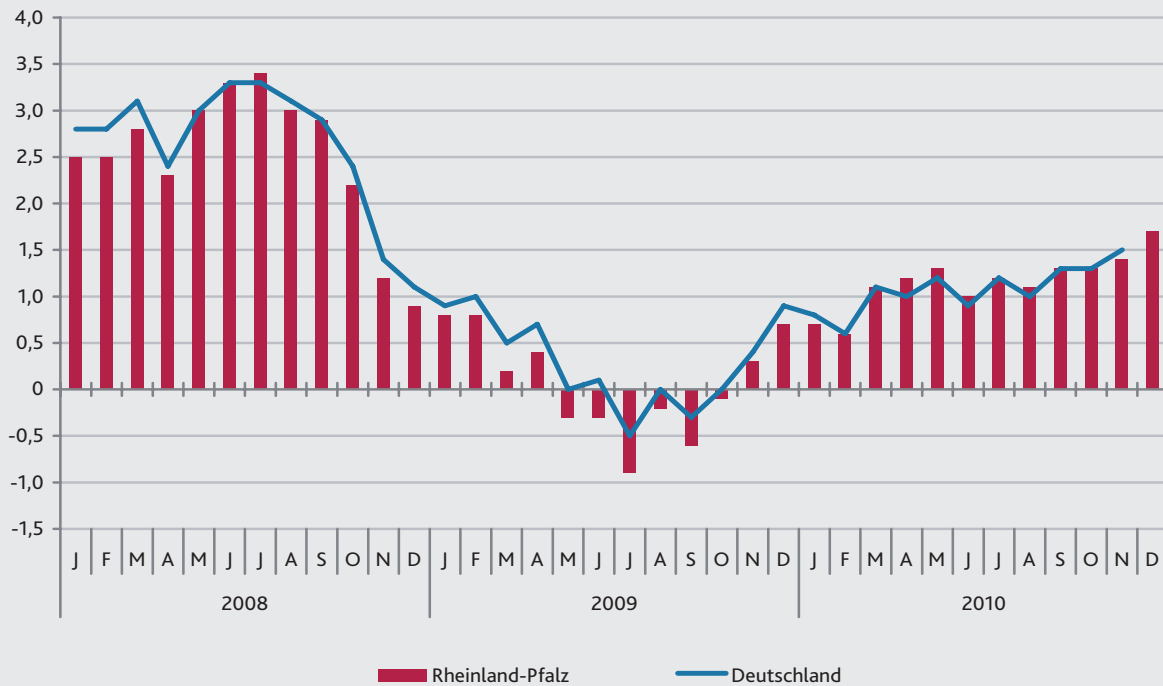
Quelle: Europäische Zentralbank

Unternehmensinsolvenzen

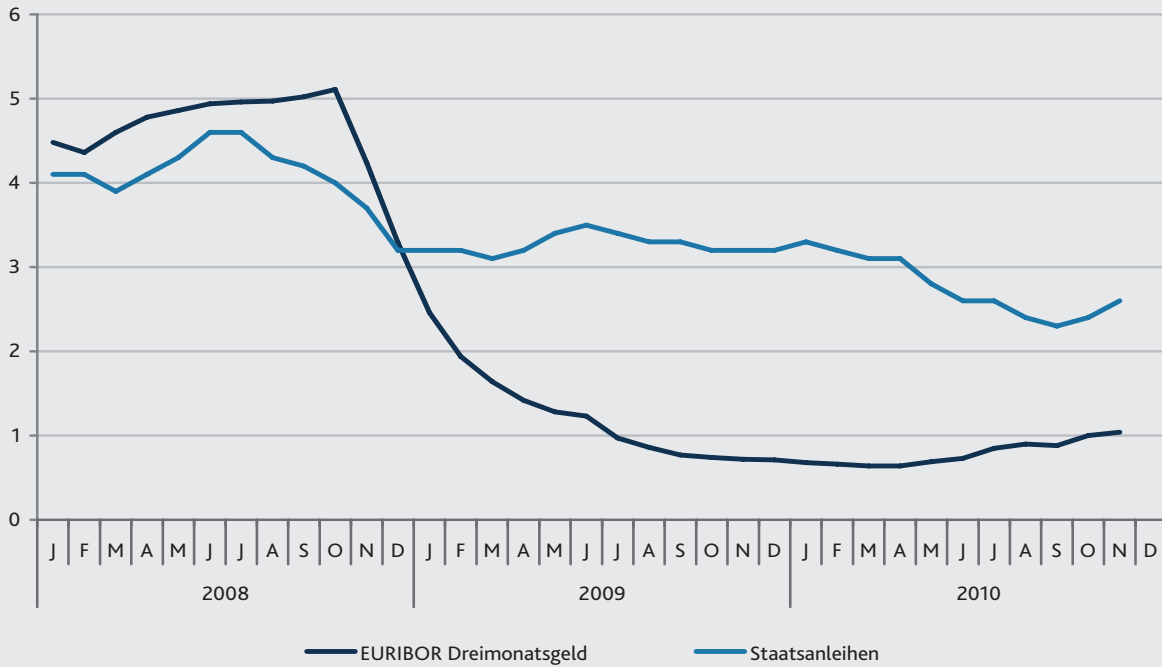


Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

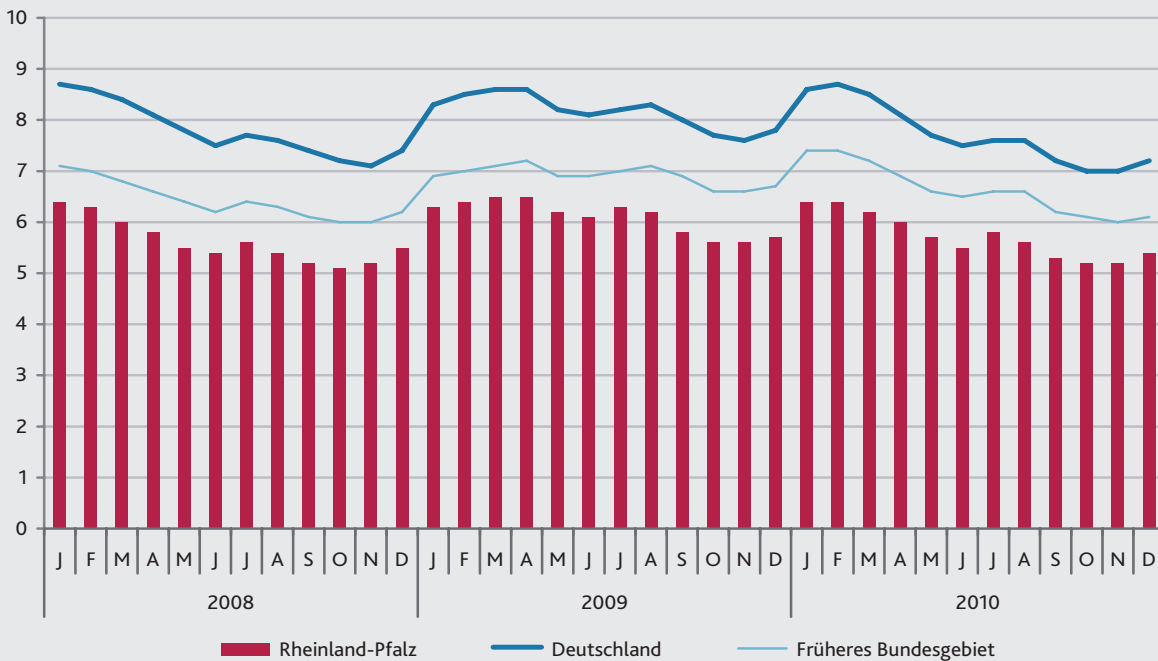


Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
 Monatsdurchschnitt in %



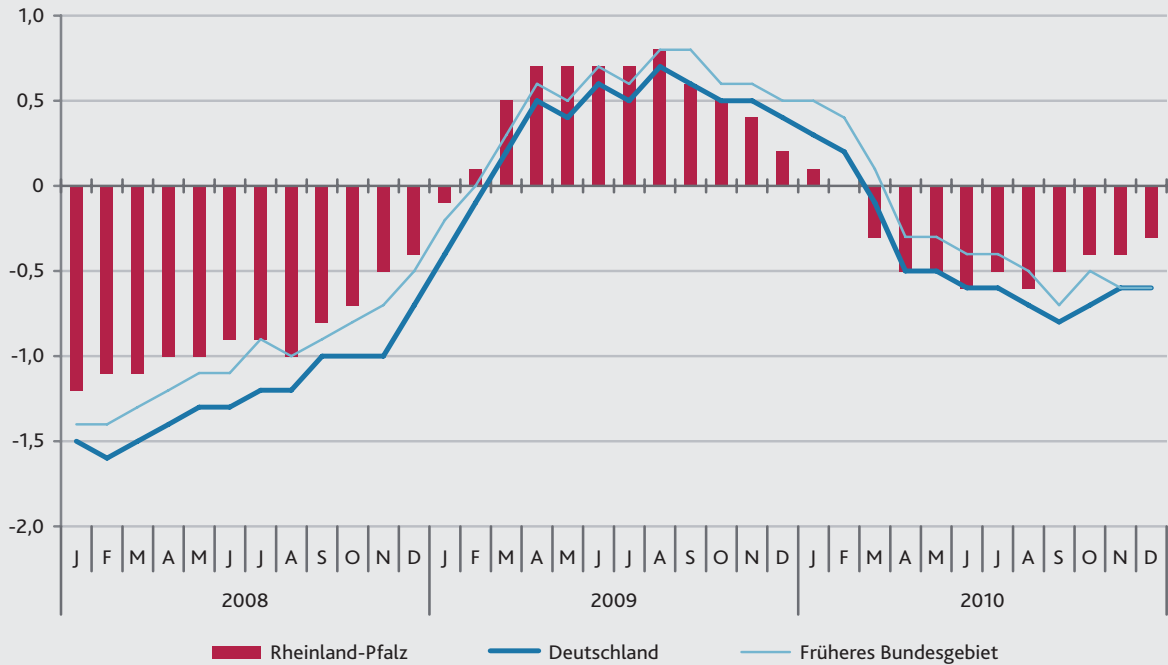
Quelle: Deutsche Bundesbank

Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
 Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



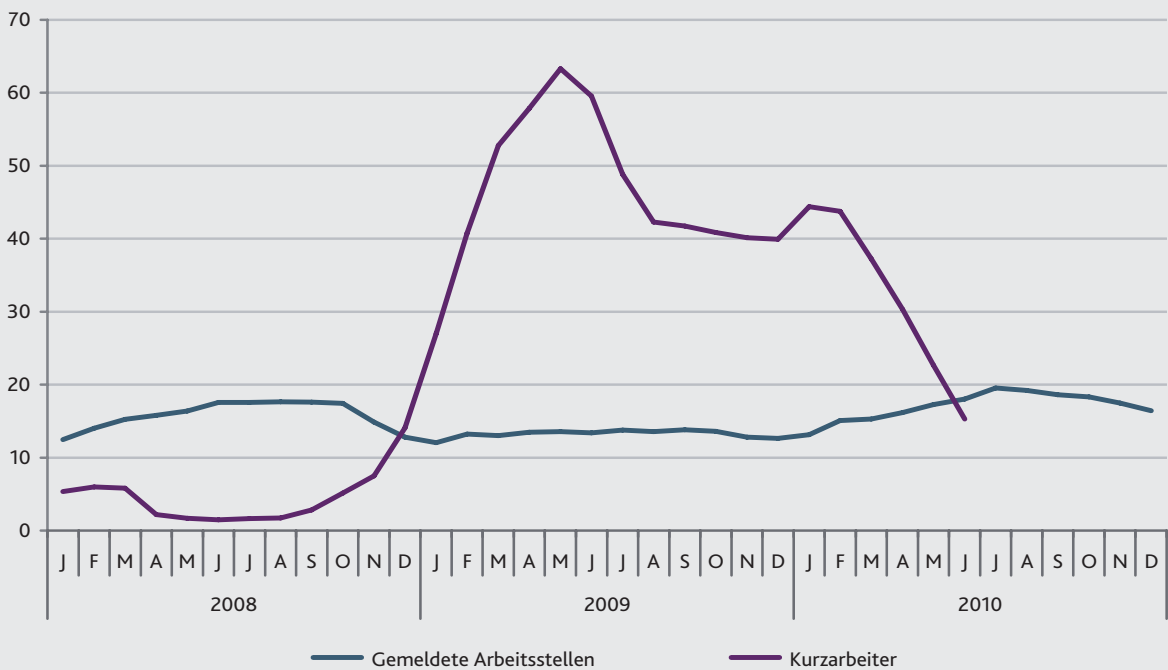
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



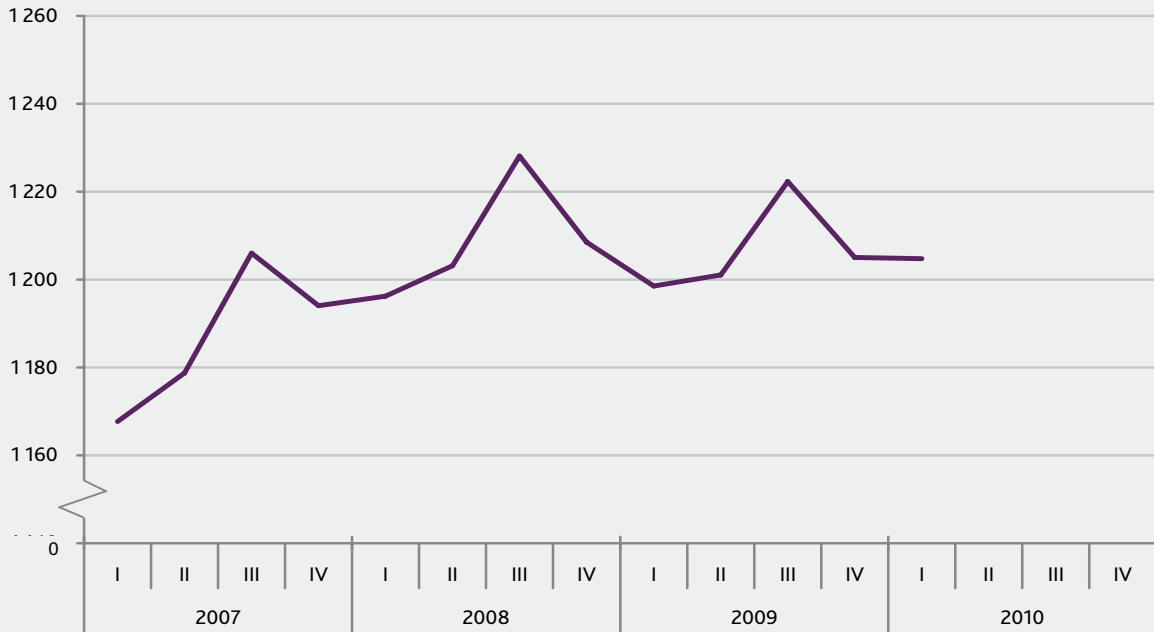
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



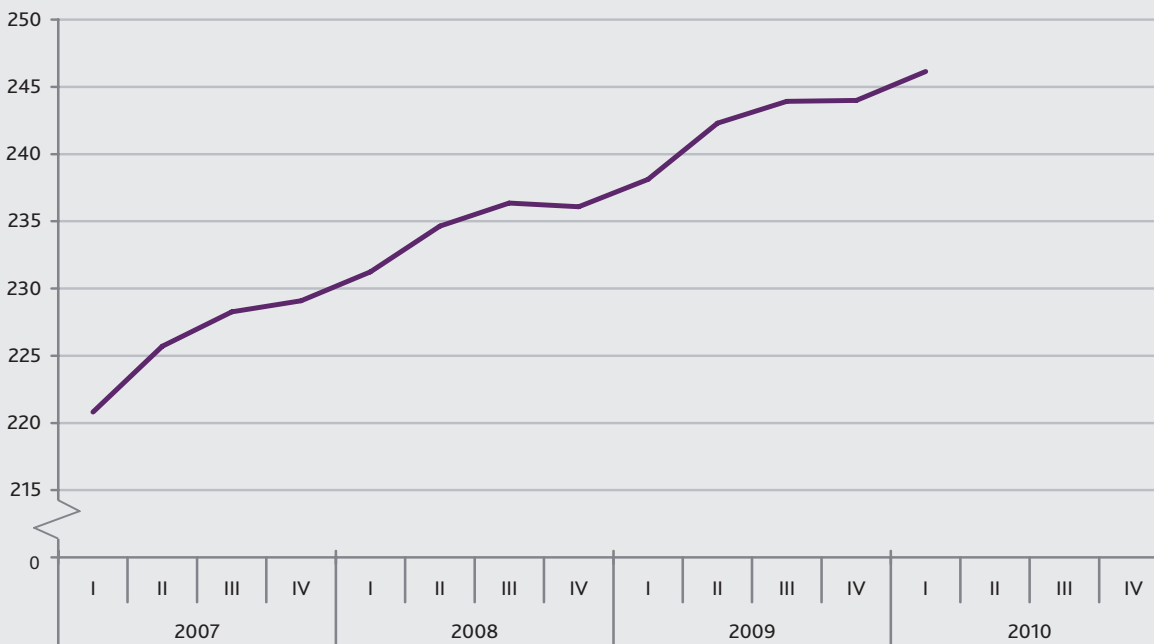
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



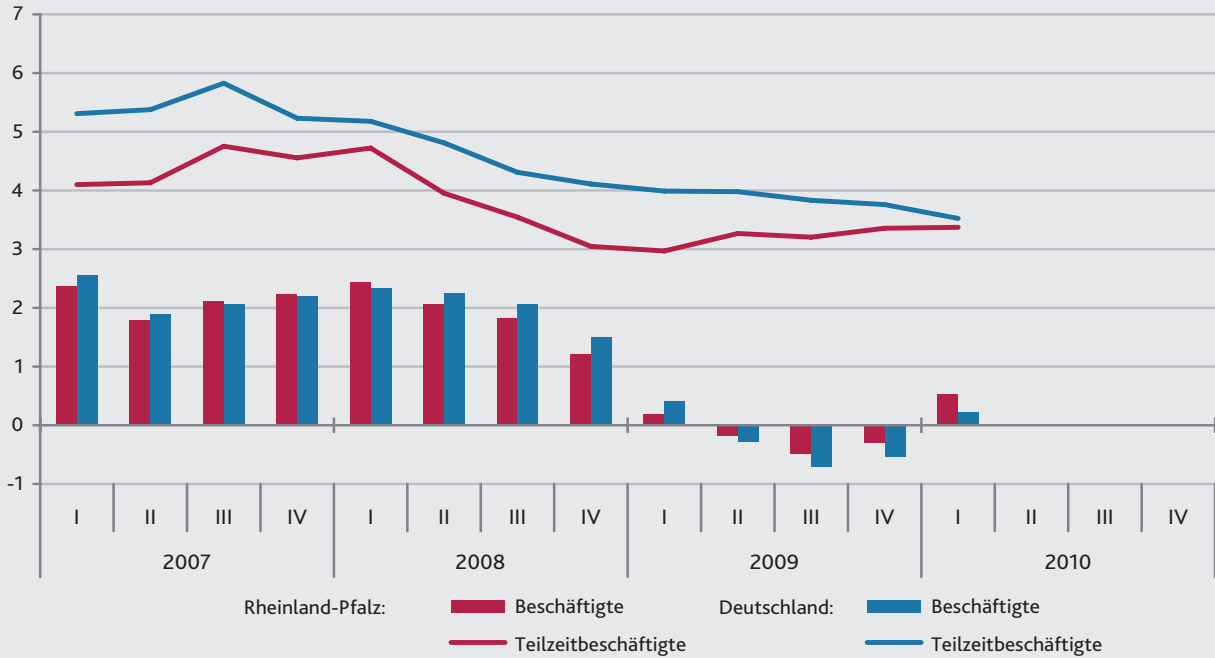
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



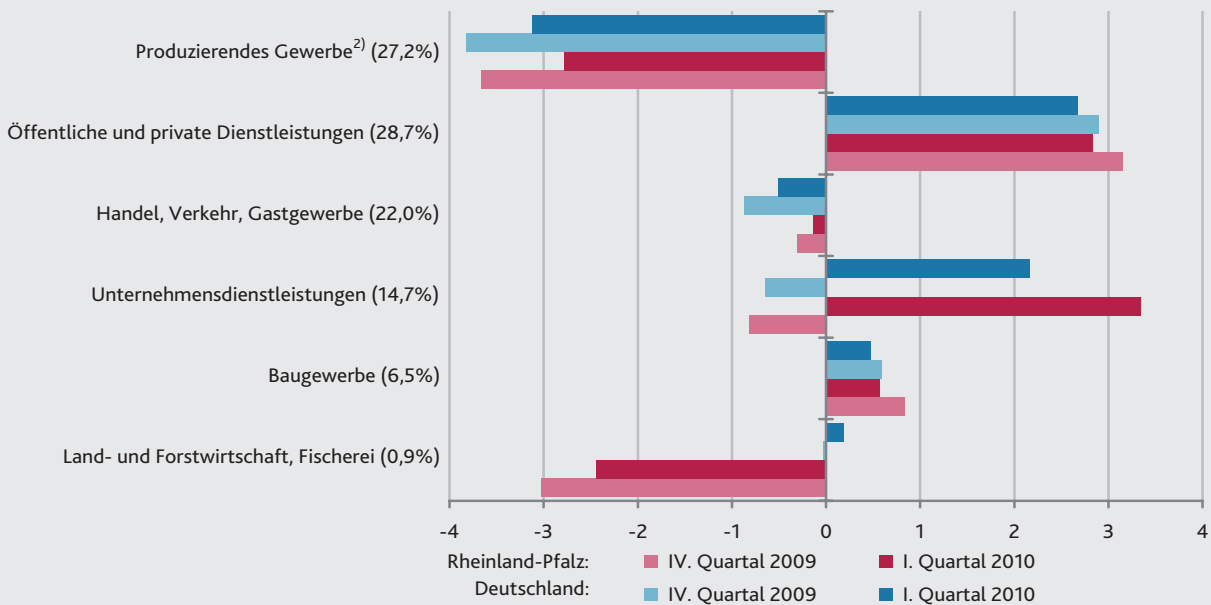
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



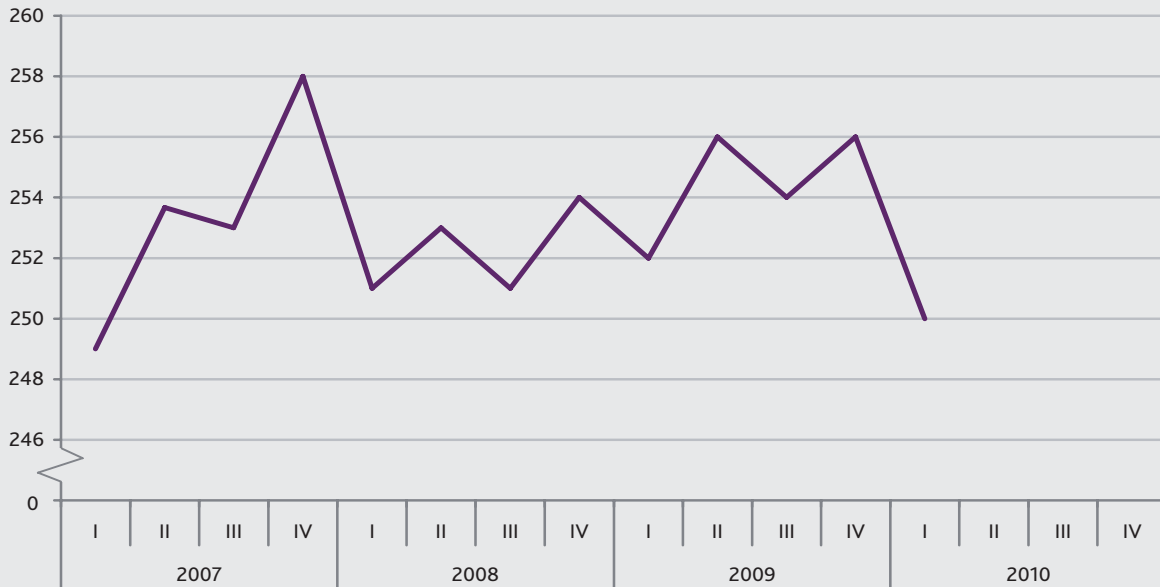
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



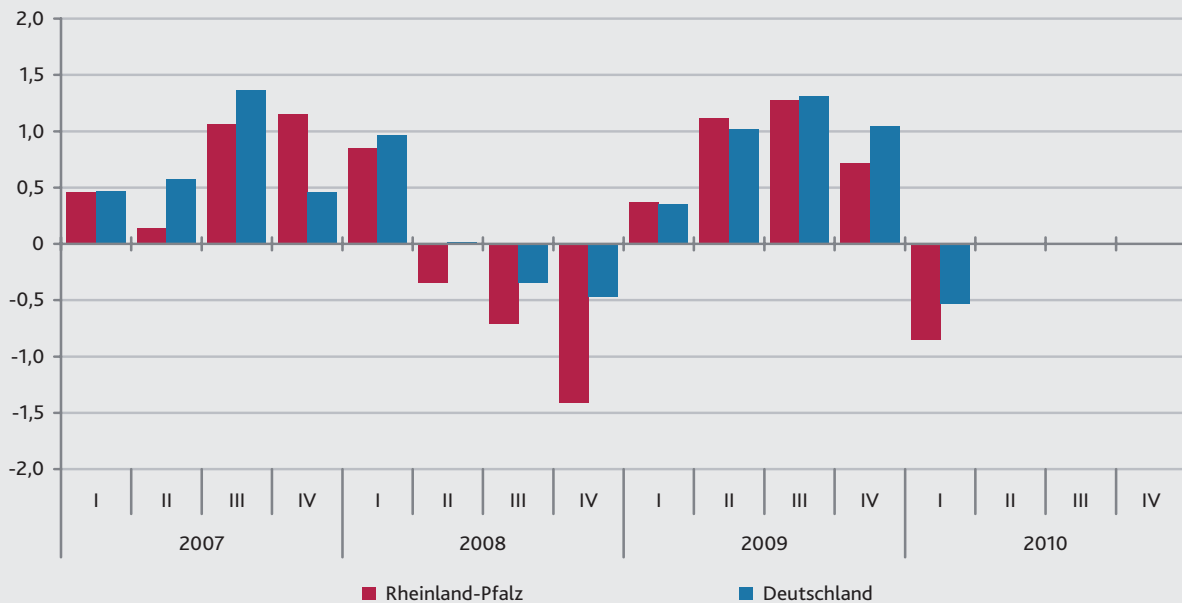
1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2009. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort
in 1 000



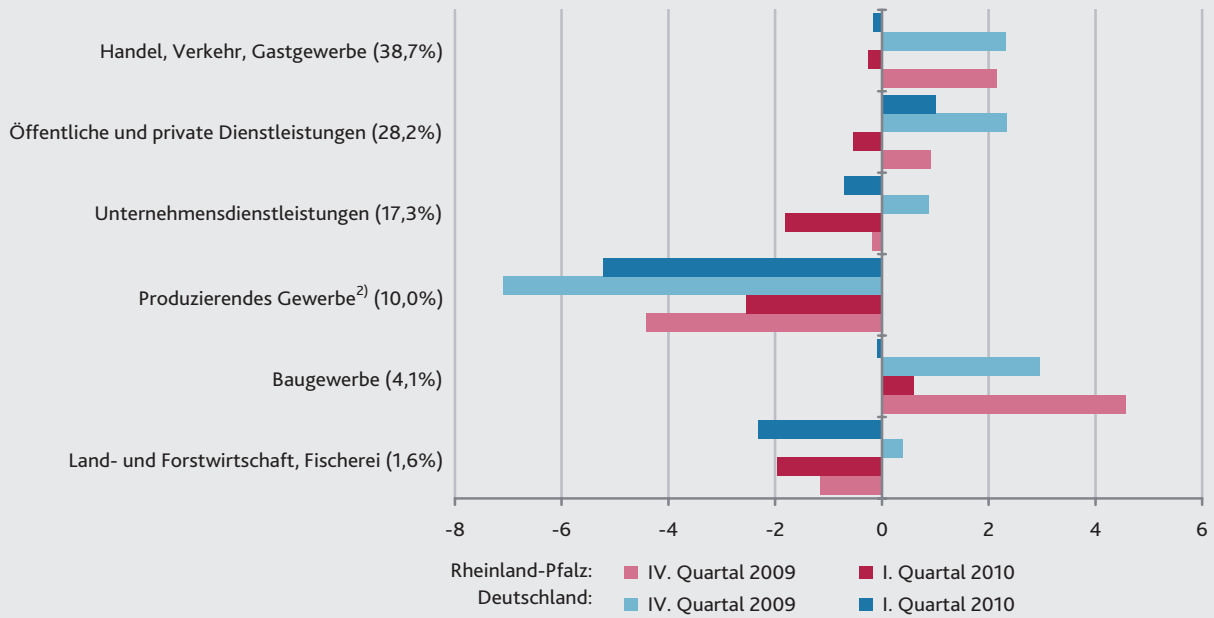
1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2009. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. Dezember 2010.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig

zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeforderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neueröffnung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeord-

net, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Fer-

ner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung

von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

A close-up photograph of a statistical table with various numerical values. The numbers are arranged in a grid pattern, with some rows and columns highlighted in a light gray color. The numbers are printed in a black, sans-serif font. The values range from 20 to 125,873. The table is slightly tilted, and the background is a light, neutral color.

20	129 151	130 933	127 842
752	134 121	128 093	129 432
6 058	126 824	133 450	133 520
134 628	134 545	157 264	110 138
157 811	157 827	111 776	77 082
113 466	113 035	80 756	61 111
87 007	84 980	63 568	77 648
65 282	64 829	78 146	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	125 677	103 800	69 000

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 028 ¹	4 013 ¹	4 019	4 017	4 017	4 007	4 007	4 007	4 007
darunter Ausländer ²	1 000	308 ¹	306 ¹	307	307	307	307	307	307	308

Natürliche Bevölkerungsbewegung³

* Eheschließungen ⁴	Anzahl	1 672	1 656	2 187	2 354	2 598	2 264	2 180	2 635	2 759
* Lebendgeborene ⁵	Anzahl	2 685	2 573	2 668	2 916	2 817	2 492	2 689	2 823	2 733
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,0	7,7	8,1	8,5	8,3	7,3	8,2	8,3	8,0
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶	Anzahl	3 578	3 659	3 528	3 448	3 373	3 495	3 463	3 579	3 399
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,9	10,7	10,1	9,9	10,3	10,5	10,5	10,0
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶	Anzahl	8	10	17	15	5	11	9	1	11
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	4,0	6,4	5,1	1,8	4,4	3,3	0,4	4,0
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 892	- 1 085	- 860	- 532	- 556	- 1 003	- 774	- 756	- 666
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,7	- 3,2	- 2,6	- 1,6	- 1,6	- 2,9	- 2,4	- 2,2	- 2,0

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 963	7 989	7 704	8 166	9 425	7 283	7 415	8 887	10 329
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 619	2 656	2 572	2 688	2 835	2 487	2 622	3 013	3 271
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 517	8 224	7 486	9 031	9 828	6 679	7 083	8 400	9 842
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 828	2 608	2 274	2 829	2 860	2 039	2 115	2 205	2 623
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	- 554	- 234	218	- 865	- 403	604	332	487	487
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷	Anzahl	12 673	12 832	12 684	12 646	14 269	11 351	11 999	13 622	14 591

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{8,9}	Einheit	2007	2008			2009			2010	
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰	1 000	1 179	1 203	1 228	1 209	1 198	1 201	1 222	1 205	1 205
* Frauen	1 000	527	540	553	550	549	549	559	556	556

1 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 2 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4 Nach dem Ereignisort. – 5 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 10 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2}**

	Einheit	2007	2008			2009			2010	
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
* Ausländer/-innen	1 000	73	77	78	73	74	76	77	71	74
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	226	235	236	236	238	242	244	244	246
* darunter Frauen	1 000	195	202	203	204	205	208	209	209	211
davon nach Wirtschaftsbereichen ³										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	...	10	11	9	10	11	11	8	9
* produzierendes Gewerbe	1 000	...	411	419	412	407	404	409	401	398
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	...	263	269	265	263	264	269	264	262
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	...	185	188	179	175	176	181	177	181
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	...	333	341	344	344	345	352	354	354

Arbeitsmarkt⁴

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Arbeitslose	Anzahl	116 248	127 400	117 370	116 664	120 104	111 456	108 433	108 312	113 104
* Frauen	Anzahl	57 752	57 826	54 306	53 602	54 214	53 652	52 400	51 898	52 631
Männer	Anzahl	58 496	69 574	63 064	63 062	65 890	57 804	56 033	56 414	60 473
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁵	Anzahl	43 834	52 957	45 540	44 826	46 890	41 866	40 542	40 301	42 881
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁶	Anzahl	72 414	74 443	71 830	71 838	73 214	69 590	67 891	68 011	70 223
* Arbeitslosenquote ⁷	%	5,6	6,1	5,6	5,6	5,7	5,3	5,2	5,2	5,4
* Frauen	%	6,0	6,0	5,6	5,5	5,6	5,5	5,4	5,3	5,4
* Männer	%	5,3	6,2	5,6	5,6	5,9	5,2	5,0	5,0	5,4
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	5,6	6,6	5,4	5,3	5,4	5,4	4,5	4,3	4,4
Jüngere von 15–20 Jahren	%	4,0	4,1	3,4	3,2	3,2	3,8	2,9	2,7	2,7
Ältere von 50–65 Jahren	%	6,0	6,2	5,7	5,7	5,9	5,7	5,7	5,8	6,1
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,7	6,4	6,0	5,9	6,1	6,1	6,1	6,2	6,5
* Ausländer/-innen	%	12,6	13,6	12,5	12,6	12,9	11,8	11,5	11,6	12,1
Deutsche	%	5,1	5,6	5,1	5,0	5,2	4,8	4,7	4,7	4,9
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	4 624	42 408	41 949	36 571	40 002
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁸	Anzahl	15 786	13 243	13 598	12 793	12 638	18 612	18 310	17 467	16 443

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	467	432	333	488	479	577	489	489	466
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	443	408	310	456	446	544	455	462	425

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes.

noch: Bautätigkeit
 (Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Einheit	2008	2009				2010				
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.		
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	467	432	333	488	479	577	489	489	466
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	2	1	1	1	2	...	2	7
Unternehmen	Anzahl	88	63	32	76	68	59	52	30	34
private Haushalte	Anzahl	376	366	300	411	410	516	437	457	425
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	642	627	476	959	702	887	710	662	714
* Umbauter Raum	1 000 m ³	437	441	338	516	498	575	509	491	494
* Wohnfläche	1 000 m ²	82	80	64	95	91	109	92	93	94
Wohnräume	Anzahl	3 532	3 434	2 621	4 246	3 762	4 666	3 811	3 717	3 762
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	107	111	86	134	128	150	134	132	132

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	133	106	100	123	103	142	116	143	146
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	14	10	12	13	16	20	17	21	22
Unternehmen	Anzahl	116	89	87	107	83	115	90	120	119
private Haushalte	Anzahl	3	2	1	3	4	7	9	2	5
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	22	9	5	6	14	10	5	8	36
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 243	707	588	661	577	943	635	832	1 000
* Nutzfläche	1 000 m ²	156	98	71	107	88	127	103	128	127
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	105	75	82	60	71	165	72	111	82

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	752	714	514	1 065	804	1 030	832	757	893
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	4 197	3 977	3 054	4 826	4 382	5 455	4 484	4 252	4 508

Landwirtschaft

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 686	10 468	9 785	10 411	11 179	9 480	10 667	10 893	11 185
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 520	2 406	2 094	2 408	2 610	1 890	2 241	2 417	2 678
darunter										
* Kälber ²	t	18	13	8	11	15	5	10	12	12
* Jungrinder	t	...	11	19	13	8	3	6	4	15
* Schweine	t	8 094	8 001	7 651	7 938	8 510	7 548	8 363	8 428	8 457
* Eierzeugung ³	1 000	9 727	8 738	9 022	9 019	8 351	11 259	12 292	13 883	14 180

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴**

* Betriebe	Anzahl	1 038	1 039	1 040	1 041	1 038	1 004	1 002	1 004	1 005
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	248 154	242 777	241 760	242 455	241 787	238 437	239 827	240 452	241 307
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 786	29 376	27 203	30 374	30 612	29 556	29 847	31 600	31 003
* Entgelte ⁶	Mill. EUR	884	852	771	791	802	817	814	819	822
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 485	5 209	4 686	5 538	5 405	6 238	6 133	6 654	6 497
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷	Mill. EUR	3 413	2 805	2 571	2 988	2 955	3 704	3 566	3 796	3 657
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 932	1 285	1 016	1 385	1 295	1 413	1 441	1 662	1 644
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	107	96	77	114	118	85	96	119	118
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 033	1 023	1 021	1 051	1 037	1 035	1 030	1 077	1 079
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	1 804	1 499	1 343	1 537	1 537	2 114	1 991	2 051	1 978
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 083	598	439	679	633	707	749	865	932
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 244	2 526	2 198	2 678	2 596	3 218	3 159	3 413	3 352
Exportquote ⁸	%	50,0	48,5	46,9	48,4	48,0	51,6	51,5	51,3	51,6
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	108,9	76,7	72,4	81,3	81,8	99,0	88,5	100,8	94,0
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	109,1	78,0	75,1	80,2	80,9	94,6	84,2	99,7	84,3
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	105,4	67,5	61,7	76,2	75,0	103,6	91,0	99,9	102,9

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2008	2009				2010				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	89,4	78,9	65,6	94,1	102,1	103,1	81,8	117,1	113,8
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	127,6	109,5	105,9	109,8	114,7	105,0	105,1	109,3	110,8
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2005=100	109,4	68,4	66,1	69,5	69,0	80,6	73,8	89,4	70,1
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	93,1	54,0	52,6	66,6	67,5	105,0	82,2	89,4	96,3

Energie- und Wasserversorgung

* Betriebe ^{2,3}	Anzahl	111	116	115	115	115	166	165	165	163
* Beschäftigte ^{2,3,4}	Anzahl	9 943	10 014	10 084	10 026	10 011	9 411	9 558	9 535	9 477
* Geleistete Arbeitsstunden ^{2,3}	1 000 h	1 261	1 272	1 191	1 323	1 318	1 138	1 179	1 261	1 193
* Bruttoentgeltsumme ^{2,3}	Mill. EUR	35	36	33	33	42	33	33	33	42
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	759	567	418	567	572	412	460	453	474
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	743	551	405	547	552	399	447	441	461

Baugewerbe⁶ Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	36 466	36 362	36 790	36 854	36 552	38 137	38 598	38 588	38 344
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 647	3 479	3 694	4 165	4 079	4 080	4 044	4 329	4 282
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 419	1 291	1 278	1 496	1 440	1 551	1 420	1 583	1 605
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	929	877	928	981	989	932	1 034	1 028	992
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 298	1 311	1 488	1 688	1 650	1 597	1 590	1 718	1 685
darunter Straßenbau	1 000 h	664	653	772	894	837	774	772	855	866
* Entgelte ⁹	Mill. EUR	84	83	85	86	87	90	91	90	90

¹ Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – ² Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – ³ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁴ Einschließlich der tätigen Inhaber. – ⁵ Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – ⁶ Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – ⁷ Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – ⁸ Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – ⁹ Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme.

noch: Baugewerbe¹Bauhauptgewerbe²

Einheit	2008	2009				2010				
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.		
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	363	355	359	422	420	405	400	431	403
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	113	103	106	112	131	131	124	123	115
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	105	102	100	123	108	97	101	108	106
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	145	150	153	186	181	177	175	200	182
darunter Straßenbau	Mill. EUR	66	74	81	97	96	82	84	97	94

Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴

Einheit	2008	2009				2010				
	Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.		
Betriebe ⁵	Anzahl	312	358	356	357	358	359	364	362	362
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	11 985	13 063	13 153	13 024	13 085	12 990	13 076	13 228	13 443
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 819	4 210	3 996	4 129	4 324	4 392	4 101	4 316	4 449
* Entgelte ⁶	Mill. EUR	83	90	86	88	90	97	86	95	93
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	311	330	249	306	329	436	258	328	348

Handel⁷Großhandel^{8,9}

Einheit	2008	2009				2010				
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.		
* Beschäftigte	2005=100	123,6	118,4	118,7	118,5	118,0	116,6	118,1	118,1	118,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	115,1	118,2	119,4	117,7	117,2	118,0	120,2	118,6	120,6
* Umsatz nominal ⁹	2005=100	119,9	106,3	100,5	119,9	116,0	114,6	112,0	127,8	122,2
* Umsatz real ⁹	2005=100	108,7	101,2	95,4	114,0	110,8	103,8	100,2	114,0	109,4

Einzelhandel^{8,10}

* Beschäftigte	2005=100	106,0	106,2	106,8	106,9	106,6	106,0	106,8	107,3	107,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	108,3	107,9	108,4	108,5	107,8	108,8	108,9	109,1	109,4
* Umsatz nominal ⁹	2005=100	111,2	109,3	105,0	107,5	116,5	114,7	109,5	111,5	117,0
* Umsatz real ⁹	2005=100	107,7	106,5	102,1	104,6	113,8	110,9	105,6	107,4	113,0

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8 Einschließlich Handelsvermittlung. – 9 Ohne Umsatzsteuer. – 10 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹

Kfz-Handel^{P, 2}

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Beschäftigte	2005= 100	102,9	105,8	106,3	106,4	107,2	105,1	105,8	106,3	106,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005= 100	115,1	124,4	123,3	125,2	128,3	127,2	126,7	128,4	130,2
* Umsatz nominal ³	2005= 100	94,1	94,0	87,7	93,4	105,2	96,2	87,2	94,0	103,0
* Umsatz real ³	2005= 100	90,6	89,7	83,6	89,2	100,1	91,6	82,9	89,2	97,3

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2005= 100	105,1	103,9	109,3	110,1	108,8	110,9	111,4	108,7	107,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005= 100	111,5	113,1	119,0	119,9	118,6	121,8	120,5	116,6	116,9
* Umsatz nominal ³	2005= 100	102,8	98,7	118,9	113,6	111,5	116,4	121,7	116,9	115,8
* Umsatz real ³	2005= 100	96,6	92,7	111,8	106,3	104,2	106,0	110,6	105,9	105,0

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	621	620	849	851	785	819	896	888	841
* darunter von Auslandsgästen	1 000	148	150	245	189	159	269	268	198	171
* Gästeübernachtungen	1 000	1 686	1 678	2 520	2 270	2 120	2 426	2 676	2 332	2 220
* darunter von Auslandsgästen	1 000	427	437	858	549	434	891	939	558	462

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	2 017	1 950	2 087	2 179	2 183	2 082	2 061	2 121	2 172
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 331	1 293	1 476	1 616	1 528	1 513	1 486	1 506	1 525
* Getötete Personen	Anzahl	19	19	22	15	26	12	23	16	26
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	10	11	8	9	14	2	7	3	9
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	8	3	5	4	11	7	10
Radfahrer	Anzahl	2	1	1	1	1	4	3	1	4
Fußgänger	Anzahl	3	2	2	-	3	-	-	3	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 738	1 682	1 899	2 057	1 921	1 906	1 900	1 961	1 983

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung).

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	329	313	388	424	380	384	406	364	390
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	147	140	159	118	135	128	140	146	172
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	82	79	106	161	119	126	150	107	104
Radfahrer	Anzahl	47	48	79	94	78	89	72	76	57
Fußgänger	Anzahl	35	32	33	22	29	23	24	24	45

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 408	16 398	13 364	16 849	15 581	12 298	10 600	11 794	11 769
darunter										
Krafträder	Anzahl	835	693	708	626	358	877	660	506	290
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 243	14 675	11 838	15 072	14 284	10 215	8 930	10 118	10 141
* Lastkraftwagen	Anzahl	929	716	598	870	721	819	715	802	964
Zugmaschinen	Anzahl	314	248	166	208	162	322	247	276	305

Personenbeförderung

	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 125	61 778	65 502	63 399	54 542	63 669	57 395	54 306	46 268
Personenkilometer ³	Mill.	577	574	586	581	499	629	539	535	455

Binnenschifffahrt

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Gütereingang	1 000 t	1 158	985	1 053	954	922	1 140	1 193	1 226	1 220
* Güterversand	1 000 t	945	834	982	920	829	978	1 072	1 022	969

Außenhandel⁴Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

* Insgesamt	Mill. EUR	3 753	2 910	2 934	2 575	2 827	3 670	3 552	3 322	3 605
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	256	261	273	257	242	293	277	294	284
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 328	2 541	2 543	2 216	2 482	3 264	3 170	2 933	3 208

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Rohstoffe	Mill. EUR	20	17	16	11	18	25	29	21	24
* Halbwaren	Mill. EUR	149	110	119	115	117	178	157	149	168
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 159	2 414	2 409	2 090	2 347	3 060	2 984	2 763	3 015
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 009	781	744	647	678	966	1 058	872	928
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 150	1 634	1 665	1 442	1 669	2 094	1 926	1 891	2 087
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 678	2 040	2 075	1 881	2 183	2 537	2 364	2 288	2 522
* darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	2 338	1 799	1 813	1 664	1 929	2 209	2 050	1 969	2 177
Belgien	Mill. EUR	190	148	133	138	156	203	166	183	185
Luxemburg	Mill. EUR	49	48	52	42	50	69	59	60	57
Dänemark	Mill. EUR	50	33	36	28	36	33	34	36	41
Finnland	Mill. EUR	31	22	19	26	24	26	29	27	27
Frankreich	Mill. EUR	413	323	317	275	350	403	380	340	378
Griechenland	Mill. EUR	44	32	32	37	33	32	27	27	31
Großbritannien	Mill. EUR	237	186	198	188	196	210	199	207	226
Irland	Mill. EUR	13	8	7	8	8	10	8	8	8
Italien	Mill. EUR	265	213	248	166	227	278	269	193	255
Niederlande	Mill. EUR	228	190	170	183	193	220	199	203	210
Österreich	Mill. EUR	153	130	137	124	131	149	149	147	160
Schweden	Mill. EUR	66	42	33	42	48	70	51	64	69
Spanien	Mill. EUR	215	157	152	132	186	171	171	152	173
Portugal	Mill. EUR	27	19	17	20	20	19	22	21	22
* Afrika	Mill. EUR	83	75	84	55	54	84	87	88	103
* Amerika	Mill. EUR	542	403	352	280	224	503	576	455	446
darunter nach USA	Mill. EUR	418	310	239	190	170	254	410	264	253
* Asien	Mill. EUR	418	364	402	340	344	508	487	456	500
darunter nach China	Mill. EUR	76	84	88	82	93	112	112	104	123
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	33	29	21	19	22	38	37	34	33

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 236	1 851	1 986	1 675	1 790	2 486	2 353	2 322	2 439
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	196	201	186	182	190	224	172	233	202
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	1 860	1 458	1 633	1 340	1 452	2 091	2 020	1 937	2 062
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	105	75	117	65	80	89	101	89	92
* Halbwaren	Mill. EUR	278	186	228	193	186	300	298	307	289
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 477	1 197	1 288	1 081	1 186	1 702	1 621	1 542	1 682

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel¹Einfuhr (Generalhandel)²

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	401	324	350	281	299	523	478	495	480
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 076	873	938	801	887	1 179	1 143	1 046	1 202
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 703	1 367	1 483	1 252	1 344	1 834	1 758	1 681	1 762
* darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 459	1 167	1 218	1 077	1 162	1 570	1 525	1 450	1 492
Belgien	Mill. EUR	254	185	196	189	191	278	247	249	263
Luxemburg	Mill. EUR	38	39	37	34	35	36	47	39	37
Dänemark	Mill. EUR	27	26	20	21	24	40	32	21	36
Finnland	Mill. EUR	11	9	9	13	8	14	12	10	8
Frankreich	Mill. EUR	256	196	183	159	207	261	238	211	232
Griechenland	Mill. EUR	7	6	7	5	9	5	8	9	7
Großbritannien	Mill. EUR	74	66	65	63	65	76	82	80	82
Irland	Mill. EUR	7	8	9	9	7	13	11	13	13
Italien	Mill. EUR	129	116	120	97	114	147	143	129	129
Niederlande	Mill. EUR	273	176	197	154	156	256	255	267	235
Österreich	Mill. EUR	71	63	63	57	57	101	86	90	101
Schweden	Mill. EUR	46	28	25	22	27	30	35	24	29
Spanien	Mill. EUR	75	67	81	60	67	83	82	82	79
Portugal	Mill. EUR	14	12	15	15	13	17	20	13	14
* Afrika	Mill. EUR	34	29	31	29	21	48	28	29	31
* Amerika	Mill. EUR	210	214	222	153	167	252	234	229	256
darunter aus USA	Mill. EUR	145	156	167	107	115	172	158	139	167
* Asien	Mill. EUR	283	236	247	238	253	346	328	379	384
darunter aus China	Mill. EUR	131	109	108	108	106	167	156	157	179
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	5	3	3	5	6	6	3	6

Gewerbeanzeigen⁴

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 392	3 517	3 325	3 739	3 582	3 338	3 359	3 618	3 198
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	491	517	459	543	524	463	479	517	447
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 338	2 425	2 401	2 618	2 527	2 350	2 349	2 534	2 207
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 094	3 015	2 459	2 840	2 776	2 554	2 626	2 794	2 764
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	460	490	450	506	442	399	405	388	366
sonstige Stilllegungen	Anzahl	2 064	1 996	1 574	1 773	1 812	1 675	1 733	1 895	1 887

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Insgesamt	Anzahl	592	627	568	686	654	684	649	710	664
davon										
* Unternehmen	Anzahl	107	115	120	118	117	109	92	131	114
* Verbraucher	Anzahl	355	374	320	379	418	434	436	427	408
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	115	115	109	155	92	113	94	131	121
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	16	23	19	34	27	28	27	21	21
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	98	149	85	353	212	281	74	102	86

Handwerk²

	Einheit	2008	2009				2010 ³			
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
* Beschäftigte ⁴	2007=100 ⁵	97,5	96,0	95,8	95,5	97,7	96,0	96,9	97,7	100,1
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2007=100 ⁶	103,4	101,1	85,4	102,7	105,2	111,2	76,3	98,3	101,6

Preise

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	106,1	106,2	106,2	106,1	106,9	107,5	107,6	107,6	108,7
* Nettokalmieten (Teilindex)	2005=100	103,0	103,7	103,9	103,9	104,0	104,7	104,9	104,9	104,9

Verdienste⁷

	Einheit	2008	2009	2008	2009				2010	
		Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 391	3 431	3 123	3 102	3 142	3 169	3 190	3 185	3 231
* Frauen	EUR	2 890	2 961	2 703	2 715	2 744	2 762	2 780	2 780	2 804
* Männer	EUR	3 582	3 613	3 285	3 251	3 297	3 328	3 350	3 345	3 399
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	5 798	5 898	5 205	5 205	5 309	5 345	5 401	5 403	5 484
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	3 825	3 874	3 547	3 540	3 576	3 607	3 627	3 638	3 678
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	2 978	2 993	2 752	2 712	2 743	2 769	2 781	2 772	2 818
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 469	2 441	2 286	2 227	2 229	2 270	2 285	2 266	2 331
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	1 863	1 857	1 765	1 740	1 751	1 787	1 764	1 735	1 783

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3 Einheit: 2009=100. – 4 Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 5 30.09. – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2008	2009	2008	2009				2010	
		Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 615	3 575	3 240	3 139	3 178	3 223	3 253	3 224	3 315
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 241	3 308	3 046	3 057	3 070	3 039	3 092	3 130	3 097
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 697	3 642	3 284	3 199	3 202	3 247	3 298	3 284	3 372
* Energieversorgung	EUR	4 951	5 013	4 285	4 278	4 346	4 343	4 326	4 297	4 389
* Wasserversorgung ²	EUR	2 870	2 877	2 696	2 673	2 702	2 704	2 758	2 743	2 754
* Baugewerbe	EUR	3 002	3 017	2 885	2 620	2 886	2 948	2 884	2 718	2 858
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 226	3 326	3 037	3 074	3 116	3 131	3 144	3 157	3 171
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 204	3 284	2 934	2 941	3 001	3 040	3 098	3 071	3 095
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 739	2 793	2 579	2 541	2 581	2 587	2 625	2 596	2 627
* Gastgewerbe	EUR	1 984	1 992	1 924	1 928	1 938	1 927	1 944	2 005	1 977
* Information und Kommunikation	EUR	4 192	4 245	3 821	3 802	(3 901)	(3 884)	(3 943)	4 168	4 169
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 356	4 398	3 742	3 807	3 804	3 796	3 797	3 865	3 905
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 347	(3 256)	3 003	(2 996)	(2 980)	(3 045)	(3 088)	3 372	3 411
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 714	3 748	3 404	3 439	3 432	3 418	3 461	3 519	3 575
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 922	1 952	1 871	1 879	1 891	1 902	(1 846)	(1 851)	1 836
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	EUR	3 117	3 233	3 011	3 053	3 103	3 136	3 136	3 142	3 158
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 803	3 946	3 727	3 735	3 854	3 884	3 881	3 896	3 926
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 334	3 440	3 157	3 195	3 217	3 218	3 244	3 236	3 259
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 217	(3 378)	3 140	(3 166)	(3 185)	(3 213)	(3 201)	(3 108)	(3 257)
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 700	2 775	2 612	2 589	2 622	2 621	2 646	2 642	2 662

Geld und Kredit³

	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 529	112 943	111 171	111 639	112 534	116 428	116 512	116 351	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 120	11 791	12 152	11 682	11 421	11 908	11 877	12 355	...

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2008	2009				2010		
	Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 062	11 679	10 497	11 275	11 892	13 052	13 298	13 673	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	92 347	89 473	88 522	88 682	89 221	91 468	91 337	90 323	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 081	103 636	102 704	102 925	103 339	105 575	105 490	106 220	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 036	95 570	94 732	95 167	95 489	96 893	96 928	97 402	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 044	8 066	7 972	7 758	7 850	8 682	8 562	8 818	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	9 448	9 307	8 467	8 714	9 195	10 853	11 022	10 131	...

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

	Mill. EUR	101 309	103 669	101 671	102 226	104 036	106 742	106 999	108 110	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	29 449	34 674	31 352	33 464	35 897	37 983	38 890	40 771	...
Termineinlagen	Mill. EUR	38 076	34 510	36 452	34 778	33 558	33 252	31 999	31 191	...
Sparbriefe	Mill. EUR	8 972	8 091	9 252	8 197	7 582	7 333	7 152	6 999	...
Spareinlagen	Mill. EUR	24 813	26 394	24 615	25 787	26 999	28 174	28 958	29 149	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	98 361	101 502	99 456	100 204	101 786	104 561	104 441	105 579	...
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	95 971	99 326	97 311	97 988	99 590	102 415	102 597	103 462	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 390	2 176	2 145	2 216	2 196	2 146	1 844	2 117	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 948	2 167	2 215	2 022	2 250	2 181	2 558	2 531	...

Steuern

Einheit	2008	2009			2010			
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 007	2 755	2 724	2 432	2 814	3 162	3 395	2 899	3 372
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	982	913	979	489	782	859	1 124	528	913
Lohnsteuer	Mill. EUR	674	667	469	482	872	882	457	472	854
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	141	139	-	-	386	400	-	-	379
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	128	96	403	- 24	- 10	- 31	458	24	- 11
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	63	61	20	13	11	17	56	14	15

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.		
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹	Mill. EUR	47	43	17	22	68	39	9	15	42
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge ²	Mill. EUR	18	17	0	0	46	25	0	0	25
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	70	46	70	- 3	- 158	- 48	144	3	12
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 0	- 3	-	-	- 3	- 39	-	-	18
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 025	1 841	1 745	1 943	2 032	2 303	2 271	2 372	2 459
Umsatzsteuer	Mill. EUR	427	456	462	477	528	460	424	415	516
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 598	1 385	1 283	1 465	1 504	1 844	1 847	1 957	1 943
Zölle	Mill. EUR	161	145	149	152	139	203	215	216	193
Bundessteuern^{3,4}	Mill. EUR	78	96	125	96	101	90	124	90	91
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	23	27	29	29	32	31	30	31	34
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	44	40	53	24	24	23	61	26	23
Landessteuern	Mill. EUR	94	70	49	45	37	46	50	52	52
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	0	0	0	0	0	-	6	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	18	16	13	9	8	16	15	13	16
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	19	16	17	21	15	17	18	19	23
Kraftfahrzeugsteuer ³	Mill. EUR	40	20	-	-	-	-	-	-	-
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	13	12	12	12	11	10	12	11	10
Feuerschutzsteuer ⁴	Mill. EUR	1	1	4	0	0	-	2	-	-
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	2	3	3	3	2

Einheit	2008	2009				2010				
	Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.		
Gemeindesteuern										
Grundsteuer A	Mill. EUR	523	429	460	478	392	385	414	543	449
Grundsteuer B	Mill. EUR	5	5	5	5	5	3	4	5	6
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	106	107	89	118	120	99	100	116	129
sonstige Gemeindesteuern ⁵	Mill. EUR	404	309	358	347	256	275	302	412	304
	Mill. EUR	9	9	9	7	11	8	7	10	10

1 Bis 2008 Zinsabschlag. – 2 Bis 2008 Zinsabschlag-Zerlegung. – 3 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. – 4 Die Versicherungsteuer und die Feuerschutzsteuer werden ab dem 1. Juli 2010 nicht mehr von den Finanzämtern der Länder, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird die Versicherungsteuer nicht mehr und von der Feuerschutzsteuer nur noch der Zerlegungsanteil quartalsweise nachgewiesen. – 5 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.
Mill. EUR	826	690	502	730	655	874	500	826	686
Gewerbesteuer (netto) ¹	326	255	351	290	184	196	286	357	222
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	344	283	45	280	295	513	87	297	284
Anteil an der Umsatzsteuer	37	32	4	29	40	55	15	41	35

Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Steuereinnahmen des Landes	765	695	622	511	618	662	724	545	731
Landessteuern	94	70	49	45	37	46	50	52	52
Anteil an den Steuern vom Einkommen	372	333	369	153	263	295	431	164	327
Lohnsteuer	235	225	148	153	316	311	138	144	303
veranlagte Einkommensteuer	54	41	171	- 10	- 4	- 13	195	10	- 5
Kapitalertragsteuer	27	25	7	2	0	4	23	2	4
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²	21	19	7	10	30	17	4	6	19
Körperschaftsteuer	35	23	35	- 2	- 79	- 24	72	2	6
Anteil an den Steuern vom Umsatz	280	278	204	279	315	318	243	287	346
Umsatzsteuer	199	216	136	221	244	223	156	201	250
Einfuhrumsatzsteuer	81	62	68	58	70	95	87	86	96
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	5	4	-	8	1	1	-	11	1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	2	1	-	3	0	0	-	5	1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	11	8	-	18	2	2	-	22	3
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	2	2	-	4	0	0	-	4	1
Steuereinnahmen des Bundes	1 578	1 448	1 447	1 318	1 473	1 635	1 784	1 629	1 741
Bundessteuern	78	96	125	96	101	90	124	90	91
Anteil an den Steuern vom Einkommen	427	396	423	208	322	362	492	225	390
Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 068	952	900	1 005	1 049	1 182	1 168	1 303	1 259
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	5	4	-	8	1	1	-	11	1

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – ² Bis 2008 Zinsabschlag.

Neuerscheinungen im Dezember 2010

Statistische Berichte**Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit**

Daten zur Gesundheit 2009 – Ergebnisse des Mikrozensus
Bestellnr.: A4013 200901

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Oktober 2010 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Bestellnr.: E1023 201010

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Oktober 2010
Bestellnr.: E1033 201010

Bauhauptgewerbe im September 2010 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 201009

Ausbaugewerbe im 3. Vierteljahr 2010 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (Ergebnisse der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)
Bestellnr.: E3023 201043

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im September 2010
Bestellnr.: E4023 201009

Wärmeversorgung 2009
Bestellnr.: E4103 200900

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im 3. Vierteljahr 2010
Bestellnr.: E5023 201043

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Oktober 2010
Bestellnr.: F2033 201010

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Oktober 2010
Bestellnr.: G1023 201010

Aus- und Einfuhr 2009
Bestellnr.: G3013 200900

Aus- und Einfuhr im September 2010
Bestellnr.: G3023 201009

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im September 2010
Bestellnr.: H1023 201009

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im 3. Vierteljahr 2010
Bestellnr.: H1073 201043

Binnenschifffahrt im August 2010
Bestellnr.: H2023 201008

Sozialleistungen

Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am 31. Dezember 2009
Bestellnr.: K1123 200900

Pflegeeinrichtungen und Pflegegeldempfänger am 15. bzw. 31. Dezember 2009 – Ergebnisse der Pflegestatistik
Bestellnr.: K2013 200901

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 3. Vierteljahr 2010 – Kassenergebnisse
Bestellnr.: L2023 201043

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände am 1. Januar 2010
Bestellnr.: L3033 201000

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im November 2010
Bestellnr.: M1013 201011

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Oktober 2010
Bestellnr.: Z1013 201010

Sonstige Veröffentlichungen

Statistisches Jahrbuch Rheinland-Pfalz 2010
Bestellnr.: Z2101 201000

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Dezember 2010
Bestellnr.: Z2201 201012

Kreisfreie Städte und Landkreise –
Ein Vergleich in Zahlen (Ausgabe 2010)
Bestellnr.: Z2401 201000

Veröffentlichungen im Rahmen der grenz- überschreitenden Zusammenarbeit

Broschüre Oberrhein – Zahlen und Fakten 2010
Bestellnr.: Z2605 201001

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Kulturfinanzbericht 2010
Bestellnr.: Z1055 201001

Kulturfinanzbericht 2010 (Ergänzendes Zahlenmaterial)
Bestellnr.: Z1055E 201001

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: BASF SE und Manfred Riege

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet: www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.